

REZENSIONEN

DOI 10.25162/VSWG-2018-0004

A. Allgemeines

VSWG 105, 2018/1, 72–73

Achim Beier / Uwe Schwabe (Hg.)

„Wir haben nur die Strasse“. Die Reden auf den Leipziger Montagsdemonstrationen 1989/90. Eine Dokumentation

Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2016, 250 S. (56 Abb., 1 CD), 19,95 €.

Zur Friedlichen Revolution in der DDR, namentlich den Leipziger Ereignissen, sind schon viele Bücher erschienen; zuerst Chroniken und Fotobände. Ihnen folgten Zeitzeugenberichte und Überblicksdarstellungen zum Verlauf des Geschehens von den frühen Protesten in der ersten Jahreshälfte 1989 über die Massendemonstrationen im Herbst des gleichen Jahres bis zur freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Als Quellen dienten dafür über zwei Jahrzehnte vor allem Flugblätter und Aufrufe der Bürgerbewegung, (interne) Dokumente der SED und der Staatssicherheit, Wahlkampfpapiere der neuen Parteien und Bürgervereinigungen etc. Auch fotografisch sind die Ereignisse – gerade für Leipzig – sehr gut belegt. Kaum systematisch ausgewertet wurden bisher Ton- und Filmdokumente! Das lag zum einen an der dürftigen Überlieferung entsprechenden Materials (von Mitte September bis zum 9. November 1989 bestand in Leipzig ein Aufenthalts- und Drehverbot für westliche Medien), zum anderen an der mangelhaften Archivierung der wenigen vorhandenen Aufnahmen. Erst 2014 erschien unter dem Titel „Redefreiheit“ (hg. von Thomas Ahbe, Michael Hofmann und Volker Stiehler im Leipziger Universitätsverlag) eine umfangreiche Dokumentation der „öffentlichen Debatten der Bevölkerung im Herbst 1989“, so der Untertitel des Buches. Tatsächlich werden darin aber nahezu ausschließlich die sogenannten „Dialog-Veranstaltungen“ dokumentiert, die unter großer Teilnahme der Bevölkerung ab dem 14. Oktober 1989 in Räumen kultureller Einrichtungen Leipzigs (darunter das Gewandhaus) stattfanden. Doch was sind die insgesamt ca. 9.000 Teilnehmer dieser Diskussionsrunden gegen die mehr als 100.000 Demonstranten, die sich Montag für Montag in Leipzig auf dem Nikolaikirchhof und später dem zentralen Karl-Marx-Platz versammelten, um von dort aus über den Innenstadtring zu ziehen? Die beiden Herausgeber vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig haben sich der mühevollen Aufgabe unterzogen, Tondokumente der dort gehaltenen Reden zu recherchieren. Das Ergebnis ist verblüffend: „Von den 127 Redebeiträgen, die es mindestens gab, können (nun) 93 inhaltlich belegt werden“ (S. 10). Sie dokumentieren eindrucksvoll, was Beier und Schwabe „eine erste ‚Schule‘, demokratische Prozesse selbst zu gestalten“ und einen „Crashkurs für Politneulinge“ (S. 8) nennen. Menschen aus allen sozialen Schichten und Berufsgruppen meldeten sich auf den Kundgebungen, die seit dem 6. November 1989 stattfanden, erstmals vor einer so großen Menschenmenge zu Wort, um ihre Proteste, Sorgen und Wünsche zu artikulieren. Das Buch greift aber noch weiter zurück, dokumentiert den Appell der sogenannten „Leipziger Sechs“ um Gewandhauskapellmeister Kurt Masur vom 9. Oktober 1989 ebenso wie den Wortlaut der ersten Reden, die Leipziger Bürgerrechtler vom Neuen Forum am 23.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

und 30. Oktober 1989 (noch per Megafon) aus dem Demonstrationszug heraus hielten. Von den Reden, die bis März 1990 auf Kundgebungen vor 14 Montagsdemonstrationen gehalten wurden, sind viele nur fragmentarisch überliefert. Sie gingen z. T. in Beifallsbekundungen oder Pfeifkonzerten unter. Dennoch vermitteln sie insgesamt ein eindrucksvolles Bild von der „Rückeroberung des öffentlichen Raums“, wie Tobias Hollitzer seinen instruktiven Einleitungsbeitrag (S. 13–29) beschrieben hat. Weniger hilfreich sind dagegen die kurzen Chroniken zu den Wochen-Ereignissen in der DDR beziehungsweise Leipzig, die den Redeabdrucken der einzelnen Kundgebungen vorangestellt sind. Das beginnt bereits mit der Zählung der Demonstrationen. Jene vom 23. Oktober 1989 wird dort irrtümlich als „1. Montagsdemonstration“ (S. 39) bezeichnet. Die fand aber bereits am 4. September auf dem Nikolaikirchplatz statt. Mit der friedvollen Demonstration der 70.000 am 9. Oktober begann schon Wochen vorher die Demontage der SED-Herrschaft. Die Demonstration vom 23. Oktober war lediglich die erste mit einem öffentlichen Redebeitrag. Auch erfährt man aus den Chroniken nicht, wie viele Demonstranten an der jeweiligen Kundgebung, deren Reden im Anschluss dokumentiert werden, teilnahmen und welche besondere Stimmung an diesem Tag herrschte. Diese ist auf dem vollständigen Mitschnitt der Demonstration vom 6. November, deren O-Ton auf der beiliegenden CD dokumentiert ist, nahezu mit Händen zu greifen.

BERND LINDNER

Leipzig

VSWG 105, 2018/1, 73–74

Nada Boškowska / Angelika Strobel / Daniel Ursprung (Hg.)
„Entwickelter Sozialismus“ in Osteuropa. Arbeit, Konsum und Öffentlichkeit
 (Zeitgeschichtliche Forschungen 48). Duncker & Humblot, Berlin 2016, 268 S.
 (13 Abb.), 49,90 €.

Die kommunistischen Parteiführungen im sowjetischen Herrschaftsbereich versuchten in den 1970er und 1980er Jahren Massenloyalität in der Bevölkerung durch sozial- und konsumpolitische Maßnahmen zu erkaufen. Dabei wandelten sich die Zielvorstellungen der utopischen Verheißungen: Während die Utopie der kommunistischen Gesellschaft mehr und mehr verblasste, stieg die Konsumpolitik zum Markenzeichen des ‚real existierenden Sozialismus‘ auf. Die bisherigen politik- und wirtschaftshistorisch ausgerichteten Forschungen betonten vor allem die systembedingten Unzulänglichkeiten, den vielfältigen ökonomischen Mangel und den sich wandelnden Charakter der Repressionsapparate. Nach dem Ende des Kalten Krieges und unter dem Eindruck der aufkommenden Kulturgeschichte wandelten sich die Fragestellungen und Perspektiven. Das dichotome Bild von antagonistischen Blöcken bekommt zunehmend Risse; stattdessen geraten – bei allen Unterschieden – Ähnlichkeiten der Systeme in den Fokus. Der vorliegende Tagungsband untersucht am Beispiel von Arbeit und Konsum den Wandel von sozialen Räumen und Machtverhältnissen. Im Zentrum steht die Frage nach der Systemstabilität in den staatssozialistischen Staaten Osteuropas. Die acht Beiträge versuchen das Spannungsverhältnis von Öffentlichkeit und Privatsphäre, von

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Staat und Individuum in kommunistischen Diktaturen auszuloten, wobei die Herausgeber in ihrer Einleitung betonen, dass es „einen vermeintlich gleichförmigen osteuropäischen Raum als alter ego Westeuropas nicht gibt“ (S. 10). Die Beschäftigung mit Arbeit als Analyse-kategorie scheint für die Untersuchung sozialistischer Gesellschaften naheliegend zu sein, zogen diese doch ihre Legitimation aus der marxistisch-leninistischen Ideologie, in der die Arbeit und die Arbeiter einen zentralen Raum einnahmen.

Der Band weist keine erkennbare innere Struktur auf. Ulf Brunnbauer macht die nicht ganz neue Beobachtung, dass der permanente Arbeitskräftemangel und die damit verbundene Fluktuation die Verhandlungsposition der Beschäftigten gegenüber den Betriebsleitungen gestärkt hat. In der Arbeitszeit wurde bekanntlich auch privaten Interessen nachgegangen (z. B. für Einkäufe von Gütern des täglichen Bedarfs), was von den staatlichen Akteuren nicht unterbunden werden konnte. Anelia Kassabova untersucht die Mutter-und-Kind-Heime in Bulgarien und zeigt die nicht intendierten Folgen der Planwirtschaft in diesem sozialpolitischen Bereich. Dadurch seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heime zu improvisiertem Handeln gezwungen gewesen, was vereinzelt dazu geführt habe, dass Heimkinder auch in der Freizeit beaufsichtigt werden mussten. Malte Rolf beschäftigt sich in seinem instruktiven Beitrag mit der wachsenden Kluft, die sich bei den öffentlich inszenierten Kampagnen zwischen Partei und Bevölkerung aufat. Er spricht in dem Zusammenhang von der „Erosion der Kampagnenöffentlichkeit“ (S. 83). Anschließend analysiert Ekaterina Emeliantseva Koller Staatsfeiertage in der späten Sowjetunion am Beispiel der im Zweiten Weltkrieg wichtigen Hafenstadt Severodvinsk (von 1938 bis 1957 Molotovsk). Anhand von Interviews kann sie nachweisen, dass die offiziellen Feiertage auch für private Zwecke genutzt wurden. Zwischen öffentlichen und privaten Praktiken habe es fließende Übergänge gegeben.

Julia Obertreis untersucht Kabarett im polnischen Fernsehen, das durchaus Möglichkeiten für subtile und z. T. sogar subversive Botschaften geboten habe. Die Politik des kommunistischen Regimes sei Gegenstand „ironischer und spöttischer Kommentierung“ gewesen (S. 165). Daran anknüpfend widmet sich der anregende Beitrag von Kirsten Bönker dem Fernsehkonsum in der späten Sowjetunion. Basierend auf Archivrecherchen und ausgewerteten Interviews kann sie verdeutlichen, dass bei den Rezipienten eine erhebliche Bandbreite an Wahrnehmungen festzustellen ist, von der Akzeptanz bis zur Verweigerung. Radina Vučetić geht dem amerikanischen Einfluss auf die jugoslawische Konsumgesellschaft am Beispiel von Coca-Cola nach, und Julia Richers analysiert die Ambivalenzen des ungarischen ‚Gulaschkommunismus‘ in den 1960er Jahren. Der Sammelband bietet zahlreiche Anregungen für weitere Forschungen; die Zusammenstellung der einzelnen Themenbereiche erscheint jedoch etwas beliebig. Darüber hinaus ist zu bemängeln, dass sich die Beiträge nicht, wie in der Einleitung angekündigt, auf die Spätphase der 1970er und 1980er Jahre konzentrieren, sondern den gesamten Untersuchungszeitraum seit 1945 im Fokus haben.

DIERK HOFFMANN

Berlin



VSWG 105, 2018/1, 75–76

Marie-Janine Calic

Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region

Beck, München 2016, 704 S. (41 Abb., 7 Karten), 38,00 €.

Marie Janine Calic wendet sich gegen gängige Darstellungsweisen der Geschichte Südosteuropas, und sie tut gut daran. Weder schreibt sie synopsenartige Nationalgeschichten der Balkanstaaten noch verherrlicht sie, wie neuerdings üblich, die in der Region vor den Nationalstaaten herrschenden multiethnischen Imperien als Horte der Toleranz, wenn nicht sogar eines gewissen Fortschritts. Auch sieht sie Südosteuropa nicht als geschlossene Region mit vor allem endogen zu erklärenden Problemlagen. Vielmehr betrachtet sie mit großem Gewinn 2.000 Jahre südosteuropäische Geschichte konsequent aus einer globalhistorischen Perspektive. Überzeugend wird dabei deutlich, dass Südosteuropa mehr als bisher angenommen Teil globalgeschichtlicher Entwicklungsprozesse war, wobei viele Entwicklungsimpulse, genannt seien nur die Aufklärung, die Nationalstaatsbildung und diverse wirtschaftliche Globalisierungen, doch eher von Westeuropa ausgingen. Das Besondere an diesem Buch ist zu zeigen, dass die Südosteuropäer nicht nur passive Empfänger einer über sie hereinbrechenden Moderne waren, sondern etwa die europäische Aufklärung auch aktiv mitgestalteten. Es konnte dabei durchaus passieren, dass der Balkan sich zum Laboratorium der Moderne entwickelte. So wurde zum Beispiel im Zuge der griechischen Befreiungskriege des 19. Jh.s das Prinzip der humanitären Intervention mit all ihren Stärken und Schwächen geboren.

Die Vf.in stand vor der fast unlösbaren Aufgabe, 2.000 Jahre Geschichte einer äußerst heterogenen Grenzregion zwischen Okzident und Orient, die unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt war und ist, auf nur 700 Seiten darzulegen. Sie hat diese Herausforderung mit Bravour bewältigt. Dabei ist die durchgängig sehr gute Lesbarkeit des Buches hervorzuheben. Gelungen ist etwa auch die Idee, Veränderungsprozesse in der Region in Städteportraits wie im Brennglas darzustellen (Kruja 1450, Istanbul 1683, Ragusa 1776, Thessaloniki 1821, Plovdiv, Sredna Gora und Rhodopen 1876, Belgrad 1913, Bukarest 1939, Sarajevo 1984). Schon allein diese Städteportraits lohnen die Lektüre. Komplexe Prozesse werden oft am Beispiel persönlicher Schicksale dargelegt – eine eher trockene Strukturgeschichte bietet das Buch also nicht. Dennoch: Veränderungsprozesse sind das zentrale Thema, und nach der Lektüre hat der Leser bzw. die Leserin ein vertieftes Verständnis der Region gewonnen.

Gerade bezogen auf die wirtschaftliche Entwicklung widmet sich die Autorin ausführlich der zentralen Frage, warum alle globalen Modernisierungsprozesse zwar Südosteuropa erreicht haben und zum Beispiel unter großen Mühen versucht wurde, moderne, industrialisierte Volkswirtschaften zu schaffen, doch modernes Wachstum in der Region immer fragil blieb und die Zuschreibung ‚sich selbst tragend‘ bis in die unmittelbare Gegenwart nur sehr bedingt zutrifft. Bis heute zeigt keine europäische Region eine solch ausgeprägte wirtschaftliche Krisenanfälligkeit. Tatsächlich ist diese zentrale Frage immer noch nicht befriedigend beantwortet, doch bietet die Vf.in auch und gerade für NichtökonomInnen einen guten Überblick über den Stand der Forschung zum Thema.

Kritisch anzumerken bleibt, ob der globalgeschichtliche Ansatz an einigen Stellen nicht vielleicht zu weit getrieben wurde. So ist es durchaus fraglich, ob Veränderungen in der Agrarstruktur – wie der in einigen Regionen schon vor dem 19. Jh. aufgekommene Großgrundbesitz – tatsächlich

vornehmlich weltwirtschaftliche bzw. welt-systemische Ursachen hatten. Wenn es einen systemimmanenten entwicklungshemmenden ‚ungerechten Tausch‘ im Welthandelssystem gab, so bleibt zu fragen, was denn ein ‚gerechter Tausch‘ konkret gewesen wäre. Hier scheint es doch eher angebracht, auf die inneren Ursachen zu schauen und zu untersuchen, warum in Südosteuropa die ‚erste Globalisierung‘ keine umfassende Industrialisierung und kein erfolgreiches aufholendes Wachstum auslöste. Tatsächlich hat Südosteuropa im imperialistischen 19. Jh. von der Globalisierung durch eine agrarische Spezialisierung noch am ehesten profitiert, was dann langfristig aber doch entwicklungshemmend war. Das eigentliche Problem war dann aber nicht ein entwicklungshemmendes Weltsystem, das einer vielversprechenden Region jede Perspektive verbaut hätte, sondern, dass in Südosteuropa fast alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche frühe Industrialisierung fehlten. Hier hätte man sich mehr Diskussion gewünscht. Doch dies nur am Rande. Abschließend bleibt festzuhalten, dass das Buch von Marie-Janine Calic lohnend für alle ist, die zu Südosteuropa forschen bzw. sich über die Region fundiert informieren wollen.

MICHAEL KOPSIDIS
Halle (Saale)

VSWG 105, 2018/1, 76–77

Sebastian Conrad / Jürgen Osterhammel (Hg.)

Geschichte der Welt. Band 4: Wege zur modernen Welt 1750–1870

Beck u. Harvard UP, München 2016, 1.002 S. (54 Abb., 24 Karten), 49,95 €.

Die „Geschichte der Welt“ aus dem Hause Beck und Harvard UP ist auf sechs Bände angelegt. Den hier zu besprechenden vierten Band zeichnet gegenüber den anderen vor allem der Umstand aus, dass er im Kern den Durchbruch der Globalisierung modernen Zuschnitts behandelt. Ausgehend vom „janusköpfigen“ 18. Jh., welches nicht nur als Abschluss einer großen historischen Epoche „Vormoderne“ verstanden werden darf, sondern mit guten Gründen zugleich als „Inkubationsphase“ der Moderne aufzufassen ist, rücken im Folgenden bis dato eher separierte Regionen und Kulturen im Zuge planetarischer Integrationsschübe enger zusammen. Industrialisierung und Globalisierung legten im 19. Jh. jene sozioökonomischen Globalstrukturen, die bis heute Wirkung zeigen.

In den vier thematisch konventionell zugeschnittenen Beiträgen „Politik“, „Wirtschaft“, „Kultur“ und „Gesellschaft“ suchen Herausgeber und Autoren die Besonderheit jener Epoche zu greifen. Dabei rücken sie Fragen der Verflechtung, des Transfers oder – allgemeiner gesprochen – der wechselseitigen Beziehungen in den Vordergrund ihrer Schilderungen und Analysen. Cemil Aydin regt an, die politische Globalgeschichte des 19. Jh.s neu zu denken. Seiner These von einer Welt der Regionen, die nach einer Phase des globalisierten Imperialismus wieder eine Re-Regionalisierung erfuhr, wird man im Wesentlichen zustimmen können. Sie darf als Argument für eine im Grundsatz reversible Globalisierung gelten, wobei offen bleibt, ob es sich dabei um temporäre oder dauerhafte Gegenbewegungen handelt. In R. Bin Wongs wirtschaftshistorischem Beitrag fällt zweierlei auf: zum einen das für die Moderne konstitutive bipolare Strukturmerkmal des Überflusses bei

gleichzeitiger Armut, zum anderen die wechselseitige Bedingtheit von Industrialisierung und Globalisierung. Eindrucksvoll zeigt Mitherausgeber Sebastian Conrad die konzeptionellen Schwächen der gegenwärtig dominierenden kulturgeschichtlichen Interpretaments „Modernisierung“, „Postkolonialismus“ und „multiple modernities“ für eine Globalgeschichte auf. Die ihnen immanente Grundannahme nationaler bzw. zivilisatorischer Einheiten als Ursprünge einer wie auch immer zu fassenden Moderne lasse sich nur durch eine vorrangige Analyse von Verflechtungs- und Transferbeziehungen überwinden. Diesen Gedanken führt der Mitherausgeber Jürgen Osterhammel in seinem Beitrag über die globale Sozialgeschichte fort.

Globalgeschichten bieten zwangsläufig mannigfache Ansätze zu mannigfacher Kritik, etwa wenn Aydins Konzept der imperialen Regionen des 18. Jh.s dem Leser beliebig konstruiert erscheint. Grundsätzlicherer Natur ist die Kritik an der bereits im sechsten Reihenband (1945 bis heute) zu verzeichnenden theoretisch-analytischen und definitorischen Zurückhaltung von Herausgebern und Autoren. Kernprobleme einer Verflechtungs-, d. h. Globalisierungsgeschichte, genannt seien exemplarisch Phänomene wie „Homogenisierung – Heterogenisierung – Hybridisierung“ und die Steuer-/Umkehrbarkeit von Globalisierung, klingen immer wieder an, werden aber nicht systematisch erörtert.

Solchermaßen hervorgerufenen kritisches Stirnrunzeln schwindet indes rasch angesichts der überwiegend erfreulichen und gewinnbringenden Lesefrüchte. So nehmen die ausnahmslos westlich sozialisierten Autoren eine gleichermaßen unangestrenzte wie angemessene globale Perspektive auf ihre Themen ein – Eurozentrismus kann man ihnen kaum vorwerfen. Über weite Passagen präsentieren sie aufschlussreiche, erhellende und wenig bekannte Sachverhalte, was dieses Buch zu einer spannenden Lektüre werden lässt. Vor allem aber besticht der Sammelband in allen Teilen durch immer wieder überraschende und bedenkenswerte Interpretationen. Beispielsweise überzeugen Aydins Ausführungen bezüglich der Durchsetzung einer europäisch geprägten Universalisierung des Völkerrechts, ebenso Osterhammels Überlegungen zur Sinnhaftigkeit des Topos „Weltgesellschaft“ im Betrachtungszeitraum.

Somit bereitet auch dieser vierte Band der „Geschichte der Welt“ intellektuellen und ästhetischen Genuss. Letzteren steigern die zahlreichen Abbildungen und Karten in guter Qualität. Das umfangreiche Personen-, Orts- und Sachregister hilft dem Leser, sich wenn auch nicht in der Welt so doch in diesem Buch gut zurecht zu finden.

PETER E. FÄSSLER
Paderborn



VSWG 105, 2018/1, 78–79

Kerstin Hitzbleck / Thomas Schwitter (Hg.)

Die Erweiterung des ‚globalen‘ Raumes und die Wahrnehmung des Fremden vom Mittelalter bis zur Frühen Neuzeit

L'extension de l'espace „global“ et de la perception de l'Autre du Moyen Age jusqu'à l'époque moderne (Itinera 38/2015). Schwabe, Basel 2015, 162 S. (7 Abb.), 48,00 €.

Wie die Herausgeberin Kerstin Hitzbleck auf der ersten Seite ihrer Einleitung schreibt, ist die Literatur zum Thema Fremdheit „beinahe unüberschaubar“ (S. 5, Anm. 1). Allerdings versucht sie einen Paradigmenwechsel einzuläuten, indem sie dem „neue[n] Paradigma der Transformation zur Beschreibung historischen Wandels“ (S. 30) das Wort redet. Sie erklärt wortreich die Änderungen des Begriffs des Fremden im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit. Interessant und lesenswert sind hier besonders ihre Ausführungen zu Johannes Schiltperger, der Ende des 14. Jh.s in osmanische Gefangenschaft geriet, danach in jener der Mongolen landete und erst 1426 wieder zurück ins Heilige Römische Reich gelangte. Nicht ganz nachvollziehbar ist, warum die Vf.in von den restlichen fünf Beiträgen des Bandes eine Inhaltsangabe von ungefähr je einer Druckseite macht und dabei Begriffe verwendet, die zumindest in der deutschsprachigen Forschung schon ausgestorben sein sollten, wie „Deutsches Reich“ (S. 27) für dieses mitteleuropäische Gebilde im 16. Jh. Trotz der hohen Ansprüche, die der Band vorzugeben verspricht, wird mit manchen Namen und Begriffen etwas unpräzise umgegangen. Wieso beispielsweise der portugiesische König Johann III. / João III. in einem deutschsprachigen Artikel ausgerechnet hispanisiert und Juan III. genannt wird, während sein französischer Amtskollege als Franz I. bezeichnet wird (S. 67), bleibt rätselhaft. Genauso verhält es sich bei der Verwendung des Begriffs „empire britannique“ ausgerechnet für die englische Monarchie in der ersten Hälfte des 17. Jh.s (S. 131–155 und in der englischen Zusammenfassung S. 160, in der das British [E]mpire vorkommt). Wenn diese unhistorische Bezeichnung schon dem Autor des Beitrags nicht auffiel, hätten das die Bandherausgeber bemerken müssen. Auch falsche Jahreszahlen oder Ziffernstriche haben sich eingeschlichen. Die „Voyages aventureux“ des Jean Alfonse wurden nicht in den 1450er Jahren publiziert (S. 73 sowie ebenda, Anm. 43), sondern 100 Jahre später. Es hätte auch nicht verheimlicht werden müssen, dass dieser angeblich französische Kapitän als João Afonso in Portugal geboren wurde und seine prägenden Jahre zur See in der portugiesischen Monarchie verbracht hatte, bevor er in die Dienste von Franz I. von Frankreich trat. Da der betreffende Beitrag von Frankreich handelt, wird uns der Seefahrer als waschechter Franzose verkauft. Es hätte also etwas mehr an Redaktionsarbeit gebraucht. Ob dieser Mangel den Herausgebern oder dem Verlag anzulasten ist, sei dahingestellt.

Trotz der kleineren Fehler, die hier gar nicht vollständig aufgeführt werden, möge der Hinweis genügen, dass neben der Einleitung fünf lesenswerte Beiträge publiziert wurden. Gerda Brunnlechner schreibt über die so genannte Genueser Weltkarte von 1457, die sehr schön das europäische Weltbild am Ende des Mittelalters darstellt. Anschließend versucht Thomas Schwitter das angebliche Desinteresse im Frankreich des 16. Jh.s an der Neuen Welt zu erklären. Er untersucht dabei die Anzahl der Drucke über Amerika, die in Frankreich bescheidener ausfiel als in Italien und im Heiligen Römischen Reich. Ein französisches Desinteresse deshalb konstatieren zu wollen, erscheint dem Rezensenten etwas überzogen. Zwar werden die zahlreichen Kriege zwischen Karl V. und

Franz I. als eine der Ursachen angeführt, den französischen Religionskriegen in der zweiten Hälfte des 16. Jh.s wird aber zu wenig Bedeutung beigemessen, obwohl sie kurz erwähnt werden (S. 83).

Matthieu Bernhardt weist in seinem Artikel über das Chinabild im Westen während der Renaissance nach, dass dieses wesentlich vom Werk des Augustinermönchs und späteren Bischofs Juan Pedro González de Mendoza beeinflusst wurde, der China aber nie besucht, sondern sich die meiste Zeit seines Lebens in Mexiko aufgehalten hatte. Dort allerdings stand ihm nicht nur ältere Literatur zur Verfügung, sondern er konnte wohl auch manche Augenzeugenberichte von Reisenden aus dem weiteren pazifischen Raum verarbeiten. Mendoza beschönigte allerdings manche Zustände in China, angeblich, weil er König Philipp II. von Spanien von einer militärischen Aktion gegen das Reich der Mitte abhalten wollte. Das spanische Amerika und der Umgang der Inquisition mit der indigenen Bevölkerung, die erst einmal nur oberflächlich christianisiert wurde, ist Gegenstand des Beitrags von Joël Graf. Er hebt hervor, dass nach einigen Fällen extremer Brutalität der Inquisition mit Indigenen eher Zurückhaltung geübt wurde, gelangten die spanischen Behörden doch schließlich zu der Auffassung, dass die „jungen Pflanzen“ der Neugläubigen noch nicht nach denselben Kriterien durch die Inquisition kontrolliert werden durften wie die europastämmigen Altgläubigen. Der letzte Beitrag von Igor Pérez Tostado trägt den programmatischen Obertitel „La globalisation de la peur“. Der Autor versucht dabei den Nachweis zu erbringen, dass es an den Peripherien des englischen und spanischen Machtbereichs in der ersten Hälfte des 17. Jh.s zu durchaus vergleichbaren Gewaltausbrüchen einer dominierenden Minderheit gegen die eroberte Mehrheit kam. Die Beiträge sind durchaus informativ. Das neue Paradigma der Transformation, das erwähnt wurde, ist für den Rezensenten allerdings nicht wirklich erkennbar.

FRIEDRICH EDELMAYER

Wien

VSWG 105, 2018/1, 79–82

Rüdiger Hohls / Hartmut Kaelble (Hg.)

Geschichte der europäischen Integration bis 1989

(Europäische Geschichte in Quellen und Essays 1). Steiner, Stuttgart 2016, 264 S., 29,00 €.

Luuk van Middelaar

Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa

Suhrkamp, Berlin 2016, 608 S., 28,00 €.

Wie kann, wie müsste man heute eine Geschichte der europäischen Integration schreiben – in Zeiten, in denen das Einigungsprojekt durch die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise, durch Masseneinwanderung und zuletzt den Brexit existenziell bedroht zu sein scheint? Die beiden Bücher geben darauf unterschiedliche Antworten. Während der von Hohls und Kaelble herausgegebene Band eine Mischung von Essays und einschlägigen Quellen bietet und damit gewissermaßen ein

nicht auf Vollständigkeit bedachtes integrationsgeschichtliches Mosaik entstehen lässt, präsentiert van Middelaar eine Geschichte des Einigungsprozesses „aus einem Guss“, die dank des Vorworts vom Juli 2016 bis in die Gegenwart reicht.

Zunächst zum Sammelband: Die 22 Essays und die ihnen zugrundeliegenden Quellen wurden bereits im Themenportal Europäische Geschichte online publiziert. Mit ihrer Auswahl wollen die Herausgeber gewährleisten, dass „möglichst die wichtigen Ereignisse und Themenfelder zur Sprache kommen und die langen Linien der europäischen Integration angesprochen werden“ (S. 15). Nicht zuletzt geht es ihnen darum, auf neue Themen und Trends in der Forschung aufmerksam zu machen, etwa auf sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze und auf die Erforschung der Misserfolge und Krisen. Auch die „dunkle Seite“ der Integration (S. 14) soll nicht ausgespart bleiben: die Einigungsversuche durch Krieg und militärische Eroberung, wie von den Nationalsozialisten praktiziert, sowie antilibérale und antidemokratische Europaideen.

Im ersten Teil, der die Jahre 1929/30 bis 1950 umfasst, analysieren die Autoren Anläufe zur europäischen Integration, beispielsweise den Briand-Plan von 1929/30 (Friedrich Kießling), die „völkische Neuordnung Europas“ unter nationalsozialistischer Ägide (Michael Wildt), die ebenfalls von der NS-Führung verfolgten Pläne für ein „Agrar-Europa“ (Ernst Langthaler) und Churchills Vision der Vereinigten Staaten von Europa aus dem Jahr 1946 (Gerhard Altmann). Dabei werden teilweise weit zurückreichende Kontinuitätslinien deutlich, etwa wenn Kießling den Völkerbund und die Briand-Initiative als Resultat eines sich seit dem 19. Jh. vollziehenden Prozesses deutet, in dem „alte Praktiken der internationalen Beziehungen erschüttert wurden, neue denkbar erschienen und Stück für Stück zu realen Handlungsmöglichkeiten“ wurden (S. 32), oder Langthaler die ebenfalls im 19. Jh. beginnende Debatte über die „Stellung der bäuerlich geprägten Landwirtschaft in der entstehenden Industriegesellschaft“ (S. 48) als einen wichtigen Bezugspunkt für die NS-Agrarpläne identifiziert.

Die Autorinnen und Autoren des zweiten Teils widmen sich den 1950er und 1960er Jahren, mit den Eckpunkten Montanunion und Haager Gipfel. Neben gut erforschten Themen wie dem Schumanplan (Clemens A. Wurm) und der Assoziationspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit afrikanischen Staaten (Daniel Speich Chassé) werden auch vergleichsweise „neue“ Themen behandelt, etwa die Anfänge der „Eurovision“ mit dem Austausch von Fernsehprogrammen im westlichen Europa (Christian Henrich-Franke) sowie erste sozialstatistische Erhebungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der EWG (Anne Lammers). Im dritten Teil kommen wichtige Ereignisse zwischen der Krise der 1970er Jahre und dem Fall der Mauer 1989 zur Sprache, darunter die Mitteleuropadiskussionen der 1980er Jahre (Steffi Marung), französische Reaktionen auf den Reaktorunfall in Tschernobyl (Katrin Jordan) und die Bemühungen um eine Währungsintegration zwischen dem Ende des Bretton-Woods-Regimes und dem Vertrag von Maastricht (Dieter Lindenlaub).

Die Idee, grundlegende Quellen der Integrationsgeschichte durch begleitende Forschungssays interpretieren und in ihren jeweiligen Kontext einordnen zu lassen, ist durchaus reizvoll. Die Auswahl der Dokumente wirkt indes mitunter ziemlich phantasielos: Regierungserklärungen und Auszüge aus Verträgen, Reden und Publikationen sind leicht zugänglich und oft wenig aussagekräftig. Wie es besser geht, zeigt Guido Thiemeyer, der ein ursprünglich geheimes internes Arbeitspapier aus dem niederländischen Landwirtschaftsministerium vom Juni 1953 als Ausgangspunkt für spannende Überlegungen zum Demokratiedefizit der Europäischen Union (EU) nutzt.

Luuk van Middelaar, der an den Universitäten Leiden und Louvain-la-Neuve EU-Recht und European Studies lehrt und als früherer Mitarbeiter der Kommission und von 2010 bis 2014 als Redenschreiber des ersten ständigen Präsidenten des Europäischen Rats über Insiderwissen verfügt, wählte für seine Darstellung eine andere, unkonventionelle Form. Er unterscheidet zunächst zwischen „der Entscheidungsfindung und der Durchsetzung von Gesetzen“, der „Fähigkeit, inmitten der Kontingenz der Zeit zu handeln“, und „dem Versuch, ein Band zwischen der politischen Führung und dem Volk zu schmieden“ (S. 27f.). Anders formuliert, analysiert er der Reihe nach das Verhältnis zwischen dem „europäischen Miteinander“ (S. 30) und den Mitgliedstaaten (Teil I), der Außenwelt (Teil II) und den Bürgern (Teil III). Diese Beziehungskomplexe bettet er wiederum in drei unterschiedliche Sphären ein: eine „Außensphäre“, die sich „aus der Gesamtheit aller souveränen Staaten auf dem Kontinent“ zusammensetzt; eine „Innensphäre“, die auf Verträgen beruhende und durch bestimmte Institutionen repräsentierte Gemeinschaft; und eine „Zwischensphäre“ der Mitgliedstaaten, die sich „mal mit der äußeren, mal mit der inneren Sphäre“ überschneidet und die Aufgabe hat „zu verbinden, Beziehungen zu stiften, Ereignisse abzupuffern und Übergänge zu ermöglichen“ (S. 46). Das mag auf den ersten Blick etwas überkonstruiert klingen, erweist sich in der Darstellung aber durchaus als sinnvoll, weil die verschiedenen europapolitischen Arenen so immer in Erinnerung gerufen werden.

Von entscheidender Bedeutung für die bisherige – und künftige – Entwicklung Europas ist für van Middelaar die Zwischensphäre. In ihr sieht er die „Quelle und Trägerin der europäischen Politik“, sie spielt in seinem Buch deshalb die Hauptrolle (S. 55). Institutionell sieht er diese Sphäre im Ministerrat, im „Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten“ und, seit 1974, im „Europäischen Rat“ der Staats- und Regierungschefs verkörpert. In diesen Gremien, so van Middelaar, sei allmählich ein „Vertrauensverhältnis“ unter den Mitgliedstaaten herangewachsen: „Hierdurch erlangte der junge europäische Körper eine Lebensfähigkeit, die ihm in Monnets ursprünglicher dünner, föderaler Luft vermutlich versagt geblieben wäre“ (S. 97). Konsequenterweise deutet er den so genannten Luxemburger Kompromiss positiv, der im Kern jedem Mitglied ein Vetorecht für den Fall zusicherte, dass vitale nationale Interessen auf dem Spiel stünden. In der Literatur wird dieser Kompromiss häufig als Wendepunkt in Richtung einer Renationalisierung der Gemeinschaft verstanden (und von den Anhängern einer supranationalen Einigung entsprechen kritisiert) – van Middelaar weist hingegen eine Geringschätzung der Luxemburger Vereinbarung entschieden zurück: Es habe sich um einen „fruchtbaren und wahrhaft politischen Kompromiss“ gehandelt, der einen Raum geschaffen habe, „in dem die Sechs dauerhaft als Tischgenossen zusammenleben konnten“. Überhaupt sei das „agreement to disagree“, auf das sich die Mitglieder in Luxemburg verständigten, geradezu die „Grundregel einer jeden politischen Gemeinschaft“; erst auf einem solchen Fundament seien sie „in der Lage, Konflikte auszutragen, ohne dass die Gemeinschaft daran zerbricht“ (S. 129). Allein die „politisierte“ bzw. „politische“ Union ist seiner Ansicht nach in der Lage, die zahlreichen Probleme zu lösen und Europa „immer wieder neu zu erfinden“ (S. 497). Den „gesichtslosen Bürokraten“ in Brüssel (S. 485) traut er das jedenfalls nicht zu. Sein Vertrauen in die „Zwischensphäre“ konkretisiert und begründet van Middelaar im zweiten Teil, der noch am ehesten einer herkömmlichen Geschichte des Einigungsprozesses entspricht und die wichtigsten Stationen Revue passieren lässt. Im dritten Teil steht die Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit im Mittelpunkt – ein Anliegen, um das sich vor allem die „Innensphäre“ mit der Kommission an der Spitze kümmert.

Das Buch lebt von der „Entdeckung“ und Wertschätzung der „Mittelsphäre“. Dies führt dazu, dass van Middelaar dazu neigt, die Bedeutung der „Innensphäre“ – Kommission, Europäischer Gerichtshof, Parlament – zu unterschätzen; dabei betont er doch selbst, welche gravierenden integrationspolitischen Folgen etwa die „Van Gend & Loos“-Entscheidung des EuGH zur „Direktwirkung“ des europäischen Rechts (S. 104) hatte. Auch zivilgesellschaftliche Akteure im weitesten Sinn, also etwa Unternehmerverbände und Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände, überhaupt die Sphäre der Wirtschaft, tauchen in seiner Argumentation nur am Rande auf. Wer auf neue Quellenfunde hofft, wird ebenfalls enttäuscht. Aber die Leserinnen und Leser werden entschädigt durch viele kluge, bedenkenswerte und überdies elegant und anschaulich formulierte Beobachtungen und Überlegungen zur Geschichte und zu den Perspektiven der europäischen Einigung. Beide Bücher vermitteln ein vielschichtiges Bild von „Europa“: den Defiziten und Ärgernissen, aber auch den Errungenschaften. Und sie demonstrieren, jedes auf seine Weise, warum sich die Beschäftigung mit „Europa“ unbedingt lohnt.

WERNER BÜHRER
München

VSWG 105, 2018/1, 82–83

Regina Illemann

Katholische Frauenbewegung in Deutschland 1945–1962. Politik, Geschlecht und Religiosität im Katholischen Deutschen Frauenbund

(Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 133). Schöningh, Paderborn 2016, 465 S., 58,00 €.

Diese überarbeitete Dissertation ist ein wichtiger Beitrag zur Geschichte des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB). Sie erschließt dessen Bedeutung als Träger der katholischen Frauenbewegung in den Nachkriegsjahren bis zum Beginn des Zweiten Vatikanums und erweitert die historische Forschung zur Adenauerzeit um die Genderperspektive. Mit ihrer ausführlichen Analyse, der vornehmlich zuvor unerschlossene Quellen aus den Archiven des KDFB zugrunde liegen, schließt die Autorin eine Forschungslücke in zweifacher Sicht: Einerseits werden die bisher in der Genderforschung vernachlässigten Jahre zwischen der bis 1933 aktiven Alten Frauenbewegung und der Neuen Frauenbewegung ab den 1960er Jahren in den Blick genommen. Andererseits ergänzt sie die historische Genderforschung um den noch immer vernachlässigten Aspekt der konfessionellen Frauenbewegung.

Das Buch ist in fünf Kapitel gegliedert, in denen die Vf.in auf die Selbstpositionierung des KDFB als katholische Frauenbewegung und dessen Wirkung auf gesellschaftlicher, politischer und kirchlicher Ebene eingeht. Zunächst schildert sie den strukturellen Aufbau des KDFB und dessen Selbstverständnis als eine katholische Frauenorganisation, bei der allerdings das Katholisch-Sein Vorrang vor dem Frau-Sein hat. Interessant ist die Darstellung der Auseinandersetzungen des KDFB mit dem größeren, klerikal geleiteten Zentralverband der katholischen Frauen- und Mütter-

gemeinschaften. Im Vergleich erscheint der in seiner Leitung eher selbstständige KDFB als Träger der katholischen Frauenbewegung, auch wenn der Zentralverband seit 1960 seine Rolle als Frauenbewegung ebenfalls stärkte. Dabei hebt die Vf.in hervor, dass der KDFB trotz seiner selbständigen Leitung den Vorgaben der katholischen Amtskirche Folge leisten musste. Das zeigte sich z. B. 1952 in der offiziellen, obschon halbherzigen Befürwortung des Letztentscheidungsrechts des Ehemannes im Zuge der Reform des Ehe- und Familienrechtes.

Auch in der Frage der Frauenrollenbilder konnte der KDFB nicht über die damalige traditionell-katholische Geschlechterhierarchie hinausgehen. Dennoch wird ausdrücklich dargelegt, wie die Frauen des KDFB ihre Handlungsmöglichkeiten im vorhandenen Rahmen erweitern konnten. Allein durch ihre Biografien und unter Berufung auf das katholische Mütterlichkeits- und Jungfräulichkeitsmodell zeigten sie, dass neben dem kirchlichen Frauenrollenbild der (Familien-)Mutter auch andere Rollen möglich und aner kennenswert sind. Darüber hinaus setzte sich der KDFB für die Bildung und Professionalisierung der unentgeltlichen Haus- und Landarbeit von Frauen bei gleichzeitiger Förderung ihrer Wertschätzung ein. In ihrer Analyse greift die Vf.in auch die politische Wirkung des KDFB auf, insbesondere beschreibt sie das persönliche Engagement einiger Mitgliedsfrauen in der CDU, wobei sie kritisch anmerkt, dass die Geschlechterrollen in der als „Männersache“ geltenden Politik nicht grundlegend geändert werden konnten. Dennoch führten die Frauen des KDFB durch ihre politische Beteiligung zu einem „erweiterte[n] Politikverständnis“ (S. 258).

Die Vf.in geht auch den Aktivitäten des KDFB im Raum der katholischen Kirche ausführlich nach. Sie analysiert zunächst die teils problematische Beziehung zur kirchlichen Hierarchie, deren Anerkennung für den KDFB als einer katholischen Organisation unabdingbar war. Durch ihr geschicktes Vorgehen und nicht zuletzt den Einsatz des dem KDFB wohlgesonnen langjährigen Geistigen Beirats Augustinus Frotz konnte eine Balance zwischen Eigenständigkeit und kirchlicher Einbindung des KDFB erreicht werden. Zudem engagierte sich der KDFB als Laienorganisation und wirkte insbesondere im Zentralrat der Katholiken und an den Katholikentagen mit. Das Buch schließt mit der kurzen Darstellung der Vorbereitung auf das Zweite Vatikanum, die Vf.in verweist dabei auf das aktuelle Forschungsprojekt von Regina Hayder zu diesem Thema, man darf also auf weitere Veröffentlichungen in dieser Hinsicht gespannt sein.

Insgesamt liefert die Vf.in eine überzeugende, wichtige und interessante Arbeit, der man viele Leserinnen und Leser wünschen kann.

JOANNA STAŚKIEWICZ
Berlin



VSWG 105, 2018/1, 84–85

Thomas Lau / Helge Wittmann (Hg.)

Kaiser, Reich und Reichsstadt in der Interaktion

(Studien zur Reichsstadtgeschichte 3). Imhof, Petersberg 2016, 328 S. (80 Abb.) 29,95 €.

This volume contains the proceedings of the third annual meeting of the *Mühlhäuser Arbeitskreis für Reichsstadtgeschichte* from February 2015. The contributions are high quality and accompanied by dozens of illustrations. Rather than focus on one time frame or geographic region, chapters range in time from the high Middle Ages into the nineteenth century. They cover cities from across the German-speaking lands, including Riga. Taken together, the articles show the potential of reconsidering traditional periodization of urban history, a point Matthias Schnettger makes in his concluding chapter.

The book opens with a succinct introduction by Thomas Lau that establishes the volume's agenda. Lau argues correctly that one cannot focus solely on urban interactions with imperial institutions. One must also consider the horizontal connections that bound cities to other estates and opened room for political maneuvering. The subsequent thirteen chapters pursue these ideas through different case studies, beginning with Matthias Kälble's study of urban leagues in Thuringia during the thirteenth century. According to Kälble, the wide variety of alliances enacted by cities marked steps on the road to full autonomy. Especially important was the willingness of nobles to partner with cities rather than treat them as subjects. Hartmut Semmler reaches similar conclusions in his analysis of Buchhorn and Überlingen. Contrasting the motivations large and small cities had for joining alliances, Semmler concludes that magistrates used leagues to preserve their independence and to establish their primacy among other cities.

Wolfgang Wüst's article focuses on cities at the imperial diet, and the ensuing chapters each examine individual cities and their relationship to the Empire. Erfurt's interactions with the bishop of Mainz and the emperor occupies Matthias Werner, who shows how Erfurt's medieval leaders sought to play bishop and emperor against each other to augment the city's autonomy. Evelien Timpen identifies similar tendencies in Augsburg's diplomatic activity in the fifteenth century. Continually competing for regional preeminence with the bishop of Augsburg and the duke of Bavaria, Augsburg's magistrates tended to call for imperial aid in moments of crisis. Otherwise, they tried to maintain a flexible relationship to the emperor that allowed them as much freedom of action as possible. Anna Ziemlewska expands the volume's geographic scope by analyzing Riga in the late sixteenth century, while Thomas Schilp examines the meaning of fourteenth-century imperial privileges for Dortmund's constitutional status. Both chapters raise questions about what it meant to be an imperial city, as well as how cities sought to attain and defend that status. Christopher Folkens shifts the focus to individual actors by studying the Frankfurt diplomat Walter von Schwarzenberg. Active in the fifteenth century, von Schwarzenberg specialized in negotiating for the city with other estates. His abilities proved indispensable for Frankfurt's influence at the imperial level and reveal the importance of individuals in shaping political decision-making.

The final chapters take a wider view of urban-imperial interactions. Ulrich Hausmann examines supplications brought to the Reichshofrat by subjects of imperial cities, while André Krischer's innovative study analyzes the practice of city councils serving as godparents for the children of nobil-

ity. This political arrangement afforded cities access to princely networks in which they otherwise could not participate. Thomas Lau's contribution elucidates the logic behind eighteenth-century urban upheavals, and Axel Gotthard examines the end of imperial cities in the early nineteenth century. He blames the debt carried by many cities for the resignation with which urban populations met their incorporation into aristocratic states.

This book shows the potential of edited volumes to bring diverse chronological and geographical examples into dialogue with each other in a way that monographs often cannot. Its chronological scope, as well as its ability to compare examples from different geographic regions, makes it a valuable contribution to urban history in the Empire.

CHRISTOPHER W. CLOSE
Philadelphia

VSWG 105, 2018/1, 85–86

Siegfried Müller

Kultur in Deutschland. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung

W. Kohlhammer, Stuttgart 2016, 626 S. (22 Abb.), 69,00 €.

Die umfang- und detailreiche Darstellung der „Kultur in Deutschland“ des Autors – bisher Leiter der Abteilung Kulturgeschichte im Oldenburger Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte – versteht sich in Abgrenzung von der „Historischen Sozialwissenschaft“ der „Bielefelder Schule“ der 1960er/70er Jahre und im Anschluss an die seit den 1980er/90er Jahren vielfältig verfolgten Bestrebungen einer „Neueren Kulturgeschichte“ als Versuch, transdisziplinär die „kulturellen Verhaltensweisen“ zu erschließen, die die Konturen des 20. Jh.s maßgeblich bestimmten. Ausgehend von Anregungen, die um 1900 bereits Georg Simmel, Werner Sombart, Karl Lamprecht, Max Weber u. a. in Richtung einer „Historischen Kulturwissenschaft“ formulierten, läuft das Bestreben Müllers darauf hinaus, geschichtswissenschaftliche Fragestellungen mit solchen weiterer Wissenschaften wie der Literatur-, Kunst- und Theaterwissenschaft, der Pädagogik und Religion bis zur Medizin und zu den Naturwissenschaften in enge Verbindung zu bringen, um so die „Kulturbedeutung“ der menschlichen Handlungsspielräume im 20. Jh., d. h. der zeittypischen Lebensregeln, Wertideen, Kommunikationsformen usw., zu erschließen. Über Textquellen hinaus zieht der Vf. vielfältige individuell ebenso wie gesellschaftlich bedeutsame Artefakte sowie vor allem autobiographische Äußerungen heran, um besonders den zeittypischen „Reflexionen und Auseinandersetzungen mit der sich wandelnden Gesellschaft ein Gesicht“ zu geben (S. 15). Damit ist zugleich das Ziel Müllers angesprochen, bei den Lesern vielfältige eigene Erinnerungen zu wecken und sie anzuregen, die Vorgeschichte ihrer aktuellen Gegenwart distanziert zu reflektieren.

Die Präsentation der „Kultur in Deutschland“ ist systematisch ungewöhnlich gegliedert: Die fünf Hauptkapitel des Buches („Die Menschen“, „Gesellschaft“, „Medien“, „Die Schönen Künste“ und „Wissenschaften“) bestehen aus drei, fünf oder im Falle „Wissenschaft“ aus acht Unterkapiteln, die formal alle nach demselben chronologischen Schema aufgebaut sind: 1900–1918, 1919–1933,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

1933–1945, Westzonen und BRD 1945–1989, Ostzone und DDR 1945–1989 sowie Deutschland nach 1990, jeweils ergänzt durch ebenfalls chronologisch vorgehende Literaturverzeichnisse. Ein Anmerkungsapparat fehlt. Diese chronologischen Teilkapitel enthalten manchmal auf jeder Seite noch zusätzlich Überschriften zu den angesprochenen kulturellen Spezialbereichen. Jedes der 22 Unterkapitel wird mit einer Abbildung eröffnet, die eine mit einer kurzen Erläuterung versehene Metapher für das dann angesprochene kulturelle Detailgebiet darstellt. Dieser Aufbau belegt, dass das Werk nicht in erster Linie als Gesamtdarstellung einer deutschen Kulturgeschichte des 20. Jh.s zu verstehen ist, sondern als eine Art voluminöses Nachschlagewerk, das die kulturelle Gesamtlandschaft und deren historische Entwicklung Kapitel für Kapitel akribisch präsentiert.

Dass ein solches Vorgehen eine immense Fülle von Fakten liefert – übrigens oft illustriert durch eingefügte Zitate von Betroffenen und Zeitzeugen –, liegt zwar auf der Hand, doch beruht die Auswahl der kulturellen Bereiche einschließlich der jeweiligen Schwerpunktsetzung und Details auf einer persönlichen Entscheidung des Verfassers, was – von außen gesehen – verständlicherweise zum Teil auch zu Defiziten führt. Um nur ein paar Beispiele zu erwähnen: Das ausführliche fünfte Hauptkapitel „Wissenschaft“ kreist zwar zunächst um die Geschichtswissenschaft, doch folgen dann nur noch Humanmedizin, Naturwissenschaften und Technik bis zur Eisenbahntechnik. Der gesamte Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der Rechtsprechung spielt ohne Begründung keine Rolle. In den ersten beiden Hauptkapiteln „Die Menschen“ und „Gesellschaft“ fehlt etwa – abgesehen von ein paar beiläufigen Hinweisen – eine intensive Sicht auf die Wirkung breiterer kultureller Bewegungen (z. B. der Lebensreform, Heimatbewegung usw.) und auf die Gründe für die kulturell bedeutsamen, oft konkurrierenden generationellen Prägungen. Dass die große Vielzahl von Literaturangaben nahezu unsystematisch an die Unterkapitel angefügt wurde und ein (sicherlich höchst umfangreiches) Namensregister wünschenswert gewesen wäre, sei angemerkt. Dennoch: Verstanden als kulturgeschichtliches Nachschlagewerk ist das Werk eine ungewöhnlich umsichtig vorgehende Publikation, die eine ausdrückliche Herausforderung an den Leser darstellt, sich – ausgehend von den eigenen Erfahrungen in und Erinnerungen an das 20. Jh. – kulturell und auch psychohistorisch zu verorten.

JÜRGEN REULECKE
Essen/Gießen

VSWG 105, 2018/1, 86–88

Michael North
Zwischen Hafen und Horizont. Weltgeschichte der Meere
Beck, München 2016, 340 S. (10 Abb., 19 Karten), 19,95 €.

Das Meer, die Quelle allen Lebens auf unserem Planeten, bedeckt etwa sieben Zehntel der Erdoberfläche. Die Menschheit hat diesen Raum seit der Antike als „die sieben Weltmeere“ bezeichnet, wobei sie je nach Zeitpunkt, Standort und Herkunft unterschiedliche Räume meinten. So findet man in antiken chinesischen, persischen oder phönizischen Texten Hinweise auf sieben Weltmeere, die

sich aber im Hinblick auf Lage und Größe voneinander unterschieden. Dies allein wäre eigentlich Grund genug auch für die Geschichtswissenschaft gewesen, sich dieses Themas in großem Umfang anzunehmen. Doch stattdessen interessierten sich Historiker lange Zeit nicht für das Meer – oder wenn, dann nur als für einen Raum, den es machtpolitisch zu erobern galt, gewissermaßen als Erweiterungsraum kontinentalen Landmachtstrebens. Erst langsam beginnt in der „Zunft“ die Erkenntnis zu reifen, dass das Meer der geschichtswissenschaftlichen Forschung ein deutlich größeres Erkenntnispotential bietet. Dazu hat die Einsicht in die Sinnhaftigkeit trans- und internationaler Fragestellungen ebenso beigetragen wie der Einfluss des „cultural turn“ und des damit einhergehenden Paradigmenwechsels auch in der Historiographie, und natürlich auch das zunehmende Gewicht globalhistorischer Forschungsansätze.

Der Greifswalder Historiker Michael North zählt zu der relativ kleinen Gruppe von Pionieren, die sich hierzulande schon seit längerem mit dem Meer aus kulturgeschichtlicher Perspektive befasst. Aus seiner Feder liegen bereits maßgebliche Studien zur Geschichte des Ostseeraums vor. Seine ebenfalls fundierten Kenntnisse aus dem Bereich der niederländischen Geschichte klingen insbesondere in den Kapiteln fünf und sechs seiner hier vorzustellenden „Weltgeschichte der Meere“ an. Hier geht es zum einen um den frühneuzeitlichen Nord- und Ostseeraum, wo sich die Niederlande nach dem Niedergang der Hanse zu den maritimen „Fuhrleuten der Welt“ mauserten und damit zugleich den Grundstein für ihr „goldenes Zeitalter“ legten. Im sechsten Kapitel befasst sich North mit dem Indischen Ozean, wo sich mit Portugal, den Niederlanden und Großbritannien drei europäische Mächte zwischen dem 16. und 18. Jh. einen harten Konkurrenzkampf lieferten. Der Atlantik wird im siebten Kapitel als Brücke Europas in die Neue Welt vorgestellt, die die Europäer dazu nutzten, das Meer mit einem dichten Netz von Handelsrouten zu überziehen, auf denen sie zumeist Sklaven nach Amerika transportierten und Zucker, Rum und Pelze aus der Neuen in die Alte Welt importierten. Zugleich legten sie mit dem Sklavenhandel den Grundstock für den „Black Atlantic“ unserer Tage.

Ausgehend von den frühen Anfängen in phönizischer und hellenistischer Zeit schlägt North in zehn Kapiteln den Bogen von der Antike bis in die Gegenwart. Heute wird das Meer nicht mehr nur als ein Transit- und Kommunikationsraum gesehen, sondern als ein höchst empfindliches Ökosystem, dessen Gleichgewicht durch menschliches Handeln akut gefährdet wird. Seine Leser gewinnen so einen zuverlässigen und gut geschriebenen Überblick über die Bedeutung bestimmter Meeresräume in bestimmten Zeiten. Zudem werden sie in die Geschichte des Schiffbaus und der Schifffahrt eingeführt, der Navigation sowie des Handels im Laufe der Zeit. Den Höhepunkt sieht North in der Globalisierung des Meeres vornehmlich im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jh.s. Das letzte Kapitel ist der Gefährdung von Meeresräumen gewidmet. Dabei geht es um die ökologischen Folgen militärischer Auseinandersetzungen ebenso wie um Atomtests auf See, um die Verschmutzung infolge des immer dichteren Handelsschiffsverkehrs, die Folgen des Massentourismus, mögliche Folgeschäden durch Meeresbergbau, Eutrophierung, Verschmutzung und Überfischung.

North hat sich der Geschichte der Weltmeere aus europäischer Perspektive angenommen. Das ist sinnvoll, schließlich wurde das Buch für ein europäisches Lesepublikum verfasst. Mit leichter Feder bietet er vielerlei Informationen nicht nur für Freunde des Maritimen. Sie sind zwar zumeist nicht neu, aber so noch nirgendwo anders präsentiert worden. Damit lenkt er nicht nur die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des Meeres in der und für die europäische Geschichte, sondern

leistet er auch einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der „maritime awareness“ im deutschen Sprachraum.

JÜRGEN ELVERT
Köln

VSWG 105, 2018/1, 88–89

Volker Reinhardt

Luther, der Ketzer. Rom und die Reformation

Beck, München 2016, 352 S. (24 Abb.), 24,95 €.

Die 500. Wiederkehr der Publikation von Luthers 95 Ablassthesen von 1517 und das – wie 1917, 1817, 1717 und 1617 – für 2017 auf das Eventprogramm gesetzte Reformationsjubiläum bringen in großer Zahl Bücher von Historikern und Kirchenhistorikern zu dem Wittenberger Hauptreformatoren hervor. Darunter sind v. a. die Arbeiten von Thomas Kaufmann und Volker Leppin zu nennen, die für das Lutherbild der evangelischen Kirchengeschichtswissenschaft deutscher Sprache der Gegenwart stehen mögen, ähnlich wie in der vorhergehenden Generation das dreibändige Luther-Werk von Martin Brecht.

Aus dieser Flut ragt das Buch des an der Universität Fribourg in der Schweiz lehrenden Historikers Volker Reinhardt heraus. Der exzellente Kenner des Italien der Renaissance und des sog. „Renaissance-Papsttums“, der auch mit der deutschen Geschichte der Reformationszeit und mit der gewaltigen Textproduktion Luthers vertraut ist, betrachtet Luther und die Reformation jenseits protestantischer Stereotypen – „Rom verschließt sich, versteht nicht, blockiert, diktiert, taktiert, droht und verliert“ (S. 12) –; bei ihm kommen auch römische Theologen und päpstliche Legaten oder Nuntien und in der deutschen Reformationsforschung wenig beachtete oder als Repräsentanten des unbelehrbaren Papsttums abgetane Gestalten wie Girolamo Aleandro, Aegidius von Viterbo, Paolo Cortesi, Thomas Cajetan, Silvestro Mazzolini gen. Prierias, Pietro Accolti, Lorenzo Campeggio, Ambrogio Catharino, Alberto Pio, Pietro Paolo Vergerio – später evangelischer Pfarrer in Tübingen –, Giovanni Morone und Gasparo Contarini zur Geltung. „Nur wenn man auch die römischen Quellen betrachtet, lässt sich der Prozess der Ablösung, Spaltung, Trennung und Ver-teufelung adäquat nachvollziehen“ (S. 14). Das bedeutet nicht, dass Reinhardt ein Gloria auf die katholischen Gegner Luthers singt – im Gegenteil! Seine Bewertung der Päpste Julius II., Leo X., Clemens VII. und Paul III., aber auch Hadrians VI., könnte kritischer kaum sein, wie auch die Nuntien Aleandro und Vergerio mit ihrer Unzulänglichkeit, ihrem Feindbild – „Feindschaft machte blind“ (S. 182) –, ihrer Eitelkeit und ihren Missverständnissen erscheinen. Doch im Mittelpunkt der Betrachtungen steht Luther, den Reinhardt von seinem Denkmalssockel holt, auch wenn dessen Antijudaismus mit Hinweis auf die „wütenden Kampfschriften gegen die Juden“ (S. 319) nur peripher erwähnt wird. Luthers geschichtlicher Bedeutung ist das nicht abträglich.

Reinhardt widerspricht Angstpsychosen Luthers – „Alle Versuche, die intellektuelle und psychologische Befindlichkeit des späteren Reformators auf Kindheitstraumata zurückzuführen, sagen

mehr über die selbsternannten Analytiker als über ihren Probanden“ (S. 21) –, wie sie Lucien Febvre und v. a. der Psychoanalytiker Erik H. Erikson thematisiert haben und wie sie heute u. a. von Albert Mock oder Michael Hesemann verbreitet werden. Er arbeitet die Selbststilisierung Luthers in den Tischreden – und damit deren geringen Quellenwert – heraus, entlarvt das Romerlebnis von 1511 als „spätere Mythenbildung durch den Reisenden selbst“ (S. 28), hebt – womöglich geleitet durch das Prierias-Gutachten von 1518 – das Antipäpstliche in den Ablassthesen vielleicht etwas zu stark hervor, betont aber doch, dass sich Luther 1518 zwar „am äußersten kritischen Rand, doch noch nicht außerhalb des von der Kirche tolerierbaren Ideenspektrums“ (S. 91) bewegte. Er verfolgt das Antichrist-Motiv von den ersten Spuren in Briefen von 1518 über die erstmalige öffentliche Identifikation des Papstes mit dem Antichrist in Luthers „Von dem Papsttum zu Rom wider den hochberühmten Romanisten zu Leipzig“ von 1520 bis zu dem wüsten Pamphlet „Wider das Papsttum zu Rom, vom Teufel gestiftet“ von 1545. Er relativiert die Bedeutung von Luthers Leugnung der Konzilsautorität von 1519 durch Betonung ihrer stückweisen Rücknahme – „Widerruf im Kleinen“ (S. 116) – in der Disputation mit Johann Eck und zeichnet die Verhöre Luthers auf dem Reichstag in Worms 1521 durch Auswertung von Aleandros und Luthers Berichten nach. Das kennt man zwar seit dem Erscheinen von Aleandros Text 1884 und der Publikation des siebten Bandes der „Weimarer Ausgabe“ der Werke Luthers 1897, doch wird es von Reinhardt dem Leser unserer Zeit anschaulich gegenübergestellt.

HARM KLUETING

Köln

VSWG 105, 2018/1, 89–90

Elisabeth Röhrlich (Hg.) unter Mitarbeit von Andreas Meisinger
Migration und Innovation um 1900. Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende

Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2016, 527 S. (33 Abb.), 50,00 €.

Im Jahr 1900 war Wien die viertgrößte Stadt Europas und eine Metropole mit rund 1,7, 1910 mit zwei Millionen Einwohnern. Nur London, Paris und Berlin waren größer. Die Anziehungskraft Wiens für Zuwanderung war groß, denn dort konnte sie der Verarmung auf dem Lande entkommen und in den (Klein-)Unternehmen Arbeit finden, freilich nur schlecht bezahlte. Der Sammelband macht deutlich, dass nur 46 Prozent der Bevölkerung in Wien auch zur Welt gekommen waren. Fast 25 Prozent kamen aus Böhmen und Mähren, knapp neun Prozent waren Juden. Wien war damals die größte tschechische und die drittgrößte jüdische Stadt Zentraleuropas, betont Moritz Csáky in seinem exzellenten Beitrag. Vielfalt, ethische Pluralität und das Sinnbild einer lebendigen Stadt der Künstler und Intellektuellen waren dafür verantwortlich, dass Wien zur Kulturmetropole werden konnte, um die sie sogar der Berliner Kulturwissenschaftler Werner Sombart beneidete. Kurzum – der Band enthält so viele hervorragende Beiträge, dass er nur schwer zu rezensieren ist.

Hervorheben und nachdrücklich empfehlen, möchte ich jedoch folgende Beiträge: Michael

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

John generell zur Migration in die Donaumetropole; Andreas Resch und Christian Glanz zum musikalischen Aspekt von Innovation durch Zuwanderung sowie Klaus Hödl zur Lage der galizischen Juden und Jüdinnen in Wien und der von Hans Petschar zur weithin vergessenen, 24 Bände umfassenden Enzyklopädie (Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild), die 1883 vom österreichisch-ungarischen Kronprinzen Rudolf angeregt wurde. Das (später so bezeichnete) „Kronprinzenwerk“ ist die erste ethnologische Studie der Donaumonarchie und kann als Pionierarbeit der Kulturanthropologie gelten. Beiträge wie die von John und anderen zeigen das Problem der Abschottung auf: Vor allem die jüdischen, aber auch die tschechischen Zuwanderer blieben meist unter sich – sogar in Wiener Gaststätten.

Die Beiträge von Moritz Csáky und von Jacques Le Rider – beide Doyens der einschlägigen Forschung – sind unbedingt lesenswert, da die innere Logik des Fin de Siècle in Wien präzise entschlüsselt wird. Enttäuschend ist eher der Aufsatz von Steven Beller (The influence of Jewish Immigration on the Modern Culture of Vienna), der meist wiederholt, was er schon anderswo publiziert hat. Hingegen aufschlussreich und brillant verfasst ist der Beitrag von Sylvia Hahn (Migrantinnen in Wien), der die Schattenseite von Wien um 1900 beleuchtet: schlecht bezahlte Frauenarbeit, das Elend der Dienstbotinnen, Mädchenhandel und damit einhergehende offene und versteckte Prostitution.

Als Rezensent steht es einem nicht an zu konstatieren, aber es scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Zuwanderung ist in Wien seit Jahren ein politisch brisantes Thema – freilich unter anderen Voraussetzungen. Der Rechtspopulismus gewinnt mehr und mehr Anhänger. Die jüdische Gemeinde ist, bedingt durch den Holocaust, verschwindend klein. Leider gibt es wieder ähnlich wie vor 100 Jahren eine „abgestufte Abwehrhaltung“ gegen Zuwanderer, wie Andreas Weigl im vorliegenden Band meint: „Vereinfacht formuliert, übernehmen die Rolle der deutschsprachigen Böhmen, Mährer und Schlesier nunmehr die in Wien lebenden EU-Bürger und -Bürgerinnen, die der Tschechen um 1900 südosteuropäische Migranten und Migrantinnen und die der galizischen Juden vor allem die türkische und türkischstämmige Minorität“, schreibt er in seinem Beitrag „Wien um 1900 – ein Sonderfall in der Wiener Migrationsgeschichte? Der „Schmelztiegel in der kollektiven Erinnerung“.

Man kann wie bei jedem Sammelband viel kritisieren. Am meisten fällt jedoch auf, dass das Thema „Zuwanderung, Arbeiterschaft und politische Organisation“ völlig außen vor bleibt. Und dies ist ein wahres Manko, denn Wien war am Fin de Siècle und den Jahren davor einer der wichtigsten Orte der Formierung der Wiener und der Habsburgischen Arbeiterschaft mit vielen eloquenten Funktionären – nicht nur Männern, sondern auch vielen Frauen. Hier hätte eine Genderinformierte Arbeitergeschichte viel Neues bringen können. Aber noch eines gibt es zu bemängeln: Während des 19. Jh.s gab es eine beträchtliche Zuwanderung von so genannten „Zigeunern“, Roma und Sinti, die noch randständiger und elender leben und hausen mussten als die Arbeiterschaft.

Jedoch ist der vorliegende Band – bei allen Mängeln – insgesamt sicher ein Standardwerk.

LUTZ MUSNER

Wien



VSWG 105, 2018/1, 91–92

Philip Wagner

Stadtplanung für die Welt? Internationales Expertenwissen 1900–1960
(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 220). Vandenhoeck & Ruprecht,
Göttingen 2016, 400 S. (22 Abb.), 65,00 €.

Wagner befasst sich in seiner Dissertation mit internationalem Expertenwissen bei der Stadtplanung in der ersten Hälfte des 20. Jh.s. Er unternimmt dies leider weder unter der Perspektive des Jahrhunderts bestehenden europäischen Zusammenhangs von Kultur und Wissenschaft noch unter Demokratie-theoretischen Vorzeichen, sondern im Sinne der modischen postmodernen Wissenssoziologie und postkolonialen Theorie. Daher gilt es bei der Lektüre besonders der Einleitung tief Luft zu halten – deshalb eingangs eine Geschichte, die das gesamte Dilemma dieses Ansatzes verdeutlicht:

Um in Yamoussoukro, seit 1983 die nominelle Hauptstadt der Elfenbeinküste, die Verlagerung der hauptstädtischen Funktionen voranzutreiben, wurde eine chinesische Firma mit dem Bau eines Apartmenthauses für die Parlamentsabgeordneten beauftragt. Dies löste einen nationalen Skandal aus, da die chinesischen Arbeiter separat von der ivoirischen Bevölkerung lebten und viel besser als diese bezahlt wurden. Nach einer blutigen Rebellion wurden die Chinesen schließlich durch Ivorer ersetzt, die das Haus fertigstellen sollten. Was jedoch passierte, war, dass Teile des Gebäudes während der Wiederaufnahme der Bauarbeiten zusammenstürzten.

Dies ist eine grausame Widerlegung postmoderner und postkolonialer Theorien, nach der auf Wissenschaft beruhende Technik nur eine soziokulturelle Konstruktion darstellt. Sie ist es nicht: Technik funktioniert vielmehr, weil die ihr zugrundeliegenden Naturwissenschaften allgemein gültige Gesetze formulieren. Diese sind überkulturell, doch zugleich erfordert ihr Einsatz spezifische kulturelle Fähigkeiten. Diese wichtige Differenzierung bleibt häufig unverstanden, besonders in den Wissenschaftskulturen der Kultur- und Sozialwissenschaften. Diese produzieren sprachbedingte Interpretationen, keine Theorien, und dies ist etwas, woran – um eine etwas laxe Formulierung zu verwenden – viele Kultur- und Sozialwissenschaftler/innen erheblich zu kauen haben: Irgendwie muss man den großen Vorsprung der Naturwissenschaften und technischen Disziplinen doch zum Verschwinden bringen. Im hier gewählten Bereich ist Expertenwissen daher grundsätzlich und immer nur ein vermeintliches.

Eine wirklich sinnvolle Kritik an der Stadtplanung beruht auf einem ganz anderen Ansatz: Inwieweit können bestimmte technische Disziplinen überhaupt transkulturell gültige Lösungen formulieren? Und selbst wenn: Warum werden diese Lösungen nicht, etwa für die Entwicklung der Stadt, politisch zur Debatte gestellt? Selbst wenn Technik funktioniert, sollte ihre Implementation doch demokratischer Partizipation unterworfen sein.

Die weit gefasste kritische Geschichte der Stadtplanung, die Wagner zu bieten versucht, ließe sich somit auf wesentlich einfachere Fragen reduzieren: auf eine Geschichte der Demokratiedefizite in einem alle Menschen in der Stadt betreffenden Gestaltungsbereich. Statt dessen werden wenig überzeugende modische Begrifflichkeiten wie rituelle Internationalisierungspraktiken, Konsenrhetorik, *social engineering*, pluralistische Performance usw. verwendet und in vier Kapiteln durchexerziert. In einer durchaus richtigen Zusammenfassung der veröffentlichten Literatur geht es da-

bei um die internationale Diffusion der Gartenstadtidee, um die Stadt- und Regionalplanung der 1920er bzw. 1930er Jahre und um den Wiederaufbau. Abschließend werden wichtige Funktionäre der IFHTP und deren Biographien zusammengefasst. Wer dies alles nochmals lesen möchte, ist bei diesem Werk gut aufgehoben.

Allerdings: Ein weiteres Manko der Arbeit sehe ich in der mangelnden Leserfreundlichkeit: Die Dissertation ist trotz des sehr anschaulichen Themas (geht es doch um Planung!) eine Textwüste mit nur 22, teilweise wenig aussagekräftigen Abbildungen.

DETLEF BRIESEN

Gießen/Hanoi

VSWG 105, 2018/1, 92–93

Johannes Zechner

Der Deutsche Wald. Eine Ideengeschichte zwischen Poesie und Ideologie, 1800–1945

Philipp von Zabern, Darmstadt 2016, 446 S., 69,95 €.

90 Milliarden Bäume ergeben den deutschen Wald, davon sind etwa 9 Milliarden Eichen. Wenn jedoch Johannes Zechner in seiner an der FU Berlin verfassten Dissertation vom Deutschen Wald spricht, geht es ihm nicht um die naturwissenschaftlich-statistisch erfassbare Komponente. Denn der Wald ist mehr als die Summe seiner Bäume, und so befasst sich Zechner mit dem Wald als „Projektionsfläche für kulturelle und politische Auffassungen“ als Unterbau für eine „Ideengeschichte des Naturalen“ (S. 12). Den weltanschaulichen Werdegang des deutschen Waldes erkennt er als Desiderat, das er mit der Methode des begrenzten Konstruktivismus füllen möchte. Trotz zahlreicher auch aktueller Publikationen, die sich des speziellen Verhältnisses der Deutschen zum Wald annehmen, kann man Zechner hier folgen. Denn eine stringente und dichte Analyse von Waldvorstellungen, deren sinnliche Grundierung, deren Verschränkung im Zeitablauf und deren Instrumentalisierung zur Bildung kollektiver Identität oder Legitimierung gesellschaftlicher und politischer Ordnungsvorstellungen fehlte bisher. Jedoch irritiert das Selbstzeugnis, das sich der Autor auf der letzten Seite seiner Qualifikationsschrift ausstellt: Die Bedeutung von Wald und Baum für die „kollektive Sinnstiftung deutscher Nation“ (S. 250) sei nun kein Desiderat mehr. Tatsächlich leistet Zechner viel. Sein Anspruch ist es, anhand von sieben Fallstudien zwischen 1800 und 1945 Akteure, Prozesse und Ziele identitätsstiftender Naturimagination nachzuzeichnen.

Die ersten fünf Kapitel sind Autoren gewidmet, die viel und mit großer publizistischer Reichweite über den Wald geschrieben haben. Die Kapitel sechs und sieben gehen auf die Waldbilder und deren Instrumentalisierung in der Zeit 1871 bis 1945 ein. Das Material, das er dabei über Ludwig Tieck, Joseph von Eichendorff, Ernst Moritz Arndt, die Brüder Grimm und Wilhelm Heinrich Riehl zusammenträgt und auswertet, ist beeindruckend. Das latente Unterlegenheitsgefühl der Deutschen gegenüber Frankreich im Verlauf der Frühen Neuzeit bis zu den Befreiungskriegen wird durch die beständige Rezeption von Tacitus und dem Sieg Hermanns über die Römer im

Wald gebrochen. Die angestrebte Abgrenzung vom „Anderen“ entwickelt sich dabei über Ablehnung des „Fremden“ zu Verfolgung des „Gegnerischen“. In nahezu detektivischer Feinarbeit belegt Zechner, wie sich das völkische Schrifttum des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik eklektizistisch aus tradierten Waldvorstellungen bediente und diese für eigene Zwecke überformte. Der Nationalsozialismus war dann geprägt von der Verknüpfung konzeptioneller Waldvorstellungen mit rassistischen Motiven und gesellschaftspolitischen Zielen: sinnfällig etwa im Bestreben von Teilen des NS-Regimes, den Wald als „Naturdom“ zur Grundlage einer germanisch inspirierten Naturreligion zu machen, um den Einfluss der christlichen Kirchen zu schwächen, und in der Verunglimpfung von Juden als „Wüstenvolk“, das dem deutschen Wald nur schade. Damit ist die Ideengeschichte des Deutschen Waldes jedoch nicht ausgeforscht, denn die Nation, die Zechner im Zeitablauf zeichnet, ist eine durch und durch bildungsbürgerlich-männliche, eichenbeseelte, die stets weiter in Richtung Rassismus tendiert und alternative Waldbilder – oder in der manchmal sperrigen Diktion Zechners: Silvaimaginationen – anderer gesellschaftlicher Gruppen und politischer Orientierungen ausblendet. Leif Gren hat etwa für Schweden die große Bedeutung von Kinderbuchillustrationen für das Waldbild einer Gesellschaft aufgezeigt. Solche häuslich-mütterlich konnotierten Imaginationsbausteine, auf denen eine Hochliteratur von Riehl anknüpfen kann, blendet Zechner aus. Zwar benennt er die Mehrzahl seiner blinden Flecken, kann damit aber nicht die bedingte Aussagekraft seiner Schlussfolgerungen aufheben. Nachvollziehbar und quellengesätigt beschreitet er einen von vielen möglichen, von den Romantikern ausgehenden Ideologiefad durch den deutschen Wald – den völkisch, rechten, der schließlich in rassistischer Gleichsetzung von deutschem Wald und deutschem Volk endete. Eine abschließende Erklärung für die bis heute – auch im Ausland – wahrgenommene enge Verbindung der Deutschen zum Wald gibt sein Buch nicht. Es setzt aber einen hohen Standard, wie an dieser Frage weiter zu arbeiten ist.

TOBIAS HUFF

Mainz

B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

VSWG 105, 2018/1, 93–95

Johannes Bähr

Werner von Siemens 1816–1892. Eine Biographie

Beck, München 2016, 576 S. (183 Abb.), 29,95 €.

Nachdem 2013 die von Martin Lutz verfasste Biographie Carl von Siemens' erschien, liegt nun auch die Lebensgeschichte Werner von Siemens' vor, des ältesten und berühmtesten der drei ‚großen‘ Brüder, rechtzeitig zum 200. Geburtstag des Unternehmensgründers im vergangenen Jahr. Mit Bähr hat das auftraggebende Siemens Historical Institute einen profilierten Unternehmenshistoriker als Autor gewonnen, der zuletzt unter anderem mit Firmengeschichten von Bosch und Thyssen sowie einer gemeinsam mit Ralf Ahrens verfassten Biographie Jürgen Pontos hervorgetreten ist. Mit Blick auf Bährs Portfolio ist man versucht zu sagen, dass seine Vielseitigkeit durchaus Ähnlich-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

keiten mit jener seines Protagonisten aufweist – und eben jene Vielfalt von Interessen und Talenten ist es auch, die als Erklärung für die bemerkenswerte Karriere Werner von Siemens' profiliert wird. Gleichmaßen Erfinder, Techniker, Unternehmer und Organisator, war es die „Kombination dieser Fähigkeiten“ (S. 429), welche die fünf Jahrzehnte von Siemens' Karriere an der Spitze des nach ihm benannten Unternehmens möglich machte. Dass er dabei nicht auf sich allein gestellt war, sondern durch wichtige Mitarbeiter und Freunde (William Meyer und Johann Georg Halske) wie auch von seinen kongenialen Brüdern Wilhelm, Carl und, in geringerem Ausmaße, Friedrich unterstützt wurde, arbeitet Bähr deutlich heraus. Statt des erfinderischen Genies, als dass ältere Hagiographien Werner von Siemens oft verklärt haben, oder das Gelehrtenbild, das er selbst von sich zeichnete, betont die neue Biographie Kooperation, Netzwerke und nicht zuletzt auch glückliche Umstände, die Siemens' Aufstieg Vorschub leisteten und „eine europäische Erfolgsgeschichte“ (S. 432) schreiben halfen.

In die Wiege gelegt war dieser Erfolg nur bedingt. Zwar konnte die Familie Siemens auf eine lange Ahnenreihe prominenter Wirtschaftsbürger im Raum Goslar zurückblicken, doch die Karriere von Werners Vater war von sichtbarem Abstieg geprägt. Erst der wirtschaftliche Niedergang, dann der frühe Tod beider Eltern gaben wenig Grund zu Hoffnungen, begründeten zugleich aber den engen Zusammenhalt der mehr als ein Dutzend Kinder sowie den ausgeprägten Familiensinn und das Verantwortungsgefühl Werners für die jüngeren Geschwister. Auf der anderen Seite profitierte er noch im familiären Abstieg von den bürgerlichen Bildungsstandards seiner Eltern – ausgewiesen etwa durch Werners Besuch des Lübecker Katharineums – und das breite Netzwerk von Familie und Freunden, das ihm den Weg ins preußische Militär ebnete, wo er seine wissenschaftliche Ausbildung erhielt.

Parallel zum Offiziersdienst betätigte sich Siemens frühzeitig, wenngleich mit bescheidenem Erfolg, als Erfinder. Erst 1847, 31-jährig, vollzog sich die Wende. Mit der Konzentration auf die Telegraphenentwicklung und der Partnerschaft mit Halske begann der unternehmerische Aufstieg, der davon profitierte, dass Siemens als „Telegrafentoffizier, Unternehmer und Erfinder“ (S. 127) mehrere Funktionen vereinte; der starke Rückgriff auf staatliche Auftraggeber war – etwa im Zuge der Kabelverlegung während des Krim-Kriegs – ein wiederkehrendes Akquisemuster. Ähnliches galt für die technologische Seite: Nicht die eigene Erfindung, sondern die von Samuel Morse entwickelten und von Siemens weiter verfeinerten Modelle avancierten zum ersten Erfolgsprodukt – eine Vorgehensweise, die Jahrzehnte später bei den Bell'schen Telephonen wiederholt wurde.

Die Abhängigkeit insbesondere von preußischen Aufträgen barg indes auch Risiken, und als diese Einnahmen versiegten, setzten Siemens und seine in London (Wilhelm) und St. Petersburg (Carl) Quartier nehmenden Brüder auf Auslandsexpansion. Während das Russlandgeschäft Siemens & Halske in den 1850er Jahren „in eine völlig neue Dimension“ vorstoßen ließ (S. 180), galt London als Tor zum Weltmarkt. Was Werner vorschwebte, war nicht weniger als eine internationale Industriedynastie, die es den Rothschilds gleichtun sollte. Mit Projekten wie den transatlantischen Telegraphenlinien wurde Siemens zum *global player*. Die oft massiven Rückschläge, die das Unternehmen dabei zu verkraften hatte, verschweigt Bähr keineswegs, sieht aber gerade in der Beharrlichkeit der Brüder und namentlich in Werners „Zähigkeit“ (S. 347) einem wesentlichen Grunde für den langfristigen Erfolg.

Nicht immer erwies sich dies jedoch als zielführend. Als Thomas Edison mit zahlreichen Innovationen, insbesondere der Glühbirne, an die Öffentlichkeit trat, tat Werner von Siemens diese

„dünnelhaft“ (S. 354) ab, unterschätzte ihr technisches wie kommerzielles Potential und verpasste die Gelegenheit, mit Emil Rathenau zusammenzuarbeiten. Siemens' Abneigung gegenüber dem Kapitalmarkt, aber auch antisemitische Vorteile trugen dazu bei, dass seine Firma nie die erwünschte Kontrolle über die AEG erhielt. Anders als Jürgen Kocka hält Bähr weniger das Beharren auf ein familienkapitalistisches Modell als vielmehr die technische Fehleinschätzung für ausschlaggebend. Und anders als vielen anderen Gründern gelang es Werner von Siemens, wenngleich recht spät, sich im Alter von 75 Jahren aus der Firma zurückzuziehen und die Geschäfte an seine Söhne zu übergeben.

Auch in dieser Hinsicht zeigt Bährs Biographie große Stärken. Das Familienleben der Siemens' nimmt breiten Raum in den Schilderungen ein und vermittelt ein vollständigeres Bild als das in den bekannten Industrialisierungsepen verbreitete. Die ausgeprägten familiären Bindungen zwischen den Geschwistern, aber auch die – zeittypischen – Defizite eines selten anwesenden Ehemannes und Vaters werden nachgezeichnet. Bisweilen kommentiert Bähr mit sanftem Spott, etwa wenn er über die Geburt von Tochter Hertha im Jahr 1870 schreibt, der „national gestimmt[e]“ Vater „gab seiner jüngsten Tochter den Namen eines preußischen Kriegsschiffs“ (S. 321). Dies fügte sich nicht zuletzt in Siemens' politische Überzeugungen, die zwar liberale Züge aufwiesen, unter dem Strich aber doch eine nationalistisch geprägte Anhänglichkeit an den preußischen Obrigkeitsstaat verrieten.

Mit seiner gleichermaßen lesbaren wie lesenswerten, dicht aus den Quellen gearbeiteten, stets klar argumentierenden und überdies reich bebilderten Darstellung hat Bähr wohl die definitive Biographie des ältesten Siemens-Bruders verfasst. Das für 2023 zu erwartende Werk über den Dritten im Bunde, Wilhelm von Siemens, wird sich daran messen müssen.

KIM CHRISTIAN PRIEMEL

Oslo

VSWG 105, 2018/1, 95–96

Christian Berg

Heinz Nixdorf. Eine Biographie

(Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte 82). Schöningh, Paderborn 2016, 376 S. (28 Abb., 12 Tab., 4 Grafiken), 29,90 €.

Digitale Transformation oder gar die vierte, digitale industrielle Revolution sind Schlagworte in aktuellen Diskussionen, die deutlich machen, dass die durch Informations- und Kommunikationstechnologie ausgelösten Veränderungen von Gesellschaft und Wirtschaft längst noch nicht abgeschlossen sind. Die historische Aufarbeitung dieser Entwicklung hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, ist jedoch aus offensichtlichen Gründen sehr stark von einer amerikanischen Perspektive geprägt. Die Entwicklung in Deutschland wurde bisher in Bezug sowohl auf die Herstellung als auch die Anwendung dieser Technologie nur vereinzelt aufgegriffen.

Mit seiner Biographie über Heinz Nixdorf, basierend auf einer 2014 an der Universität Pader-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

born vorgelegten Dissertation, versucht Christian Berg nun eine der Forschungslücken in diesem Bereich zu schließen. Dabei widmet er sich den einzelnen Facetten und Bildern von Nixdorf wie dem des Aufsteigers aus kleinen Verhältnissen, dem Technikunternehmer oder dem Firmenpatriarch, die teilweise bis heute in populärwissenschaftlichen Darstellungen tradiert werden. Ziel ist es dabei nicht nur, eine faktenbasierte Unternehmerbiographie zu schreiben, sondern auch die persönlichen Erfahrungen und Handlungen eingebettet in die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen aufzuzeigen und einzuordnen. Dazu wird zu Beginn ein Überblick über den familiären Hintergrund und die frühe Entwicklung inklusive der Ausbildung und der Kriegsteilnahme gegeben. Das zweite Kapitel widmet sich ausführlich der Gründungsleistung von Nixdorf. Hier ordnet Berg dessen frühe Arbeiten vor dem Hintergrund des schwierigen Beginns einer eigenständigen deutschen Computerindustrie ein und analysiert den späteren Gründermythos vom visionären Studienabbrecher, dem es ohne eigenes Kapital gelingt, ein Milliardenunternehmen aufzubauen. Im folgenden Kapitel wird die Etablierung des Unternehmens bis hin zur Gründung der Nixdorf Computer AG aufgearbeitet. Hervorzuheben ist insbesondere die Einordnung in die Mittlere Datentechnik, die eine deutsche Besonderheit in der Computerisierung von Unternehmen war und wesentliche Aspekte des Erfolges von Nixdorf wie Kundenorientierung mit sich brachte. Gerade die starke technologische und ökonomische Dynamik des Segmentes bildet den Hintergrund für die folgende Schilderung der Expansion des Unternehmens. Diese adressiert die internationale Vernetzung, die technologischen und ökonomischen Entwicklungen und politischen Rahmenbedingungen, in deren Kontext die unternehmerischen Entwicklungen und Entscheidungen herausgearbeitet werden. Das vorletzte Kapitel widmet sich dem Tod Nixdorfs sowie dem schnellen Untergang seiner Firma im Zuge der sich wandelnden Computerindustrie. Im abschließenden Kapitel widmet sich der Verfasser der Unternehmenskultur und deren Prägung durch das sozial-patriarchalische Führungsverständnis Nixdorfs sowie seiner Bedeutung für die Region Paderborn.

Berg arbeitet dabei mit einem ausführlichen Anmerkungsapparat, der auf intensiver Auswertung von Quellen beruht, insbesondere aus dem Firmenarchiv, und viele weiterführende Hinweise enthält. Dadurch gelingt es ihm, die Person Nixdorf, dessen Erfahrungen und Entwicklung als Unternehmer in ein größeres Bild einzubetten. So werden vielfach Querverbindungen zwischen der Person Nixdorf, dessen Motiven und Handlungen sowie seiner Umwelt deutlich, die einen Einblick in Denk- und Entscheidungsprozesse ermöglichen. Ein Beispiel ist die Kombination aus Nixdorfs Sozialisation und dem daraus abgeleiteten Verständnis der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmern, welche seinen patriarchalisch inspirierten Führungsstil und die daraus resultierenden Entscheidungen nachvollziehbar machen. Eine Schwierigkeit, die der Autor selbst sieht und die besonders für Unternehmerbiographien zutrifft, ist die schwierige Trennung von Person und Unternehmen. Gerade im Fall von Nixdorf wird diese besonders deutlich, da der schnelle Untergang der Firma nach dessen Tod und die zugrunde liegenden Entscheidungen bis heute die Wahrnehmung der Person beeinflussen. Trotz dieser Herausforderungen, gelingt Berg alles in allem eine überzeugende Darstellung zu einem wichtigen, aber bisher vernachlässigtem Aspekt in der wirtschaftlichen Entwicklung Nachkriegsdeutschlands.

TIMO LEIMBACH
Aarhus

VSWG 105, 2018/1, 97–98

Willy Buschak (Hg.)

Solidarität im Wandel der Zeiten – 150 Jahre Gewerkschaften

Klartext, Essen 2016, 482 S. (29 Abb.), 29,95 €.

Dieser Tagungsband geht auf eine historisch-politische Konferenz zurück, die im Herbst 2015 aus Anlass des 150. Gründungsjubiläums des „Allgemeinen Deutschen Cigarrenarbeitervereins“ in Leipzig stattfand, der zum Vorläufer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten wurde. Im Mittelpunkt der Jubiläumstagung stand die Frage, welche Impulse von dieser ersten zentralen Berufsgewerkschaft auf die deutsche Gewerkschaftsentwicklung ausstrahlten und warum die sächsische Metropole im Jahrzehnt vor der Reichsgründung zum Geburtsort der modernen deutschen Arbeiterbewegung werden konnte. Von einer zeitlich und räumlich begrenzten Analyse dieses komplexen Themas wichen die Veranstalter der Tagung bewusst ab. Sie entschieden sich für eine Konzeption, die im ersten Schritt die von den Gewerkschaftspionieren während der 1860er Jahre formulierten organisatorischen und programmatischen Grundsätze analysiert, um anschließend deren Ausstrahlung auf die deutsche Gewerkschaftsgeschichte in den folgenden anderthalb Jahrhunderten nachzuzeichnen. Die hierfür als Orientierungspunkte gewählten Schlüsselbegriffe Ungleichheit, Protest, Solidarität und Würde der Arbeit öffnen ein sehr weites Blickfeld, das sich eigentlich nur in systematisch angelegten historischen Fallstudien genauer erschließen lässt. Eine konzeptionell und inhaltlich überzeugende Analyse dieser zeitübergreifenden „roten Linien“ (S. 2) der gewerkschaftlichen Mobilisierung der lohnabhängigen Erwerbsbevölkerung gelingt den Autoren dieses Sammelbandes allerdings nur ansatzweise.

Drei der zwölf Beiträge sind aus lokalgeschichtlicher und biographischer Perspektive auf den Klassenbildungsprozess und die Formierungsphase der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in der sächsischen Industriemetropole zentriert. In ihrer einleitenden Studie über Ungleichheit und Protest in Leipzig zwischen 1849 und 1871 knüpft Susanne Schötz immer wieder an die Befunde von Hartmut Zwahr an, dessen 1978 in der DDR erschienenenes bahnbrechendes Werk zur Konstituierung des Leipziger Proletariats als Klasse in der Folgezeit zum Vorbild für viele Projekte zur lokalen und nationalen Arbeiterbewegungsgeschichte wurde. Ergänzt wird die sozialhistorisch plausibel argumentierende Analyse von Schötz durch eine biografisch angelegte Würdigung des Gewerkschaftsgründers Friedrich Wilhelm Fritsche. Dessen proletarisches Aufbegehren und dessen wechselvolles Leben als Vorsitzender des Zigarrenarbeiterverbandes stellt Willy Buschak erstmals auf einer breiten Quellenbasis ausführlich und aspektreich dar. Diese biografische Studie im Umfang von fast 150 Seiten ist das Herzstück des Bandes. In vielerlei Hinsicht innovativ ist auch der zweite Beitrag des Herausgebers, in dem er die wechselvolle Geschichte des „Pantheons“, des ältesten und größten Parteilokals der Leipziger Arbeiterbewegung, nachzeichnet. Eine grundlegende bauliche Sanierung dieses bedeutenden „Erinnerungsortes“ der Sozialdemokratie verhinderte die Leipziger SED-Bezirksleitung 1977 mit ihrer geschichtspolitisch motivierten Entscheidung, das Gebäude abreißen zu lassen.

Alle anderen in diesem Band aufgenommenen Texte behandeln ausgewählte Aspekte der Gewerkschaftsgeschichte. Sie beleuchten unterschiedliche Themen, die sich zu keinem Gesamtbild zusammenschließen lassen. In diesen Beiträgen – ihre Bandbreite reicht von eng abgezielten historischen Fallstudien bis zu generellen Überlegungen zur Humanisierung der Arbeitswelt und zur Rolle der

Gewerkschaften im europäischen Einigungsprozess – kann man die in diesem Projekt anvisierten „roten Linien“ jedoch nur noch bruchstückhaft erkennen. Vor welchen prinzipiellen Herausforderungen die gewerkschaftliche „Solidarität im Wandel der Zeiten“ immer wieder stand, behandelte Stefan Berger in seinem auf dieser Tagung gehaltenen Vortrag, der am Ende dieses Sammelbandes abgedruckt ist. Er begründet aus prinzipieller Perspektive prägnant, warum Gewerkschaften ein „zentraler Bestandteil eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ (S. 453) waren und es immer noch sind.

KLAUS SCHÖNHOVEN
Paris

VSWG 105, 2018/1, 98–99

Peter Collin

Privat-staatliche Regelungsstrukturen im frühen Industrie- und Sozialstaat
(Methodica. Einführungen in die rechtshistorische Forschung 2). De Gruyter,
Berlin 2016, xiv u. 209 S., 24,95 €.

Lange waren Überblicksdarstellungen zu einzelnen Themen in der deutschsprachigen rechtshistorischen Forschung beschränkt auf Handbücher (wie das „Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte“), Lehrbücher (etwa S. Meder: Rechtsgeschichte; H. Rüping / G. Jerouschek: Grundriss der Strafrechtsgeschichte; H. Schlosser: Neuere europäische Privatrechtsgeschichte; D. Willoweit: Deutsche Verfassungsgeschichte) oder auf große Werke zu einzelnen Themenfeldern (z. B. J. Schröder: Recht als Wissenschaft; M. Stolleis: Geschichte des öffentlichen Rechts). Publikationen, die (wie etwa die „Enzyklopädie deutscher Geschichte“ oder die „Kontroversen um die Geschichte“) gezielt einzelne Themen in ihren Inhalten und den dazu entstandenen Diskursen ausleuchten sowie darüber hinaus durch eine umfassende Bibliographie Primär- und Sekundärliteratur erschließen, existierten im deutschen rechtshistorischen Diskurs bislang nicht. Diese Lücke sucht die neue Reihe „methodica. Einführungen in die rechtshistorische Forschung“ zu schließen, deren zweiten Band das hier anzuzeigende Werk bildet. In vier Teile gegliedert, folgt auf eine „Einführung“ (S. 3–106) eine Übersicht zu „Quellen, Editionen, Hilfsmittel“ (S. 109–130). Sodann werden „Probleme und Perspektiven der Forschung“ gewürdigt (S. 133–162), den Schluss bilden „Bibliographie und Verzeichnisse“ (S. 163–209); ein Namensregister fehlt leider. Der Verfasser, Peter Collin, Referent am MPI für europäische Rechtsgeschichte, ist in den letzten Jahren insbesondere durch die von ihm mitbetreute Reihe „Moderne Regulierungsregime“ und durch eine Vielzahl von Einzelpublikationen zu einem der wichtigsten Autoren der Geschichte von Regulierung im Deutschland des 19. und 20. Jh.s geworden. Allerdings greift das Thema des vorliegenden Buches weiter, werden doch mit „Regelungsstrukturen“ auch „institutionelle Arrangements“ angesprochen, in denen und durch die sich „privat-staatliche Koordination“ vollzieht (S. 3). Im Zentrum des Interesses steht damit das Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren mit den Mitteln insbesondere rechtlicher Normativität. Damit ist ein Thema angesprochen, das im Zeichen des lange Zeit prägenden historiographischen Narrativs von der dualistischen Beziehung zwischen „Staat“

und „Gesellschaft“ bis weit ins 20. Jh. wenig Aufmerksamkeit in der rechts- und verfassungshistorischen Forschung gefunden hatte. In einem langgestreckten „Überblick zur Rechtsentwicklung“ (S. 8–106), der das Kernstück des Werkes bildet, kann Collin allerdings zeigen, wie spätestens seit etwa dem letzten Drittel des 19. Jh.s Institutionalisierungen von hoheitlichem und privatem Wirken entstanden, etwa in der Sozialversicherung und Infrastrukturbetrieben sowie in der Zeit der Weimarer Republik mit der rasanten Ausbreitung von Zwangskartellen und Vertragsgemeinschaften. Doch beschränkt sich die Darstellung nicht auf die Skizzierung solcher institutionellen Phänomenologien, sie bezieht unter dem Stichwort „Stimmungslagen“ vielmehr immer auch den sich wandelnden ideellen Kontext ein. Zudem wird gefragt, wie die Rechtswissenschaft solche Entwicklungen deutete, welche organisatorischen Gefäße der Koordination (etwa Genossenschaft, Körperschaft, Schiedsgerichtsbarkeit) entstanden und welche „Rechtsinstitute und Schlüsselbegriffe“ in den Vordergrund traten. So ist ein Stück weit eine glänzend geschriebene, faszinierende deutsche Verwaltungsrechtsgeschichte des 19. und frühen 20. Jh.s entstanden. Das gilt erst recht für den exzellenten Überblick über die Quellen und die Literatur sowie für die Skizzierung der grundlegenden Forschungsperspektiven, zu denen Collin mit Recht auch die Debatten um den *legal pluralism* und eine transnationale Rechtsgeschichte zählt.

Das Buch ist ein grundlegendes Werk, dessen Anspruch weit über die Stufe einer schlichten Arbeitshilfe hinausgeht. Auch wenn man bisweilen vielleicht nicht der Meinung des Autors ist, auch wenn die Ausgrenzung des Steuerverwaltungsrechts (das etwa mit dem Institut der Einschätzungskommissionen in den thematischen Zusammenhang des Buches gehört) und der staatlichen Zentralbanken in den deutschen Einzelstaaten wie im Reich etwas unglücklich ist, beeinträchtigt das die herausragende Qualität des Buches nicht. Peter Collin hat der rechts-, sozial- und wirtschaftshistorischen Forschung ein Grundlagenwerk zur Verfügung gestellt, das für alle künftigen Untersuchungen zur Geschichte von Staatlichkeit im Deutschland des 19. und frühen 20. Jh.s unverzichtbar ist.

ANDREAS THIER

Zürich

VSWG 105, 2018/1, 99–100

Sina Fabian

Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970–1990

(Geschichte der Gegenwart 14). Wallstein, Göttingen 2016, 494 S., 44,00 €.

Die Arbeit ist methodisch außerordentlich anspruchsvoll aufgebaut, da sie sich nicht allein auf vorliegende Studien zur Konsumgesellschaft stützt, wie zum Beispiel die Studien zum Tourismus von Hasso Spode und Christopher Kopper sowie zur Automobilnutzung von Dietmar Klenke und Stefanie Tilly, sondern auch umfangreiches Primärmaterial aus zahlreichen Archiven auswertet, unter anderem dem Archiv des Reiseveranstalters TUI. Zudem beschränkt sich die Untersuchung nicht auf Westdeutschland, sondern bezieht den Vergleich mit Großbritannien ein. Die Art und Weise,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

wie Konsumenten Tourismus und das Automobil nutzen, fundiert sie mit zahlreichen quantitativen Indikatoren, wie Auslandsreisezielen, Veränderung der Reismotive, Kraftstoffverbrauch etc. Damit löst Fabian den Anspruch ein, mit dem Ansatz der zeithistorischen Forschung die zeitgenössischen Debatten kritisch zu dekonstruieren. Wie der Buchtitel andeutet, analysiert sie den Einfluss der beiden Ölkrisen 1973 und 1981 auf das Konsumverhalten. Dabei untersucht sie zum einen die politische Ebene. Sie konstatiert, dass die Reaktionen der Politik in Großbritannien drastischer waren als in Westdeutschland. Da die erste Ölkrise in Großbritannien parallel zum Bergarbeiterstreik verlief, verfügte die britische Regierung Anfang 1974 eine Drei-Tage-Woche, um Strom in der Produktion zu sparen. Zum anderen zeigt die Autorin Reaktionen der Unternehmen auf. Im Tourismus gab es spektakuläre Zusammenbrüche von Reiseveranstaltern und in der Autoindustrie den Übergang zu sparsameren Automodellen, den sie mit einer Gegenüberstellung des Golf I, der 10l Benzin auf 100km verbrauchte, und des Golf II, der mit 7l auskam, nachweist.

Im Kapitel Tourismus behandelt die Autorin die aufkommenden Charterflüge in den Mittelmeerraum, hier speziell nach Spanien, aber auch Package-Reisen in die USA. Der technische Fortschritt mit dem Übergang zum Düsenjet in den 1960er Jahren und zum Großraumflugzeug (Jumbojet) sowie begrenzte Liberalisierung des Charterflugverkehrs in Europa, die gegen die mächtigen nationalen Fluggesellschaften durchgesetzt werden konnte, verbilligten Flugreisen so stark, dass preiswerte Package-Reisen möglich wurden.

Nachdem über der jungen Bundesrepublik in den ersten beiden Jahrzehnten ein Hauch von Goldgräberstimmung und Gründungsfieber gelegen hatte, der sich unter anderem in der Tempofreigabe für Autos in Innenstädten („Freie Fahrt für freie Bürger“) niederschlug, waren die von der Autorin untersuchten Jahrzehnte 1970–1990 von einer stärkeren Zügelung des Automobils gekennzeichnet. Recht früh (1969) trat der Umweltschutz auf die Agenda der Politik. Gurtpflicht, Abgasreinigung und bleifreies Benzin wurden durchgesetzt, trotz Widerstands in der Europäischen Union und in Großbritannien. Tempolimits für Autos wurden kontrovers diskutiert. Im Unterschied zu Großbritannien war das Thema Waldsterben der politische Antrieb für den Umweltschutz in der Bundesrepublik, während die Abschaffung von bleihaltigem Benzin in Großbritannien mit dem Gesundheitsschutz begründet wurde.

Bevor sich die Autorin den Abschnitten Tourismus und Automobil zuwendet, untersucht sie die Konsumorientierung der Bevölkerung. Sie stellt den Marketingdiskurs vor, der mehrere Konsumtypen postuliert, und weist dessen Grenzen auf. Sie fragt, wie Individualisierung im Massenkonsum erreichbar wird – eine Fragestellung, die sie im Abschnitt über Tourismus wieder aufnimmt, um Individualreisende von Charterreisenden zu unterscheiden. Besonders gelungen ist das Kapitel über die Wirtschaftspolitik von Margaret Thatcher, die aus den Konsumenten Volkskapitalisten machen wollte. Das Porträt der Yuppie-Szene in London nach Thatchers Big Bang ist überaus lesenswert.

Die Autorin bietet nicht nur eine methodisch fundierte Übersicht über die Debatten zur Konsumgesellschaft. Vielmehr gelingt es ihr, unter großem Forschungseinsatz und Rückgriff auf Archivmaterial zahlreiche Detailspekte überzeugend herauszuarbeiten, die Unterschiede im Konsumverhalten zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik aufzuzeigen und zeitgenössische Debatten kritisch zu dekonstruieren – eine rundum gelungene Arbeit!

RICHARD VAHRENKAMP
Berlin

VSWG 105, 2018/1, 101–102

Gerhard Fouquet / Jan Hirschbiegel / Sven Rabeler (Hg.)
Residenzstädte der Vormoderne. Umriss eines europäischen Phänomens
 (Residenzenforschung. N.F.: Stadt und Hof 2). Thorbecke, Ostfildern 2016, 501 S.
 (zahlr. Abb.), 79,00 €.

Der voluminöse Band markiert den Beginn eines Forschungsvorhabens, das schon jetzt als neues Gravitationszentrum der deutschen Stadtgeschichtsforschung gelten darf. Das seit 2012 arbeitende Akademieprojekt „Residenzstädte im Alten Reich (1300–1800)“ setzt das Werk der alten „Residenzen-Kommission“ fort und erweitert deren Fokus um die Betrachtung der spannungsreichen Beziehungen bzw. Verflechtungen von Hof und Stadt. Damit trägt es zugleich der Tatsache Rechnung, dass die ‚Residenzstadt‘ in Spätmittelalter und Früher Neuzeit im Gefüge der Stadttypen zwar dramatisch an Bedeutung gewann, die deutsche Forschungslage dem aber bislang keineswegs entspricht. Immer noch ist eine Privilegierung der Reichsstädte zu beobachten; hier wirken vielleicht untergründig Stereotypen über den Gegensatz von ‚Bürgertum‘ und ‚Adel‘ nach. Die neue Forschungsperspektive auf den Zusammenhang von Herrschaft, Stadt und Gemeinde, von urbanem und höfischem Leben verspricht so eine hochwillkommene Belebung der bisweilen etwas selbstbezogenen deutschsprachigen Städteforschung.

Ziel des Bandes ist ausweislich des Vorworts eine „Heerschau“ der einschlägigen Forschungen. Dabei soll nicht nur die deutsche Historiographie im Mittelpunkt stehen, sondern es sollen auch europäische Umriss aufgezogen werden. Von den 18 Beiträgen, die hier keinesfalls angemessen gewürdigt werden können, haben allerdings nur drei einen ausdrücklichen Schwerpunkt im außerdeutschen Raum: Roman Czaja (Preußen, Livland, Polen), Jan-Luc Fray (Frankreich) und Konrad Ottenheim (Den Haag, NL). Dabei ist zu berücksichtigen, dass einige der systematischen Beiträge auch über den deutschsprachigen Raum hinausgreifen. Andere Aufsätze greifen den Anspruch einer Heerschau auf, indem sie Kategorienraster, Begriffsdimensionen und theoretische Modelle entwickeln, wie es vor allem Sven Rabeler in der Einleitung sowie Gerhard Zeilinger in einer Zusammenfassung tun; die Aufrisse von Gerrit Jasper Schenk zu den Formen politischer Kommunikation und von Markus A. Denzel zur ökonomischen Dimension der Residenzstädte bieten ebenfalls in erster Linie Analysemodelle und -perspektiven. Paradigmatische Bedeutung beansprucht ferner der einleitende Beitrag von Gerhard Fouquet auf die Veränderungen der Stadtkonzeptionen um 1500, die sich unter dem Eindruck der allmählichen Herausbildung neuer Herrschaftskonzeptionen im Sinne von „Staatlichkeit“ entwickelten. Gewissermaßen den Gegenpol zu diesen systematisierenden Überlegungen bildet die äußerst materialreiche Fallstudie von Werner Paravicini über den städtischen Ehrenwein, ein in Mitteleuropa weit verbreitetes Ritual des Weingeschenks an auswärtige Gesandte und hochgestellte Gäste.

Im Übrigen sind die Beiträge entlang einzelner Funktionsbereiche organisiert: Der Abschnitt „Politik“ enthält neben Schenk und Czaja einen Text von Eva-Bettina Krems über dynastische Repräsentationsstrategien in Berlin und München. Unter dem Rubrum „Gesellschaft“ finden sich ein weitgespannter Forschungsbericht über soziale Funktionen und Strukturen von Residenzstädten nach 1650 von Katrin Keller und eine Fallstudie zur Residenzstadt Kassel von Ursula Braasch-Schwersmann. Die Abteilung „Wirtschaft“ birgt neben Denzel und Fray einen Beitrag von Thomas

Ertl über den österreichischen Niederadel im Spätmittelalter zwischen Landsitzen und „Stadtresidenzen“, der implizit die Frage nach der Dehnung des Begriffs „Residenz“ aufwirft, aber nicht beantwortet – nicht jede „Stadtresidenz“ konstituiert eine „Residenzstadt“. Der Abschnitt „Wissen“ enthält einen anregenden Text von Bernhard Jahn über Stadt und Hof als getrennte Welten in der erzählenden Literatur des 16. Jh.s; er beheimatet ferner einen kenntnisreichen, aber kaum auf die Residenzen fokussierten Aufsatz von Volker Honemann über die Flugpublizistik um 1500 als neue Medien für die Stadt; und er liefert schließlich einen Negativbefund mit dem Aufsatz von Klaus Conersmann zu den deutschen Akademien des 17. Jh.s (etwa der Fruchtbringenden Gesellschaft), die keine deutliche städtische Verortung hatten, sondern eher als Netzwerke organisiert wurden. Zuletzt vereint der Abschnitt „Materialität“ neben dem Beitrag von Ottenheim über die architektonischen Arrangements in der Residenzstadt Den Haag eine Problematisierung des Begriffs „Hofkünstler“ von Jens Fachbach sowie eine Skizze von Martina Stercken über die kartographische Darstellung von Städten im ausgehenden Mittelalter als zeitgenössische Repräsentations- und Reflexionsform. Insgesamt liegt ein themen- und perspektivreicher Band vor. Dem Anspruch einer umfassenden Heerschau wird er nur mit Einschränkungen gerecht, aber ein starkes Versprechen für die Zukunft manifestiert sich hier auf alle Fälle.

GERD SCHWERHOFF

Dresden

VSWG 105, 2018/1, 102–104

Tobias Gerstung

Stapellauf für ein neues Zeitalter. Die Industriemetropole Glasgow im revolutionären Wandel nach dem Boom (1960–2000)

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016, 439 S. (15 Abb., 5 Grafiken, 5 Tab.), 70,00 €.

Die gründlich recherchierte Studie über die Industrie- und Hafenstadt Glasgow – diese gewann im 19. Jh. internationales Ansehen und im Werftensektor in Verbindung mit der Stahlproduktion eine bedeutende Stellung – ist in zwei Teile gegliedert, der zwei historische Großphasen entsprechen: Die erste ist die des industriellen und demographischen Aufstiegs und der Erringung einer zentralen Position im schottischen Kontext, gefolgt von einem ersten Einbruch beim Schiffsbau und den angelagerten Industrien sowie hoher Arbeitslosigkeit in den 1930er Jahren. Die zweite Phase beginnt nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer kurzen Zeit der Erholung, die freilich schon durch staatliche Intervention gestützt werden musste, weil die strukturellen Bedingungen für den Schiffsbau und die Schifffahrt mehr und mehr entfielen. Danach machten der Stadt erneut zunehmende Arbeitslosigkeit, riesige Leerstände und schließlich der Wegfall des Hafens zu schaffen, sodass man das tiefgreifende Problem industrieller und urbaner Monostrukturen fundamental angehen musste. Man stützte sich dabei auf die *Glasgow Development Agency* und immer stärker auf marktwirtschaftliche Kräfte. Dies geschah im Gesamtklima der Herrschaft von Margaret Thatcher und des weiteren Abstiegs britischer Produktionszweige.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Dieses narrative Schema folgt einem allgemeinen historiographischen Konzept von Aufstieg, Niedergang und Wiederaufstieg im Zeitalter von Tertiarisierung und Kulturalisierung von Ökonomien. Speziell ist dieses Konzept schon durch die paradigmatische Studie zu den „Phoenix Cities“⁴¹ angelegt, auf die näher einzugehen sich durch die dort geleistete Komparatistik gelohnt hätte. Der Autor kann sich nicht ganz klar entscheiden, wohin die historische Reise ging: War das Endresultat eine völlig neue Art der „creative city“⁴² oder handelt es sich womöglich um die nachholende Kreation einer ‚gemischten‘ Metropole, in der allgemeine, insbesondere staatliche Dienstleistungen, die erneuerte Wohnfunktion in der Region, einhergehend mit viel Kulturtourismus einen insgesamt befriedigenden Zustand herstellten? Nicht ganz befriedigend jedenfalls, denn von demographischem Wachstum kann man nicht sprechen und offensichtlich gibt es einen großen Anteil kranker und ausgegrenzter Menschen (S. 393). Ob man den Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklung und der sozioökonomischen Grundstruktur als einen „revolutionären Wandel“ bezeichnen muss und als „neues Zeitalter“, sei dahingestellt, Tatsache ist jedenfalls, dass im ehemaligen Hafengebiet bedeutende Veränderungen der Siedlungsstruktur stattfanden, im Zentrum viele Bürobauten entstanden und so die Stadt im nachindustriellen Zeitalter nicht nur überlebte, sondern sich als Magnet für Besucher und für Neuansiedlung von Firmen erwies, die wegen der hohen Immobilienpreise in London an den Clyde verzogen. Man hätte indes gern stärker erläutert bekommen, worin der „revolutionäre“ Strukturwandel bestand. Schlug er sich nur in der Beschäftigungsstruktur und den Quellen der Wertschöpfung nieder oder bedeutete er den völligen Bruch in den politischen und kulturellen Traditionen und der sozialen Gesamtstruktur der Bevölkerung?

Vor allem geht Gerstung stark auf die diversen Revitalisierungsprojekte ein und zurecht auf den bedeutend gestiegenen Stellenwert von Kultur als Basis von Beschäftigung, aber auch verstanden als Attraktion, besonders in Bezug auf die kulturpolitischen Leitprojekte (große Ausstellungen, Musealisierung der Stadthistorie unter Verdrängung der Arbeitergeschichte, der Status als Kulturhauptstadt) nach den Rezepten der Politikberater Charles Landry und Richard Florida. Offensichtlich war insbesondere der Tourismus erfolgreich. Man kann demnach festhalten, dass die Modernisierung geglückt ist; dass der Verfasser sie indes allzu sehr feiert, ist auch wahr.

Gerstung verknüpft seine Stadt- und Strukturgeschichte teils assoziativ, teils systematisch mit neueren Forschungsgebieten und -paradigmen. Zum Ersten mit der von Lutz Raphael und Anselm Doering-Manteuffel entwickelten Strukturbruchthese³, die sich den Ergebnissen der vorliegenden Studie folgend schon länger anbahnte. Besonders werden hier nochmals die Gefahren von Monostrukturen präsentiert. Gern hätte man mehr darüber gelesen, wie die Bevölkerung den Pfadwechsel und die prinzipiellen Herausforderungen der 1960er und 1970er Jahre aufgenommen hat, aber immerhin finden sich einige Hinweise dazu auf der Ebene kommunaler Gremien, gewerkschaftlicher Stellungnahmen und der Forschungsliteratur. Zum Zweiten geht der Autor vom Konzept der Entwicklungspfade aus, auch wenn dies nur wenig erläutert wird. Zum Dritten greift er die städtebauliche Restrukturierungsdebatte auf. Hier sind es räumliche Dimensionen, die diskutiert werden. Zum Vierten knüpft Gerstung an die Debatte zur Bedeutung von Images, symbolischen Ökonomien und der Bedeutung von Landmarks in der vermuteten Wahrnehmung heutiger Publiken an. Insofern werden raum- und mediengeschichtliche Kriterien nachvollzogen. Schließlich beschäftigt sich der Verfasser mit der Rolle staatlicher und quasi-staatlicher Akteure und überhaupt den (stadt-)politischen Verhältnissen, insbesondere mit der geschwächten Rolle von Labour, dem Abstieg der Konservativen und dem Aufstieg der schottischen Nationalisten, die auf ein sozialde-

mokratisch-europäisches Entwicklungsmodell hin orientiert sind. Im Zuge der derzeitigen Brexit-Debatte gewinnt die Studie so an aktueller Relevanz.

Manche Beschreibungen des Autors von der sanierten, marktwirtschaftlich aufgestellten und mit neuen oder renovierten Kulturgebäuden versehenen Stadt muten zwar allzu euphorisch an, aber insgesamt hat er den Kern der Entwicklung getroffen. Wenngleich es an Komparatistik mangelt, die im Feld der Stadtgeschichte und Stadtsoziologie reichlich hätte herangezogen werden können⁴, ist es die Einordnung der Empirie in die verschiedenen zugrunde gelegten Grundansätze, die diese Arbeit bemerkenswert erscheinen lassen. Man kann ihr nur wünschen, dass sie ins Englische übersetzt wird.

- 1 Anne Power / Jörg Plöger / Astrid Winkler: *Phoenix Cities. The Fall and Rise of Great Industrial Cities*. Bristol 2010.
- 2 Charles Landry: *The Creative City. A Toolkit for Urban Innovators*, London 2000.
- 3 Anselm Doering Manteuffel / Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 2. Aufl. Göttingen 2010.
- 4 Vgl. Christoph Bernhardt / Clemens Zimmermann: *La ville industrielle en République fédérale d'Allemagne et en République démocratique allemande. Convergences et divergences*, in: *Histoire, Économie et Société*, 2, 2016, S. 45–61.

CLEMENS ZIMMERMANN

Saarbrücken

VSWG 105, 2018/1, 104–105

Carsten Groth

Hanse und Recht. Eine Forschungsgeschichte

(Freiburger Rechtsgeschichtliche Abhandlungen NF 74; Abt. B: Abhandlungen zur Deutschen Rechtsgeschichte). Duncker & Humblot, Berlin 2016, 336 S., 89,90 €.

Groth legt mit dieser juristischen Dissertation – 2015 an der Universität Freiburg angenommen, Gutachter waren Frank L. Schäfer und Albrecht Cordes – eine Wissenschaftsgeschichte vor, bei der er Werke der Rechts- und Geschichtswissenschaft zur Hanse und insbesondere zum hansischen Recht allein aus dem deutschsprachigen Raum berücksichtigt. Sein Fokus liegt auf der lübschen Forschung. Mit der Arbeit von Ernst Pitz zu „Bürgerreinigung und Städteeinung“ aus dem Jahr 2001 setzt er seinen „zeitliche(n) Endpunkt“ und zieht jüngere Titel „nur gelegentlich“ heran. Der Vf. unterteilt seine Studie zum „hansischen Recht“ in folgende historische Abschnitte: das Alte Reich bis 1806 (B), das 19. und beginnende 20. Jh. (D), der Nationalsozialismus (E) und die Zeit der „BRD und der DDR“ (F). Ein Kapitel C räumt er Georg Friedrich Sartorius (+ 1828) und dessen dreibändiger „Geschichte des Hanseatischen Bundes“ (1802–1808) ein, die Groth als „Wendepunkt für die Hansegeschichte“ (S. 54) bezeichnet. In den vorher genannten Kapiteln stellt Groth – getrennt nach Rechts- und Geschichtswissenschaft – die Autoren und ihre Werke vor und benennt die behandelten Themen, um danach die Methoden und Prämissen aufzuzeigen.

Anstatt die Definitionen zum hansischen Recht von Wilhelm Ebel oder Albrecht Cordes aus

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

dem Jahr 1949 bzw. 2008 als Ausgangspunkt zu nehmen, möchte der Vf. keine „statische Definition“ benutzen, um auch Ansätzen der früheren Forschung gerecht zu werden. Immer wieder geht es Groth um die Fragen nach der Rechtsnatur und Verfassung der Hanse. Denn ohne eine „positive Bestimmung der Hanse (sei) jede Definition des hansischen Rechts auf Sand gebaut“. Vor diesem Hintergrund werden die Konzepte einer *societas* oder eines *foedus* (17. Jh.), eines Bundes oder Vereins der Städte (Sartorius), „einer auf freier Einung beruhenden Genossenschaft“ (O. v. Gierke) bzw. eines „Zweckverband[s] der Städte“ (Vogel) vorgestellt. In Zeiten des Nationalsozialismus, in denen die Verfassung völkisch aufgeladen wurde, sprach Fritz Rörig vom „Bund der Städte von der deutschen Hanse“ bzw. einem „Wirtschaftsverband auf blutmäßiger Grundlage“. Nach dem Krieg plädierte Ebel für eine deutschrechtliche Organisationsform, indem er von einer „Kaufmanns- und Städteeinung“ sprach. Ahasver von Brandt bewertete die Hanse als lose „Interessengemeinschaft“, während ihr in der DDR eine städtebündische Natur zugeschrieben wurde. Alle diese Konzeptionen hatten Konsequenzen für die Definition eines hansischen Rechts, für das kaum noch Raum blieb in der letzten von Groth behandelten Verfassungsbeschreibung von Ernst Pitz, der die Hanse rechtlich in eine Versammlung von Kaufleuten aufgelöst hatte. Eine solche Vorstellung war mit dem hansischen „Gesetzesrecht“ nach Ebel nicht vereinbar.

Überhaupt erscheint Ebel als Dreh- und Angelpunkt der Arbeit, von ihm werden 30 Publikationen zitiert. Er wird als „Himmels Rechtshistoriker“ (S. 280) vorgestellt, dessen Entnazifizierungsverfahren erst 1949 abgeschlossen wurde. Auf diesen Juristen wird ständig Bezug genommen. Seine Forschungen, die im Lübisches Recht ihren Hauptgegenstand besessen hätten, dauerten sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR fort, und zwar positiv rezipiert. Rechtshistorische Fragestellungen, so Groth, seien „effektiv nur in W. Ebels Hand [ge]blieben“ (S. 280).

In der Forschung liegen schon kleinere Beiträge zu Leben und Werk von Ebel vor, etwa von Götz Landwehr. Angesichts dessen scheint Groth besonders motiviert gewesen zu sein, die Kenntnisse zu diesem juristischen Hanseforscher, insbesondere seiner Rezeption, zu vertiefen. Hierzu erfährt der Leser dieses Buchs viel, genauso wie zu der sich durchziehenden Frage, welche Konsequenzen das Verfassungskonzept für das hansische Recht hatte. In der Beantwortung dieser Frage liegt der besondere Wert dieser Dissertation, aber auch ihre Beschränkung. Dem abschließenden Verzeichnis der Quellen folgt eines der Literatur, das entsprechend der Gliederung chronologisch in fünf Abteilungen gegliedert ist. Der Band schließt mit einem Personen- und Sachverzeichnis.

ULRICH ANDERMANN
Osnabrück



VSWG 105, 2018/1, 106–107

Dimitrij Owetschkin

Vom Verteilen zum Gestalten. Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung in der westdeutschen Automobilindustrie nach 1945

(Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 185). Transcript, Bielefeld 2016, 380 S., 34,99 €.

Die betriebliche Mitbestimmung in der westdeutschen Automobilindustrie seit Mitte des 20. Jh.s ist in vielfacher Hinsicht von Interesse für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die Automobilbauer standen prototypisch für den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. Es handelte sich gleichzeitig um Pilotbetriebe gewerkschaftlicher Aktivitäten, welche die industriellen Beziehungen und die Tariflandschaft bundesweit prägten. In der Krise der 1970er Jahre entstand in der Branche eine spezifische Form der kooperativen Konfliktlösung, die als Modell für eine erfolgreiche Bewältigung des ökonomischen Strukturwandels galt. Im Spiegel der Globalisierung stellen sich aber auch Fragen nach der Dauer, Wirkung und Tragfähigkeit dieser Konfliktpartnerschaft.¹

Owetschkin behandelt die Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung im westdeutschen Automobilbau vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Anfang des 21. Jh.s am Beispiel von Volkswagen, Daimler-Benz, Opel und Ford. Sein Ziel ist es, die Flut einschlägiger wissenschaftlicher Beiträge und Schriften aus Gewerkschafts- beziehungsweise Betriebsratskreisen zu einer Überblicksdarstellung zusammenzuführen. Darüber hinaus sollen bisher in diesem Zusammenhang nur unzureichend untersuchte Akteure – insbesondere das Management, ausländische Beschäftigte, Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten und Angestellte – in den Blick genommen werden.

Die Darstellung folgt einer klaren Struktur. Die Kapitel orientieren sich an den bekannten Phasen der westdeutschen Wirtschaftsgeschichte: Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Krise der 1970er Jahre, Strukturwandel und neue Entwicklungen seit den 1990er Jahren. Sie sind jeweils in vier bis sechs Abschnitte gegliedert, die Funktion und Handeln der Betriebsräte im Kontext der Branchenentwicklung, Managementpolitik, der gesamten Gewerkschaftsorganisation sowie der jeweiligen betrieblichen Sozialordnungen thematisieren.

Owetschkin zeigt, wie die Betriebsräte nach dem Krieg zunächst Versorgungs-, Verteilungs- und Schutzfunktionen für die Beschäftigten übernahmen und sich in der fordistisch geprägten Wirtschaftswunderzeit als Mittler zwischen Beschäftigten und Management etablierten. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche der 1970er wurden die bis dahin oft eng mit dem Management kooperierenden Betriebsräte zu Konfliktpartnern, die zwar Restrukturierungen und Modernisierungen mittrugen, aber im Gegenzug wesentliche Schutzzusagen und andere Verbesserungen für die Belegschaften erstritten. Ihre zunehmende Rolle als Co- oder Gegenmanagement subsummiert der Autor unter dem Begriff der ‚gestaltungspolitischen Wende‘. Unter dem Eindruck verstärkten Kostendrucks seit den 1980er Jahren hätten die Betriebsräte ihre aktive Gestaltungspolitik fortgeführt, auch wenn sie zunehmend Zugeständnisse zur Arbeitsplatzsicherung machen mussten.

Der vergleichende Blick auf die Automobilbauer macht deutlich, dass die Entwicklung der industriellen Beziehungen zwar durch unterschiedliche betriebliche Traditionen und die Kampf- beziehungsweise Kooperationsbereitschaft der jeweiligen gewerkschaftlichen Organisation geprägt war, aber im Ergebnis zu vergleichbaren Resultaten führte. Die Betriebs- und Gesamtbetriebsräte

wurden zu zentralen Akteuren der Modernisierung des Industriezweigs und zu Schrittmachern der industriellen Beziehungen. Gleichzeitig bürokratisierten und professionalisierten sie sich – was mitunter als ‚Oligarchisierung‘ und Entfernung von der Basis gewertet wurde. Die gesetzliche Mitbestimmung fungierte dabei nur als Rahmen, der in den Betrieben deutlich erweitert wurde.

Owetschkins detailreiches Buch gibt einen guten Überblick über die wichtigsten Rahmenbedingungen, Konflikte und Aushandlungsprozesse, welche die industriellen Beziehungen im Automobilbau prägten. Der Fokus auf die Betriebsräte und der weitgehende Verzicht auf Primärquellen lässt leider wenig Gelegenheit für die vom Autor angestrebte Würdigung weiterer bedeutsamer Akteure, die vielleicht ein differenzierteres Bild ermöglicht hätte. Mit der Zusammenfassung der Literatur und der wichtigsten Forschungshypothesen schafft Owetschkin jedoch eine gute Grundlage für weiterführende historische Analysen des komplexen Themas.

- 1 Zum Stand der Forschung: Stephanie Tilly / Florian Triebel (Hg.), *Automobilindustrie 1945–2000. Eine Schlüsselindustrie zwischen Boom und Krise*, München 2013.

RÜDIGER GERLACH

Berlin

VSWG 105, 2018/1, 107–108

Reinhard Paulsen

Schiffahrt, Hanse und Europa im Mittelalter. Schiffe am Beispiel Hamburgs, europäische Entwicklungslinien und die Forschung in Deutschland

(Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte 73). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2016, 1.079 S. (135 Abb., 73 Tab.), 135,00 €.

Mit Paulsens Dissertation liegt ein neues Werk zur deutschen Schifffahrtsgeschichte des Mittelalters vor. Auf mehr als 1.000 Seiten hat er sich dabei, wie dies der weit gefasste Titel erwarten lässt, umfangreiche Ziele gesetzt. Seine Fragestellungen erscheinen dem schifffahrtsgeschichtlich befassten Leser zum Teil sehr vertraut, bewegen sie die Fachwelt doch seit Beginn der Forschung zu diesem Thema. Ausgehend von seiner Hauptquelle, den hamburgischen Kämmererechnungen, soll sein Bearbeitungszeitraum das späte Mittelalter von 1350 bis ca. 1500 umfassen. Dabei geht es ihm „um die Typen der Wasserfahrzeuge, um ihre Größen und ihre Bauart, um ihre Zweckbestimmungen und ihren Einsatz, um ihre Baukosten und ihre Kauf- und Verkaufspreise“. Er fragt dabei nach der „Entwicklung der Schiffe über die Zeit“ und der „lokale[n], städtische[n] Schifffahrt im Spiegel der europäischen Entwicklung des Schiffswesens im Spätmittelalter“.

Die Arbeit umfasst 722 Seiten Text, 268 Seiten mit Anhängen und Registern und ein umfangreiches Literaturverzeichnis. Der Textteil ist in sechs Sektionen mit den Titeln „I. Hamburgs lokale und regionale Schiffe“, „II. Hamburger Seeschiffe im Europäischen Kontext“, „III. Mittelalterliches Europäisches Schiffswesen“, „IV. Schiffe, Hanse, Deutsche Forschungsbilder“, „V. Osteroberung, Lübeck und Hanse“, „VI. ‚Hansische Schifffahrt‘ und ‚hansischer Geist‘“ gegliedert. Während in den ersten drei Sektionen auf die oben aufgeführten Problemstellungen direkt eingegangen wird,

weisen die Überschriften der letzten drei Sektionen auf die im Titel genannte Thematik hin. Hier geht Paulsen kritisch auf die Forschungsgeschichte der deutschen historischen Schiffsforschung ein, ein Thema, das von Schifffahrtshistorikern in Deutschland zumeist gemieden wurde. Bis heute beeinflussen die Arbeiten der ersten Hälfte des 20. Jh.s die Forschung nachhaltig, sodass eine kritische Aufarbeitung hier nicht nur sehr willkommen, sondern auch unbedingt notwendig ist. Paulsen beschreibt den Ursprung dieses eigentlichen Hauptanliegens seines Werkes mit seinen Erfahrungen während des Studiums in den sechziger und siebziger Jahren.

Die Bedeutung dieses Themas verschwimmt jedoch hinter einer umfangreichen Beschreibung der Entwicklungen im Schiffbau. Hier hätten sicher entsprechende Verweise anstelle ausführlicher Passagen die Übersichtlichkeit des Werkes wahren können.

Bei der Wahl seiner Quellen verwundert es, dass er die mittlerweile umfassend zur Verfügung stehenden archäologischen Quellen und Arbeiten kaum zu Rate zieht. So wirkt etwa seine Verlagerung des Ursprungs eines Schiffstyps „Kogge“ auf die Kelten, der in der frühen Forschungsliteratur den Germanen zugeschrieben wurde, allzu konstruiert. Auch die von Paulsen als europäisches Phänomen beschriebene „Kogge“, kann als technisch definierter Schiffstyp tatsächlich nicht weiter südlich als bis Nordfrankreich nachgewiesen werden. In der neueren Forschung wird die Entsprechung von historischem Begriff und technischer Definition im Allgemeinen abgelehnt¹, und die Ursprünge der in Europa verwendeten Begriffe Kogge, Coche, Coque etc. sind sprachwissenschaftlich noch nicht geklärt. So mag bei Paulsens Interpretationen seine grundlegende Annahme, „Schiffe wurden und werden in Typen und Klassen eingeteilt, die sich schiffbautechnisch, geographisch und funktional definieren“, entscheidend gewesen sein – eine Annahme, der in der historischen Schiffsforschung bereits vor mehr als 100 Jahren begründete Zweifel entgegengebracht wurden.²

- 1 Crumlin-Pedersen, Ole, To be or not to be a cog: the Bremen Cog in perspective. *International Journal of Nautical Archaeology* 29 (2000), S. 230–246.
- 2 Hagedorn, Bernhard: Die Entwicklung der wichtigsten Schiffstypen bis in das 19. Jahrhundert, Berlin 1914, S. 7–10; Vogel, Walther: Die Geschichte der deutschen Seeschifffahrt. Gekrönte Preisschrift, Bd. 1: Von der Urzeit bis zum Ende des XV. Jahrhunderts, Berlin 1915, S. 467.

MIKE BELASUS

Bremerhaven

VSWG 105, 2018/1, 108–109

Magdalena Pernold

Traumstraße oder Transithölle? Eine Diskursgeschichte der Brennerautobahn in Tirol und Südtirol (1950–1980)

(Histoire 92). Transcript, Bielefeld 2016, 369 S., 44,99 €.

Mit ihrer Arbeit legt die Autorin eine Planungs- und Diskursgeschichte der Brennerautobahn vor. Sie gibt dazu eine sehr gute Übersicht über den Forschungsstand zum Autobahnbau in Europa, wobei sie die Dominanz der Eisenbahngeschichte und den „cultural turn“ in der Verkehrsgeschichte anspricht. Bei ihrer Diskussion um den Stand zur Autobahnforschung fehlen jedoch weitergehende Aspekte der Infrastruktur, wie die Rolle der Autobahnen in einem etwaigen Atomkrieg und

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

die Autobahn als Impulsgeber für das Internet. Zur Erforschung der Brennerautobahn nutzte die Autorin Archive in München, Innsbruck und Bozen. Sie hebt hervor, dass eine Diskursgeschichte ein Desideratum sei, da bisher zur Brennerautobahn nur technikgeschichtliche Veröffentlichungen vorlägen, die sich lediglich auf die Baugeschichte konzentrierten.

In Kapitel vier stellt sie die Planungsgeschichte der Brennerautobahn in Österreich und Italien vor. Sie geht von den Europa betreffenden Autobahnplänen der Wirtschaftskommission der UN aus und konkretisiert die Planungsgeschichten in Tirol und Südtirol. Auf italienischer Seite war man mit der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnverbindungen über den Brenner unzufrieden und erzwang zunächst eine Verbesserung der Landstraße über den Brenner, die aber sehr kurvig und wegen vieler Staus nur schwer befahrbar war. In den quantitativen Daten über die Verkehrsbelastung in Kapitel drei kommt dieser Stauaspekt aber nicht zum Ausdruck. Die Statistiken wirken etwas unbeholfen, da offen bleibt, ob es sich um Stichproben, Durchschnitts- oder Gesamtzahlen handelt, auch der Bezug auf Tag, Monat oder Jahr wird nicht deutlich. Südtiroler Akteure bei der Planung waren die Regionen, Gemeinden und Industrie- und Handelskammern, die sich 1959 zu einer Aktiengesellschaft für den Bau und Betrieb der Brennerautobahn zusammenschlossen. Interessant ist, dass sich auf italienischer Seite von Anfang an eine Betriebsgesellschaft in privater Rechtsform konstituierte, die sich über Mauteinnahmen refinanzieren sollte. Der Aspekt, dass die Alpenübergänge im Winter für Lastkraftwagen unpassierbar waren, wird von der Autorin nicht behandelt, obwohl dies ein wichtiges Argument für den Bau einer wintersicheren Passage mit einer Autobahn war.

Die Autorin nimmt nicht Bezug auf die Frage, wieso die Promotoren in Südtirol nicht sofort die Autobahn propagierten anstatt die Landstraße auszubauen, wo doch Italien seit den 1920er Jahren führend im Autobahnbau war. Sie unterscheidet im Diskurs mehrere Themenstränge. So geht es um die Europaidee – die Autobahn als verbindende Verkehrsinfrastruktur (eine weitere Vertiefung der europäischen Verkehrspolitik bis 1980 fehlt). Hierzu behandelt sie beispielhaft die Europabrücke bei der Gemeinde Schönberg mit der zugehörigen Kapelle. Ferner wird das Konkurrenzverhalten von Österreich zur Schweiz angesprochen, was den Alpen transit betrifft. Aus österreichischer Sicht bestand stets die Gefahr der Umfahrung von Tirol durch Verkehrsverbindungen über Schweizer Alpenpässe. Auch dieser Gefahr sollte durch den Bau der Brennerautobahn vorgebeugt werden. Die Autorin zeigt die Kontinuität der Debatte über die Gefahren der Umfahrung seit dem 18. Jh., wobei diese auch beim Bau der Eisenbahn über den Brenner thematisiert wurden. Etwas kleinteiliger wurde die Brennerautobahn auch als Tiroler Projekt zur Stärkung der Verbindung vom österreichischen Tirol zum italienischen Südtirol gesehen. Bei der Trassenführung ging es darüber hinaus auch um die Einbindung von Ortschaften auf der Südtiroler Seite, um lokale Interessen (Fremdenverkehr) mit denen des Durchgangsverkehrs zu verbinden. In Kapitel sechs behandelt die Vf.in kritische Stellungnahmen gegen die Brennerautobahn, wobei es vor allem um die Auswirkungen von Lärm und Umweltbelastungen geht. Beispielhaft untersucht sie die Gemeinde Schönberg an der Europabrücke und zeigt deren Widerstand gegen das Autobahnprojekt auf. Auch wurden Messungen bekannt, die eine Bleibelastung von Gemüse und von Muttermilch längs der Autobahn nachwiesen. Wünschenswert wären Internet-Links zu Filmdokumenten aus Wochenschau und Fernsehen zum Bau der Autobahn. Insgesamt ist die Studie spannend zu lesen und gelungen.

RICHARD VAHRENKAMP
Berlin

VSWG 105, 2018/1, 110–111

Christian O. Schmitt

Säuberlich banquerott gemacht. Konkursverfahren aus Frankfurt am Main vor dem Reichskammergericht

(Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 66). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2016, 386 S. (6 Abb.), 55,00 €.

Spätestens seit den richtungsweisenden Forschungen von Thomas Max Safley zur Geschichte des Bankrotts werden Untersuchungen zum Scheitern von Unternehmen häufiger, und dies aus mehreren disziplinären Perspektiven. Aus dem Bereich der Rechtsgeschichte ist hierzu die im Wintersemester 2013/14 in Würzburg angenommene Dissertation von Christian O. Schmitt anzuzeigen, die auch und gerade für die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte tiefgründige Einsichten vermittelt. Der Vf. stellt dabei die Konkursverfahren, die aus Frankfurt am Main, einem der wichtigsten Handels- und Finanzzentren des Alten Reichs, am Reichskammergericht verhandelt wurden, in den Mittelpunkt seiner Untersuchung, die die gesamte Zeit der Existenz dieses neben dem Reichshofrat höchsten Gerichts im Reich umfasst: 1495 bis 1806. Unter den Verfahren Frankfurter Provenienz vor dem Reichskammergericht nahmen die Konkursverfahren dabei seit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 und der Besetzung des Gerichts auch mit protestantischen Assessoren deutlich zu; zwischen 1715 und 1724 wurde mit 126 Verfahren der Höhepunkt erreicht. Der Vf. vermochte somit eine umfangreiche, aussagekräftige Quellenbasis zu nutzen.

Die Studie ist in drei Teile gegliedert, deren erster einen Überblick über die Entstehung des Konkursrechts, die Schuldnerhaftung im Mittelalter und die Grundzüge des gemeinrechtlichen Konkursverfahrens unter besonderer Berücksichtigung des Frankfurter Stadtrechts gibt. Der zweite analysiert die Verfahren am Reichskammergericht, die Instanzen und Beteiligten, wobei quantitative Auswertungen durch typologische Untersuchungen abgerundet werden. Im dritten Teil widmet sich der Vf. den Streitgegenständen des Reichskammergerichts im Rahmen der Konkursverfahren, insbesondere den Rechtswohlthaten der Güterabtretung und Güterabsonderung sowie der Priorisierung der Gläubiger im Konkurs, aber auch geplatzten Wechselgeschäften, der Zugehörigkeit zur Konkursmasse und der Vindikation.

Der Vf. zeigt damit am Beispiel des Konkursrechts zum einen, wie „die Integration des gemeinen Rechts in einer Handelsstadt wie Frankfurt vorangetrieben wurde“ (S. 313); zum anderen legt er in nicht zu verkennender Klarheit dar – und dies erscheint aus wirtschaftshistorischer Perspektive noch wichtiger –, dass der Konkurs nicht nur zur individuellen Befriedung zwischen Schuldner und Gläubiger, sondern auch zur Rechtssicherheit in der Stadt insgesamt beitrug. Gerade in letzterem Sinne war er ein wichtiger Faktor, um das Vertrauen von in- und ausländischen Kaufleuten in einen Standort zu stärken, wenn sie sich gewiss sein konnten, dass Bankrotteure dort nicht straflos ausgingen. Dieser Standort- und somit Wettbewerbsvorteil wurde noch verstärkt durch die Gleichbehandlung von In- und Ausländern in Konkursangelegenheiten, die Unterscheidung von verschuldetem und unverschuldetem Konkurs und die personenunabhängige, versachlichte Streit-schlichtung zwischen Christen und Juden, auch wenn die Benachteiligung letzterer nie gänzlich ausgeschlossen werden konnte. Die Herausbildung und konsequente Anwendung des Konkursrechts erscheinen demnach von zentraler Bedeutung nicht nur zur Absicherung des expandieren-

den kommerziellen Handels im Alten Reich, sondern auch zur Gewährleistung der für eine dynamische Entwicklung von Wirtschaft und Handel unerlässlichen Rechtssicherheit. So verstanden, ist Schmitts Dissertation nicht nur eine sehr bemerkenswerte rechtshistorische Studie, sondern auch ein gewichtiger Beitrag zur vorindustriellen Unternehmens-, Handels- und Wirtschaftsgeschichte im frühneuzeitlichen Alten Reich.

MARKUS A. DENZEL

Leipzig

VSWG 105, 2018/1, 111–112

Malte Stöcken

Dokumentation der Chemie in Krieg und Frieden. Maximilian Pflücke, Erich Pietsch und die Deutsche Chemische Gesellschaft von den 1920er bis in die 1970er Jahre

(Bochumer Studien zur Technik- und Umweltgeschichte 4). Klartext, Essen 2016, 383 S. (49 Abb., 2 Tab.), 34,95 €.

Mit dieser beachtlichen Forschungsleistung liegt eine profunde Biografiegeschichte vor, die zwar schlaglichtartig, aber panoramatisch einen Überblick über die Herrschaftsverhältnisse in der NS-Rüstungsforschung insbesondere während der Phase des „totalen Krieges“ gibt. Stöcken kann bis ins Einzelne an zwei herausragenden Chemiker-Verbandsfunktionären die individuelle Täterorientierung vorgeblich unpolitischer Professionsangehöriger bis ins Detail darlegen. Quelle ist ein vollständig erhaltener Schriftwechsel mit allen NS-Spitzenverbänden, die in der Rüstungsforschung ominpräsent waren, allen voran die SS. In antizipierten Gesprächsprotokollen kann Stöcken nachweisen, wie der Verbandsfunktionär Pflücke die Ermordung des niederländischen Spitzenchemikers Ernst Julius Cohen Anfang März 1944 in Auschwitz bewusst nicht verhinderte, indem er notwendige Interventionen im Reichssicherheitshauptamt hintertrieb, bei dem Pflücke allwöchentlich in der Kantine zu Tische saß (S. 193–195). Auf lapidar drei Seiten enthüllt sich im wohltuend unaufdringlichen Historikerdeutsch des Vf.s die Banalität des Bösen im deutschen Chemiker: Pflücke wollte schlichtweg keinen schlechten Eindruck im kooperationsgewährenden RSHA hinterlassen.

Thema sind die Verbandsverflechtungen der Deutschen Chemischen Gesellschaft mit ihren Querbezügen in die nationalsozialistische Rüstungswirtschaft zwischen Reichsforschungsrat und Reichssicherheitshauptamt. Eingebettet sind die abenteuerlichen Verbandsbiografien Pflückes und Pietschs. Über weite Strecken lesen sie sich wie eine akademisch gewendete Räuberpistole gewissenloser Machtaktiker, die das untergehende Europa im Zweiten Weltkrieg als fliegenden Teppich zu einer märchenhaften Aufstiegskarriere nutzen konnten. Als finsterer Spießgeselle präsentiert sich Pietsch in einem s/w-Wehrmacht-Gruppenfoto in Kiew, wo er 1942 damit begann, sowjetische Wissenschaftler aus der KZ-Haft in Wehrmachtforschungsgruppen zwangsweise auszubeuten. Er war derjenige, der im Generalgouvernement das KZ Plaszow mit einer speziellen Forschungsabteilung inhaftierter Wissenschaftler ausstattete. Als die Fronten brachen, verlegte er sein Institut

schließlich bis in zwei Standorte in der Oberpfalz zurück, die dann von den Alliierten übernommen wurden.

Pflückes Chemisches Zentralblatt, das maßgebliche Periodikum der chemischen Grundlagen- und Anwendungsforschung, fungierte als koordinierende zentrale Evaluations- und Verteilungsstelle sämtlicher ausländischer Forschungsliteratur in allen Disziplinen. Damit nahm sein aus der Chemiker-Gesellschaft entwachsenes Dokumentationsinstitut eine nur im NS-Herrschaftssystem mögliche hybride Sonderstellung ein. Es belieferte insbesondere die SS und die IG Farbenindustrie kontinuierlich mit im Ausland herbeispionierten Fachpublikationen. Über diese Form des Wissenstransfers wusste man bislang nichts. Pflücke im Reich und Pietsch in der besetzten Ukraine stiegen im „totalen Krieg“ zu „Multifunktionären“ (S. 308) der Rüstungsforschung auf, denen beträchtliche Koordinationsaufgaben im dokumentierten Innovationstransfer zufielen. Schließlich kann Stöcken auch die Übernahmeverfahren in die Besatzungsmächte protokollieren, die einerseits Pflücke in der DDR und Pietsch in der BRD nahtlose Spitzenkarrieren als Chemiker-Verbandsfunktionäre erschlossen. Es ist mehr durch Andeutungen zu vermuten, als nachgewiesen, dass beide sowohl mental als auch leitbildprägend enormen Einfluss auf eine verhinderte spätere Erinnerungskultur genommen haben werden. Auch wenn im Titel die 1970er Jahre fälschlich als epochale Begrenzung dieser Karrieren benannt werden, dünnt dieser Teilbereich des Buches doch erkennbar aus.

Zum Forschungsstand ist anzumerken, dass Stöcken die Monografie des Rezensenten zu den deutschen Chemikerbiografien im 20. Jh. ignoriert, die doch über Mentalitäten, Leitbildorientierungen, Arbeitskämpfe und Sozialpolitik wie auch technologische Innovationen und deren Obstruktion handelt und zwar im IG Farbenindustrie-Konzern und dessen DDR-Nachfolgern: Dieser sicherte über die Dienststelle Krauch am Pariser Platz maßgeblich die Arbeiten Pflückes wie auch Pietschs forschungspolitisch ab und war der Erstabnehmer aller ihrer Forschungsergebnisse. Aber es fehlt noch mehr: Entgegen dem einleitenden Verlagstext ist Stöckens Monografie ausschließlich politikgeschichtlich orientiert. Er operationalisiert Wissenstransfer lediglich als ein *political issue* der zentralgeleiteten Verfügbarkeit von NS-Verwaltungstätigkeit, aber nicht auch als sozial- und technologiegeschichtlich markanten Innovationstransfer zwischen Innovationsträgern. Hier fehlt die gesellschaftsgeschichtliche Rückbindung. Dennoch lesen wir in Stöckens Monografie viel Neues über die Macht gerierenden Chemiker-Apparatschiks im „totalen Krieg“. Wir können zudem annehmen, dass diese Professionstätter bis heute die Wissenschaftstradition „unserer“ Naturwissenschaften prägen konnten, auch wenn wir noch längst nichts Greifbares darüber erfahren, wie das eigentlich seit 1945 geschehen ist – das bleibt künftigen Biografieforschungen vorbehalten.

GEORG WAGNER-KYORA

Hannover



C. Sozialgeschichte

VS WG 105, 2018/1, 113–115

Wolfgang Behringer / Sönke Lorenz (†) / Dieter R. Bauer (Hg.)

Späte Hexenprozesse. Der Umgang der Aufklärung mit dem Irrationalen

(Hexenforschung 14). Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2016, 427 S., 29,00 €.

Wolfgang Behringer / Claudia Opitz-Belakhal (Hg.)

Hexenkinder – Kinderbanden – Straßenkinder

(Hexenforschung 15). Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2016, 468 S. (26 Abb., 3 Grafiken), 29,00 €.

Diese Bände sind die Zusammenfassung von zwei Tagungen, die der Arbeitskreis für Interdisziplinäre Hexenforschung (AKIH) in Zusammenarbeit mit der katholischen Akademie der Diözese Stuttgart-Rottenburg organisierte. Gleichzeitig markieren sie das Ende einer Ära und den Beginn einer neuen, was nach dem Tod des Initiators des AKIH Sönke Lorenz und dem Ruhestand des Akademieleiters Dieter R. Bauer notwendig wurde.

Obwohl der AKIH in den letzten 30 Jahren seines Bestehens sowie einzelne seiner Mitglieder zahlreiche bemerkenswerte Ergebnisse vorgelegt haben, gehört „zu den erstaunlichen Erscheinungen in der Hexenforschung, dass man immer wieder den Eindruck bekommt, die Forschung stehe ganz am Anfang“, so der Herausgeber und neue AKIH-Organisator Wolfgang Behringer in seiner Einleitung zu Band 14 (S. 23). Dies gilt besonders für die „späten Hexenprozesse“ des 18. Jh.s, über die man bereits so gut wie alles zu wissen glaubte und deren angebliche Enddaten (Kempten 1775, Glarus 1782, Posen 1793) auch Eingang in historische Überblicksdarstellungen fanden. Mit diesem Irrglauben räumt das international zusammengesetzte Autor*innenteam nun gründlich auf. Sowohl in den deutschsprachigen Ländern als auch im übrigen Europa, wie die beiden ersten Sektionen des Bandes zeigen, kam es noch während des 18. Jh.s zu regelrechten Hexenjagden und Prozessserien, wie sie vermeintlich nur im 16. und 17. Jh. stattfanden. Dass bisher davon so wenig im öffentlichen Bewusstsein präsent war, ist wesentlich auf die bis heute nachwirkenden „aufgeklärten Selbststilisierungen“ (S. 13) der europäischen Eliten zurückzuführen. Fragt man nach dem „Umgang der Aufklärung mit dem Irrationalen“, so der Untertitel und eine Sektion des Bandes, so war er geprägt von „Unsicherheit, Scheinheiligkeit und Heuchelei“. „Die Aufklärer waren vielleicht gegen die Hexenprozesse, vielleicht auch gegen das Verbleiben des Hexereidelikts im Strafrecht“, doch weil sie nirgendwo anecken und es mit den Mächtigen nicht verderben wollten, „schwiegen sie zu dieser Frage und taten so, als wäre das Thema erledigt“ (S. 13). Wie wenig der Hexenglaube damals erledigt war, belegt in einer weiteren Sektion der Blick über den europäischen Tellerrand. Nicht nur in den überseeischen Kolonien der europäischen Mächte kam es zu Hexenprozessen, sondern man findet den Glauben an Hexerei und deren Verfolgung auch unabhängig von europäischen Einflüssen in anderen Kulturkreisen – und beides findet sich, blickt man vor allem nach Afrika, bis heute. Damit erweist sich auch, dass nicht spezifisch christlich-theologische Vorstellungen, wie man lange annahm, notwendig sind, um vermeintliche Hexen auszurotten. Die gemeinsame Basis bildet vielmehr die Überzeugung, dass es „bösen Leuten“ im Verein mit dunklen Mächten möglich sei, durch

Anwendung von Magie Schaden anzurichten, und dass diese „bösen Leute“ ausfindig gemacht und vernichtet werden müssten. Man darf auch nicht ein europäisch-aufgeklärtes Verständnis von einem Gerichtsverfahren und einem ordentlichem Prozess voraussetzen. Selbst in indigenen Gesellschaften gab es Gremien, z. B. Stammesgerichte, die darüber befanden, wie mit Hexen umzugehen sei. Denkt man an traditionelle Dorfgemeinschaften, die weitgehend von der Außenwelt abgeschlossen nach eigenen Regeln lebten, so kamen solche offen oder unausgesprochen gebilligten Beschlüsse, die als Hexen identifizierten Personen zu töten, auch in Europa noch bis ins 20. Jh. vor. In der letzten Sektion des Bandes weist der Herausgeber Behringer auf nicht weniger als 63 eng bedruckten Seiten die bisher bekannt gewordenen Hexenhinrichtungen/-tötungen/-ermordungen von 1700 bis 1911 (!) nach, doch dürfte diese lange Liste noch nicht vollständig sein. Es wird hier „gewissermaßen nur die Spitze des Eisbergs sichtbar“ (S. 22).

Noch skandalöser und unverständlicher als die Verfolgung angeblicher Hexen wirkt heute, dass sogar Kinder angeklagt und hingerichtet wurden. Dabei ist auch dies, blickt man wiederum nach Afrika, aktueller denn je. Denn dort sind es zu einem großen Teil „Kinderhexen“, die gefährlichen Formen von Ausgrenzung und Entrechtung ausgesetzt sind, weil man ihnen Schadenzauber zuschreibt. Der letzte Teil des Bandes über „Hexenkinder – Kinderbanden – Straßenkinder“ geht ausführlich darauf ein. Dass in die europäischen Hexenverfolgungen der Frühen Neuzeit zu einem nicht geringen Teil Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter, Zeugen und Angeklagte verwickelt waren, dass sie zunehmend eine Rolle in den späten Prozessen des 17. und 18. Jh.s spielten, ist zwar schon lange bekannt. Trotzdem begann die Hexenforschung erst in den 1990er Jahren, sich mit Hexenkinder und Kinderhexen als eigenem Phänomen zu beschäftigen. Seither sind die Kenntnisse, wo, wann und in welchem Umfang es in Europa zu Hexenprozessen gegen oder mit Hilfe von Kindern kam, stark angewachsen, dies zeigt vor allem der dritte Teil des Bandes. Auch ist man von ersten Erklärungsversuchen, Kinder nur als manipulierte Werkzeuge erwachsener Ankläger oder gar als Opfer sexuellen Missbrauchs zu sehen, inzwischen abgerückt. Doch ist es nicht leicht zu verstehen, was Kinder und Jugendliche dazu veranlasste, mit fantasievollen Erzählungen von Zauberwerk und Hexensabbat ganze Familien, auch ihre eigenen, und nicht selten sich selbst ums Leben zu bringen – und warum die Autoritäten ihnen glaubten. Von verschiedenen Fachrichtungen her nähern sich die Autor*innen, allesamt ausgewiesene Kenner*innen der Materie, dieser Frage (Teil 1 und 4). Bedeutsam scheint es vor allem, in den Vorstellungshorizont der Kinder einzutauchen und zu rekonstruieren, wie sehr der Glaube an Hexerei ihrem eigenen magischen Verständnis realer Zusammenhänge entsprach und ihnen die Möglichkeit bot, sich ihre eigene parallele Welt zu erschaffen. Jüngeren Kindern mögen auch die gefährlichen Auswirkungen ihrer Aussagen nicht bewusst gewesen sein, und gewiss waren sie auch empfänglich für Beeinflussungen und Manipulationen Dritter. Älteren Kindern und Jugendlichen gelang es aber zweifellos, ihrerseits die Erwachsenenwelt zu manipulieren und gezielt an Eltern und Anderen, darunter Gleichaltrigen, Rache zu üben. Gleichzeitig konnten sie durch ihre Beschuldigungen, wenn auch meist nur für kurze Zeit, eine so wichtige und beachtete Position einnehmen, wie es ihnen sonst niemals möglich gewesen wäre. Ein weiterer Forschungsansatz des Bandes (Teil 2) stellt die Hexenkinder in Zusammenhang mit der Existenz frühneuzeitlicher Kinderbanden und Straßenkinder – ein Zusammenhang, der zumindest seit dem Salzburger „Zauberer-Jackl-Prozess“ bekannt und offensichtlich ist. Wie auch bei den aktuellen Geschehnissen in Afrika dürfte soziale Ausgrenzung eine gemeinsame Basis bilden. Allerdings steht gerade hier die Forschung noch fast am Anfang.

Mehr noch als die „späten Hexenprozesse“ zeigt der Band über „Hexenkinder – Kinderbanden – Straßenkinder“, wie viel an wissenschaftlicher Aufarbeitung noch zu leisten ist. Beide Bände geben dazu vielfältige Anregungen und kompetente Hinweise. Allen an diesen Themen Interessierten seien sie daher empfohlen. Was den AKIH und dessen neue Mitgestalter*innen angeht, so sind auch in Zukunft, dessen ist sich die Rezensentin sicher, noch manche an- und aufregenden Forschungsergebnisse zu erwarten.

GISELA WILBERTZ
Hannover

VSWG 105, 2018/1, 115–116

Marcel Böhles

Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten, 1924 bis 1933

(Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, 62). Klartext, Essen 2016, 339 S. (6 Abb.), 34,95 €.

The history of the Weimar Republic demonstrates the dilemmas of defending democratic institutions and values. The Reichsbanner – the paramilitary association of the three republican parties: SPD, Zentrum, and DDP – encapsulated the paradoxes thrown up by the militarization of public life in a democratic state. Recent studies, notably by Benjamin Ziemann, have shown how the Reichsbanner married the legacies of the war, the militarization of politics, and the defence of the Republic.

Marcel Böhles locates his fine-grained study of the Reichsbanner in Baden and Württemberg within this historiographical context. Like Carsten Voigt's book on the Reichsbanner and its Communist rival in Saxony, Böhles shows how regional perspectives can enrich our understanding of Weimar Germany's complex political culture. Neither Baden nor Württemberg were hotbeds of paramilitary activity. With highly-advanced but relatively small industrial firms, both states lacked the urban context that gave rise to violent paramilitary politics in the late 1920s and early 1930s elsewhere in Germany. None of the 47 murders of members of the Reichsbanner between 1931 and February 1932 took place in the south-west (p. 288). Böhles draws some important distinctions between politics in Baden and Württemberg. The tradition of cooperation in Baden between the SPD and the bourgeois parties facilitated their coming together in the Reichsbanner, whereas in Württemberg the Zentrum's scepticism towards the SPD hampered the development of the republican paramilitary association.

The failure of the Reichsbanner, however, was determined at national level. Local branches in Baden and Württemberg defended meetings of republican parties, mobilized in elections, and fought against rival paramilitary groups from the radical right, but the key events – such as the decision not to resist the Preußenschlag – occurred at national level. Böhles records that at the last general meeting of the Gau in Mannheim on 29th January, the local organization recorded that “der

Faschismus [...] bis heute nicht an die Macht gekommen [ist], und er wird auch 1933 nicht an die Macht kommen, wenn wir es nicht wollen" (p. 300). Resistance following the Nazi coming to power proved futile, in part due to the lack of preparation.

Reichsbanner leaders often lamented the lack of effective symbolic politics and emotional commitment to the Republic, but historians have shown how different republican associations initiated a range of events, connecting the republican present to a particular reading of the national past. Böhles offers insights into how the Reichsbanner in Baden and Württemberg adapted national commemorations for greater local resonance. In particular local officials promoted the 1848 revolution, in which the south-west played a central role, as emblematic of a republican tradition in German history. The death in September 1914 of the Baden SPD Mitglied des Reichstags Ludwig Frank, who had volunteered, was appropriated as an exemplary story of republican commitment to the German nation.

The Reichsbanner cast the First World War as a tragedy, visited upon Europe by a militarist and monarchical elite. As Ziemann has shown, the lesson of the war was reconciliation and peace, buttressed by democratic institutions and values. Böhles shows how the Reichsbanner promoted this vision at local level. As a borderland, Baden stood in the frontline of a future Franco-German war. Local Reichsbanner officials reached out to French veterans associations, who sent representatives to festivals. The celebration of rapprochement with France did not stymie the Reichsbanner's celebration of the evacuation of French troops from the Rhineland, which it presented as a republican foreign policy success.

Böhles also takes a close look at the inner life of the Reichsbanner in the south-west. While historians have pointed out that the Reichsbanner was the largest veterans association in Weimar Germany, Böhles's account shows that the daily commitment of members often wavered. Some groups did not subscribe to the association's journals, while other groups treated visiting speakers with disdain. In the Ortsgruppe Stuttgart, about 600 of 1,517 members had uniforms. Böhles uses such details to offer a richly-textured account of the Reichsbanner in south-western Germany.

WILLIAM MULLIGAN

Dublin

VSWG 105, 2018/1, 116–117

Beate Borowka-Clausberg (Hg.)
Salonfähig. Frauen in der Heine-Zeit
 Morio, Heidelberg 2016, 160 S., 19,95 €.

Das Buch ist ein anspruchsvoller Begleitband zu einer Ausstellung mit gleichem Titel, von der Herausgeberin nach jahrelanger intensiver Sammeltätigkeit im Hamburger Jenisch-Haus präsentiert. Die hier in zehn Beiträgen vorgestellten Frauen standen mit Heine entweder in jahrelanger oder aber auch nur in flüchtiger Beziehung. Die Motive dieser Verehrerinnen waren Liebe, Bewunderung, Respekt, aber auch Hass. Heines Verhalten gegenüber diesen Frauen – zumal, wenn es sich

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

um Schriftstellerinnen handelte – war ambivalent. Bewunderung konnte sich bei ihm auch in Hass verwandeln, so in seiner Beziehung zu George Sand. Uneingeschränkt positiv war nur sein Verhältnis zu seiner Mutter Betty, der „alte[n] süße[n] Katze“, der er während seines Pariser Exils in seinen „Nachtgedanken“ ein bleibendes Denkmal gesetzt hat. Was seine Familie betrifft, so wäre sicher ein kurzer Essay über Heines „Cousinen-Lieben“ angebracht gewesen. Die „schöne große Cousine“ ist allerdings nicht seine Hamburger Cousine Amalie, sondern George Sand, mit der er eine langjährige Freundschaft und Arbeitsbeziehung unterhielt, die abbrach, als Sand den kranken Chopin 1846 verließ. Heines Krankheit, die ihn in seine „Matratzengruft“ zwang, bestimmte auch die Einschätzung der Frauen, mit denen er in Kontakt stand. „George Sand, das Luder, hat sich seit meiner Krankheit nicht um mich bekümmert“, klagte er 1848 der jüdischen Schriftstellerin Fanny Lewald, nach deren „Kommen [er] auf seinem Krankenlager schmachtete“. Die Freundschaft dieser für die Emanzipation der Frauen und der Juden kämpfenden Autorin hielt über Heines Tod hinaus. Über Fanny Lewald lernte Heine auch die Schriftstellerin Therese von Bacheracht kennen, von deren „romanhaftem Lebensgang“ Heine fasziniert war. „Was sind Sie schön für eine Schriftstellerin“, was Fanny Lewald als „satirische Höflichkeit“ einstuft, denn auch für Heine vertrugen sich Schönheit und geistige Arbeit bei Frauen nicht. Zu einer „intensiven und emotional stark aufgeladenen Verbindung“ kam es auf dem Krankenlager zwischen ihm und Elise Krinitz, die diese Verbindung ganz pragmatisch für ihre publizistischen Zwecke nutzte. Ihr 1884 veröffentlichtes Buch ‚H. Heines letzte Tage‘ war dann auch ihr größter publizistischer Erfolg. Heines Sottisen gegenüber schriftstellenden Kolleginnen waren vielfach gemein, so auch gegenüber der Gräfin Ida Hahn-Hahn, die durch eine Operation ein Auge verloren hatte. In Anspielung darauf bemerkte er: „Wenn sie [die Frauen] schreiben, haben sie ein Auge auf das Papier und das andere auf einen Mann gerichtet, und dieses gilt von allen Schriftstellerinnen, mit Ausnahme der Gräfin Hahn-Hahn, die nur ein Auge hat.“

Die Lebensläufe der meisten in diesem Buch vorgestellten Zeitgenossinnen Heines passen kaum in das Bild, das wir uns allgemein vom Biedermeier machen. Diese Frauen waren emanzipiert und lebten vielfach in freier Liebe mit einem Partner. Allerdings handelte es sich kaum um normale Bürgerinnen. So auch bei der Gräfin Hahn-Hahn, die ihren Lebensabend als Nonne beschloss und dann nur noch Bücher schrieb, die auch in katholischen Pfarrbibliotheken angeboten werden konnten.

Am interessantesten unter den Frauen um Heine ist sicher die Frau, die Heine nie begegnet ist, ihn aber als Dichterin nachahmte und den Memorialkult um Heine initiierte: die österreichische Kaiserin Elisabeth, bekannt als Kaiserin Sissi. Sie errichtete ihm in ihrem Park auf Korfu ein Denkmal. Ihre Erbin Gisela verkaufte später Villa und Park an den deutschen Kaiser Wilhelm II., der das Heine-Denkmal umgehend nach Hamburg abgab. Damit teilt dieses Denkmal das Schicksal auch anderer Heine Denkmäler, die keine deutsche Stadt haben wollte; es fand dagegen im freien Land Amerika, in New York auf der Bronx „sein Fleckchen“. Das Schicksal dieses Heine-Denkmal steht, wie Joseph A. Kruse in seinem Beitrag treffend bemerkt, für die „Heimatlosigkeit“, ein Schicksal, das auch die Kaiserin Elisabeth traf.

ARNO HERZIG
Hamburg



VSWG 105, 2018/1, 118–119

Bettina Braun / Katrin Keller / Matthias Schnettger (Hg.)

Nur die Frau des Kaisers? Kaiserinnen in der Frühen Neuzeit

(Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 64).

Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2016, 272 S. (2 Abb.), 60,00 €.

Als Jean Bérenger sein Werk über das ‚Reich der Habsburger 1273–1918‘ (1990) veröffentlichte, wurden Politik- und Ereignisgeschichte noch ohne geschlechtergeschichtliche Fragestellungen geschrieben. Maria Theresia ist die einzige, der Bérenger etwas mehr Raum gab. Sie war eine Ausnahme, brachte doch die Erbtochter ihrem Gemahl die Kaiserkrone ein. Aber ebenso wie sie waren auch die anderen Kaiserinnen mehr als ‚nur die Frau des Kaisers‘. In der bisherigen Forschung fanden die Ehefrauen und Witwen der Kaiser in der Frühen Neuzeit jedoch wenig Aufmerksamkeit. Um diese Lücke zu schließen, fand Ende März 2014 in Wien eine Tagung statt.

Katrin Keller weist einleitend auf die Ansätze der „Kulturgeschichte des Politischen“ (2005) hin, die, verknüpft mit gendertheoretischen Fragestellungen, zu einem neuen Verständnis von dem durch Heirat und Krönung verfassungsrechtlich fundierten „Amt“ der Kaiserin, von ihren institutionalisierten Handlungsfeldern und ihren persönlichen Handlungsmöglichkeiten beitragen. An Kellers konzeptionelle Überlegungen schließen sich in chronologischer Abfolge vom Mittelalter bis ins beginnende 19. Jh. die biographisch angelegten Beiträge an, die als generationenübergreifende Zusammenschau erstmals eine systematische Analyse ermöglichen. Seit dem 12. Jh. wurde der politische Raum auf Reichsebene eingeschränkt, und die rechtlich abgesicherte Herrschaftsausübung der Kaiserin verlagerte sich auf die Ebene der Landesherrschaft (Amalie Föföel), aber das institutionalisierte Amt der Kaiserin blieb in der Reichsverfassung verankert. Darüber hinaus waren die Handlungsfelder strukturiert durch verschiedene, sich zum Teil überlagernde Kriterien. Die Möglichkeit, sie zu nutzen, hing nicht zuletzt von Persönlichkeit und Charakter ab.

Der Band beschränkt sich nicht auf Kaiserinnen in Wien, sondern stellt auch die dynastische Verflechtung in der Casa Austria vor (Rubén González Cuerva, Alexander Koller, Andrea Sommer-Mathis). Anders als die Habsburgerinnen, die qua Geburt mit den Gepflogenheiten in Wien oder Madrid vertraut waren, lernten eingeheiratete Prinzessinnen aus den Dynastien der Welfen (Michael Pözl), Sforza (Christina Lutter und Daniela Unterholzner), Pfalz (Joseph J. Schmid), Gonzaga (Elena Taddei, Matthias Schnettger) sowie Bourbon-Sizilien (Ellinor Forster) eine fremde Umgebung kennen, in der sie sich behaupten mussten. Eine Habsburgerin heiratete zwar in die Dynastie der Wittelsbacher ein, aber im Österreichischen Erbfolgekrieg erstritt ihr Gemahl die Kaiserwürde. Britta Kägler stellt das Leben der machtbewussten Kaiserinwitwe in Bayern vor. Das Spannungsfeld der Interessen von Herkunft- und Ankunftsdynastie, in dem die eingeheiratete Kaiserin ihre persönliche Position finden und behaupten musste, wird hier sehr deutlich. Die Gegnerin Karls VII. stand als Erbtochter nicht in diesem Interessenskonflikt, sie war mit dem Lothringer Franz Stephan verheiratet, dessen politisches Agieren als Kaiser und als Mitregent in den Habsburgischen Erblanden Bettina Braun in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung stellt.

In den durchweg anregenden und gut lesbaren Beiträgen, die zumeist auf bislang unbekanntem Archivgut basieren, wird auf die Bedeutung des Hofstaats der Kaiserin und ihrer Netzwerke hingewiesen, die ihre Position ebenso entscheidend bestimmten wie ihre Fähigkeit, Kinder zu gebären

und damit die Dynastie zu sichern. Der ungehinderte Zugang zum Kaiser war sowohl für die Rolle der erfolgreichen Fürbitterin, mithin für die Gestaltung und Patronage der Klientelnetzwerke, von immenser Bedeutung, als auch für die Rolle der Kaiserin als Ratgeberin des Gemahls und als politische Akteurin auf außenpolitischem Parkett. Darüber hinaus sind die Pflege der dynastischen Memoria und die verschiedenen Formen der Repräsentation auch und gerade in religiöser, mithin kirchenpolitischer Hinsicht nicht nur im Zeitalter der Konfessionalisierung Gebiete, in denen die Kaiserinnen eigene Ziele und Interessen verfolgen konnten. Barbara Stollberg-Rilinger, die eine Biographie über Maria Theresia verfasst (2016), bündelt abschließend die Ergebnisse der präsentierten biographischen Beiträge und betont die zunehmende Formalisierung von Herrschaft und Diskreditierung „informeller Einflusstrukturen“ (S. 251). Deutlich wird, dass 25 Jahre nach Bérenger nun erste Forschungen über ‚die‘ Kaiserin vorliegen, sich jedoch weitere Fragen stellen und weitere Felder zu einem neuen Verständnis ‚der‘ Kaiserin wie des kaiserlichen ‚Arbeitspaars‘ in der Frühen Neuzeit der Erforschung bedürfen.

Abstracts in englischer Sprache sowie ein umfassendes Siglenverzeichnis und Personenregister sind dem Band beigegeben; eine Übersicht zur Visualisierung der komplexen verwandtschaftlichen Verflechtungen wäre wünschenswert.

PAULINE PUPPEL

Berlin

VSWG 105, 2018/1, 119–120

Alexander Denzler

Über den Schriftalltag im 18. Jahrhundert. Die Visitation des Reichskammergerichts von 1767 bis 1776

(Norm und Struktur. Studie zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit 45). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2016, 612 S., 85,00 €.

Der vorliegende Band schildert die letzte Visitation des Reichskammergerichts (1767–1776) in Wetzlar, welches neben dem Reichshofrat das zweite höchste Zivilgericht des Alten Reiches war. ‚Visitation‘ bedeutet hier die Inspektion des Reichskammergerichts durch die Reichsstände bzw. durch deren juristische Räte als Vertreter. Ursprünglich waren die Visitationen jährlich vorgesehen, was aber nur in der zweiten Hälfte des 16. Jh.s der Fall war. Ab 1588 wurden sie, auch aufgrund von religiösen Differenzen, nur noch sporadisch durchgeführt.

Die letzte Visitation des Reichskammergerichts war bislang nicht Gegenstand der jüngeren Forschung. Denzler nähert sich dem Thema auf sehr originelle Weise: Er stellt die Art der Quellen und vor allem den Umfang in den Mittelpunkt seines Erkenntnisinteresses und versucht die Frage zu beantworten, warum Schriftlichkeit das entscheidende Kriterium der Visitation war. Er will mit dieser Leitfrage die Praxis des politischen Handelns und die Genese, Funktion und Archivierung von staatlichem Wissen untersuchen und damit einen Beitrag zum Verständnis der politischen Kultur leisten. Gleichzeitig soll die Bedeutung der Schriftlichkeit für den Staatswerdungsprozess und

den Verwaltungsapparat aufgezeigt werden. Das gelingt Denzler auf hervorragende Weise, freilich nicht ganz ohne der „Weitschweifigkeit“ der Akten in der eigenen Darstellung zu entgehen.

Denzler stellt seine Arbeit unter den Begriff „Reform“ und erörtert zuerst im Kapitel „Reformzeiten“ den Reformalltag der Visitatoren und ihr Verhältnis zu Eile, Fleiß und Weitläufigkeit. Auch „Reformräume“ werden analysiert, und Denzler erläutert, dass die kleine Reichsstadt Wetzlar an der Lahn aufgrund ihrer begrenzten Kapazitäten an Raum überfordert war. Danach wendet er sich den Akteuren dieses reichsweiten Ereignisses mit europäischer Ausstrahlung zu. Er widmet sich vor allem den unteren Chargen, den Sekretären. Die Entscheidung des Verfassers, gerade sie in den Fokus zu nehmen, ist klug, denn hier handelt es sich um eine Personengruppe, die sich durch ihre Teilnahme an der Visitation einen Karriereprung erhoffte und deshalb besonders ehrgeizig war. Die Sekretäre nahmen daher nur zu gern die Gelegenheit wahr, als Praktikanten die Arbeit des Gerichts genau zu studieren. Für sie hatte Schriftlichkeit eine besondere Bedeutung. Die Tragik der verhinderten Karriere durch die „Weitläufigkeit“ und Missgunst eines Vorgesetzten wird im Vergleich des Sekretärs Karl Wilhelm Jerusalem mit Johann Christian Kestner kontrastiert, ein Thema, das ja bereits Goethe aufgegriffen hat. Denzler kann hier aus historischer Sicht eine neue Perspektive bieten.

Schließlich geht der Verfasser in den Kapiteln „Reformverfahren“ und „Reforminhalte“ auf das eigentliche Geschäft der Visitation ein. Er schildert die einzelnen Verfahrensschritte und die ihnen innewohnenden jeweiligen Grade der Autonomie. So sieht er die Instruktionen der Reichsstände an die Delegierten als Leitlinien der Visitation und die Protokolle als Gedächtnisstützen über bereits verhandelte Kriterien. Hauptproblem im Sinne einer Zeitautonomie erscheint Denzler dabei der zeitliche Aufwand für das Diktat der Protokolle. Auch die Befragung der Reichskammergerichtsangehörigen thematisiert er ausführlich. Er weist auf das „Nichtwissen“ der Examierten hin, freilich ohne auch das „Nichtwissen wollen“ zu thematisieren. Hier hätte man sich mehr gewünscht.

Es folgt eine Analyse des Abbruchs der Visitation. Denzlers Erklärungen reichen von Verfahrensursachen, die zu Rechts- und Religionsfragen grundsätzlicher Natur wurden, bis zu allgemeiner Reformmüdigkeit. Letztendlich sieht er als wesentlichen Grund die Arbeitskulturen der Visitatoren. Die Dissertation schließt mit der Diskussion der Reforminhalte.

Denzler gelingt es, die äußerst umfangreichen Akten mit ihrer komplexen und „weitläufigen“ Materie gekonnt zu strukturieren und in weiten Teilen auch spannend wiederzugeben. Er zeigt die Bedeutung der letzten Visitation für die Reform des Alten Reiches auf, aber auch die Ursachen für das Scheitern und leistet so einen wichtigen Beitrag zur Verfassungsgeschichte des Alten Reiches.

ANETTE BAUMANN

Gießen



VSWG 105, 2018/1, 121–122

Alexander Denzler / Stefan Grüner / Markus Raasch (Hg.)

Kinder und Krieg. Von der Antike bis in die Gegenwart

(Historische Zeitschrift – Beihefte N.F. 68). De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2016, 414 S. (1 Abb.), 84,95 €.

Wenige Studien haben bisher das Verhältnis zwischen Kindheit und Krieg epochenübergreifend untersucht. Einerseits sind die meisten Analysen länderspezifisch, mit der Folge, dass vergleichbare Phänomene oder Transfers oft im Schatten bleiben. Andererseits fokussiert die historische Forschung zur Kriegskindheit fast ausschließlich das 19. und 20. Jh. Diese Tendenz wurde durch die rasante Entwicklung der Weltkriegsforschung und vor allem durch die Vermehrung der Studien zum Ersten Weltkrieg in den letzten Jahren noch verstärkt. Das 19. und 20. Jh. verfügt im Vergleich mit anderen Epochen über umfangreichere Quellenmengen, wie amtliche Akten und Egodokumente, was ein offensichtlicher Vorteil ist. Jedoch sind seit einigen Jahren kulturalistische sowie sozialgeschichtliche Darstellungen der Kindheit im Krieg auch in Bezug auf die Antike und Vormoderne stetig gewachsen. Die neuesten Ansätze zur Analyse des Verhältnisses zwischen Gewalt und Krieg, die so viele wesentliche Fortschritte in der Weltkriegsforschung brachten, prägen immer stärker weitere historische Disziplinen, wie die Alte Geschichte und vor allem die Mediävistik. Gleichzeitig werden auch emotionale Eltern-Kind-Beziehungen und Empathie für die Kinder nicht mehr als Erfindungen der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jh. interpretiert; sie sind vielmehr Aspekte, die sich in den Epochen immer wieder zeigten und durch unterschiedliche politische, kulturelle und emotionale Konstellationen wahrgenommen wurden.

Es war daher ein großes Forschungsdesiderat, die neuen Ansätze der Geschichtsschreibung des Altertums, des Mittelalters und der Frühen Neuzeit mit den jüngsten Studien zum Ersten und Zweiten Weltkrieg in Verbindung zu bringen und damit das Verhältnis von Kindern und Krieg in einem historischen Kontinuum darzustellen. Der von Alexander Denzler, Stefan Grüner und Markus Raasch herausgegebene Sammelband erfüllt zum größten Teil dieses Desiderat, auch wenn die Beiträge zum 20. Jh. überwiegen.

Der Band ist in drei thematische Sektionen unterteilt. In der ersten wird die Kriegskindheit im Diskurs des staatlichen und politischen Handelns betrachtet. Die wesentliche Rolle der Kindheit für die Propaganda, in welcher Kinder sowohl passive Ziele als auch aktive Multiplikatoren von propagandistischen Botschaften seien, wird in Beiträgen zum Zeitraum des ersten Kreuzzugs sowie des Ersten und Zweiten Weltkriegs dargelegt. Damit wird gezeigt, dass der legitimierende Zweck der Propaganda unter verschiedenen Umständen eine historische Konstante darstellt. Zusammen mit der Propaganda steht die staatliche Fürsorge im Mittelpunkt dieser Sektion. Leider widmen sich nur zwei Beiträge zur Antike bzw. zu Preußen und Sachsen im 18. Jh. diesem Thema. Hier kann man kritisieren, dass die Kriegswaisenversorgung, die infolge der beiden Weltkriege eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung innovativer staatlicher Sozialleistungen hatte, in dieser Sektion keinen Platz findet und im gesamten Buch nur zwischen den Zeilen der kulturgeschichtlichen Beiträge der letzten Sektion angedeutet wird.

Der epochenübergreifende Ansatz taucht stärker in der zweiten Sektion auf, deren Beiträge sich mit Alltag und Kriegserfahrung der Kinder beschäftigen. Es werden hier jedoch nicht nur die per-

sönlichen Erfahrungen der Kriegskinder dargestellt, sondern auch andere zentrale Aspekte, wie der Wandel der Eltern-Kind-Beziehung, den der Krieg auf vielfältige Art und Weise in allen Epochen und Gesellschaften immer mit sich brachte, sowie den Umgang der Gesellschaften mit der Frage des Todes von Kindern.

Die Beiträge der letzten Sektion behandeln die kulturelle Prägung der Kinder und Jugendlichen durch den totalen Krieg im 20. Jh. und die Kriegserbschaften auf der Ebene der Sozial- und Mentalitätsgeschichte. Diese Themen werden hervorgehoben durch die Untersuchung der transgenerationalen Wahrnehmung des Kriegserlebnisses zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg sowie der Erinnerungskultur und des Opferdiskurses im Rahmen der Völkermorde des 20. Jh.s, u. a. an den Armeniern und des Holocausts.

Die vergleichende Analyse der Kriegseinflüsse auf die Kindheit in mehreren Epochen lohnt ohne Zweifel noch tiefere Untersuchungen. Wie die Herausgeber selbst feststellen, sollte die Kriegserfahrung der Kinder für die Vormoderne „noch intensiver erforscht werden“ (S. 33), da die Vorherrschaft der Historiographie zum Zeitraum der beiden Weltkriege sich in sozial- sowie kulturgeschichtlicher Hinsicht noch zu stark niederschlägt. Nichtsdestoweniger gibt der Sammelband durch solide und quellengesättigte Beiträge sowie klar formulierte Fragestellungen einen wichtigen Überblick über den neusten Forschungsstand zum Thema der Kriegskindheit und hat das große Verdienst, an den meisten Stellen über die traditionellen Grenzen der historischen Einzeldisziplinen hinaus zu gehen.

PIERLUIGI PIRONTI

Berlin

VSWG 105, 2018/1, 122–123

Martin Dinges / Andreas Weigl (Hg.)

Gender-Specific Life Expectancy in Europe 1850–2010

(Medizin, Gesellschaft und Geschichte – Beiheft 58). Steiner, Stuttgart 2016, 216 S.

(zahlr. Abb. u. Tab.), 44,00 €.

Sowohl in der medizinischen Forschung als auch an Stammtischen ist sie ein Thema: die unterschiedliche Lebenserwartung von Männern und Frauen. Während die einen davon ausgehen, dass weibliche Biographien nicht so anstrengend verlaufen, da Frauen weniger beruflichem Stress ausgesetzt seien, betonen andere die angeblich gesundheitsgefährdende Lebensführung der Männer, die zu viel arbeiteten und unkontrolliert Genussmittel wie Tabak und Alkohol konsumierten und viel zu rasant Motorrad oder Auto führen. Der vorliegende Sammelband räumt nicht unbedingt mit diesen Annahmen auf, aber er bringt sehr viele davon auf den Prüfstand und betrachtet sie in einer vergleichenden europäischen Perspektive.

Der Band enthält zwölf Beiträge über die Geschichte der unterschiedlichen Lebenserwartung von Männern und Frauen in Europa. Geographische Schwerpunkte sind Großbritannien, Deutschland, Österreich, Belgien, Schweden und die Schweiz. Aufgrund des statistischen Ansatzes sind

die Beiträge durchweg der historischen Demographie und Epidemiologie verpflichtet, insofern ist der Band sehr tabellen- und grafikorientiert. Dennoch gelingt es den Herausgebern, durch eine gut strukturierte Einleitung und eine außergewöhnlich gut synthetisierende Zusammenfassung die Forschungen klar, plausibel und spannend zu präsentieren. Da die Ergebnisse in den Einzelbeiträgen sehr komplex sind, werden sie auch im Folgenden nicht einzeln, sondern komprimiert wiedergegeben. Die Befunde sind für viele Forschungsbereiche spannend, vor allem für die Geschlechtergeschichte, historische Arbeitsforschung und die neuere Militärgeschichte.

Es lassen sich tatsächlich in geringem Maße biologische Grundlagen unterschiedlicher Lebenserwartung auch in langfristiger Perspektive finden. Im gesamten 19. Jh. gab es zudem eine wachsende Kluft zwischen den Geschlechtern im Hinblick auf die Lebenserwartung. Die sich im letzten Drittel verbessernden Hygiene- und Umweltbedingungen hatten auf die Frauen einen besonders positiven Effekt. Während männliche Säuglinge von niedriger Säuglingssterblichkeit profitierten, wirkte sich auf Frauen vor allem der Rückgang der Infektionskrankheiten aus. Große Wirkung hatte auch die Bekämpfung des Kindbettfiebers. Die Belastungen der industriellen Erwerbsarbeit trafen die Männer mehr, so gab es in Deutschland um 1900 eine Differenz in der geschlechtsspezifischen Lebenserwartung von dreieinhalb Jahren. In den meisten Nationen stagnierte der „Gender Gap“ in den Zwischenkriegsjahren, nachdem es im Krieg kurzfristig zu hoher männlicher Übersterblichkeit gekommen war. Mittelfristig hatte dies aber verhältnismäßig geringe Auswirkungen. Deutlicher zeigte sich der „Gender Gap“ in der Lebenserwartung in Europa erst nach den beiden Weltkriegen, wobei diese Entwicklung vor allem zwischen 1950 und 1980 eine besonders starke Dynamik entfaltete. 2000 schließlich lag die unterschiedliche Lebenserwartung in Europa bei knapp sechs Jahren, fast doppelt so hoch wie 1900.

Warum verstärkte sich der Trend nach 1950? Das lässt sich durch die Faktoren Nikotinkonsum, Verkehrsunfälle und (in geringerem Maße als vor 1930) Alkohol erklären. Alle diese Risiken betrafen Männer weit stärker. Interessant sind dabei Zwischenbefunde. Während das Hausfraundasein sich vor 1914 auf Frauen protektiv auswirkte, sah es nach 1950 anders aus. Nun hatten Hausfrauen eine niedrigere Lebenserwartung als erwerbstätige Frauen. Bei Männern dagegen wirkte sich vor allem die Ehe positiv aus. Verheiratete Männer waren gesünder, wobei eindeutige Schlüsse schwer zu ziehen sind, möglicherweise fanden gesündere Männer auch schneller eine Partnerin. Bleibt die Frage zu klären, welche Unterschiede sich im europäischen Vergleich zeigten. Am ausgeprägtesten präsentierte sich der Unterschied in der Lebenserwartung auf dem jeweiligen Höhepunkt in Frankreich (1978: 8,75 Jahre) und Österreich (1982: 7,22 Jahre), am niedrigsten in Irland (1981: 5,72 Jahre). Bis 2013 war der „Gender Gap“ schließlich in den meisten Staaten um etwa ein Drittel zurückgegangen. Dieses aktuelle Schrumpfen des Unterschieds in der Lebenserwartung wird von den Autoren vor allem auf den Rückgang der Verkehrsunfälle und auf die relativ erhöhte Zahl rauchender Frauen zurückgeführt.

Ein gelungener Sammelband, der eine vorläufige Bilanz zu einer aktuellen Diskussion bietet, eher ein Arbeitsbuch mit validen Befunden als ein genussvoller Schmöker; der Band kann mit den reflektierten Ergebnissen zu weiteren Fragen und Forschungen anregen.

SILKE FEHLEMANN
Düsseldorf

VSWG 105, 2018/1, 124–125

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.)

Sozialgeschichte des Todes

(Archiv für Sozialgeschichte 55). Dietz Nachf., Bonn 2016, 526 S. (12 Abb., 2 Tab.), 68,00 €.

Im Rahmen von zwölf Beiträgen versucht der Sammelband seiner Vorgabe, eine „Sozialgeschichte des Todes“ zu erzählen, treu zu bleiben und betrachtet dabei vornehmlich das 19. und 20. Jh. Dazu gehören der generationen-, geschlechter-, schicht- und klassenspezifische Umgang mit Tod und Sterben, toten Körpern, Trauer und Erinnerung ebenso wie gesellschaftlich relevante Themen der Zeitgeschichte, die sich mit der Epoche des Nationalsozialismus (NS) und der Vergangenheitsbewältigung in der Nachkriegszeit beschäftigen. Hierbei werden auch der massenhafte Tod und dessen Bewältigungsversuche in jenem Zeitalter der Weltkriege beleuchtet. Die nationale Perspektive wird lediglich bei zwei Beiträgen aufgebrochen: mit einem Aufsatz zur bürgerlichen Trauerkultur in Italien (M. Buchner) und mit punktuellen Vergleichen zwischen deutscher und polnischer familiärer Erinnerungsgeschichte (L. Seegers).

Eine sehr lesenswerte Überblicksdarstellung leitet den Band ein, in der die Perspektiven mehrerer wissenschaftlicher Disziplinen zum Rahmenthema zusammenlaufen (U. Planert / D. Süß) und die einen Bogen von der europäischen Antike bis in die Moderne spannt. Der Eröffnungsbeitrag nimmt das Gesamtfazit vorweg: „Eine Sozialgeschichte des Todes macht jedenfalls deutlich, dass im Angesicht des Todes nie alle Menschen gleich waren und sich soziale Lage und klassenspezifische Erfahrungen auch in den posthumen Distinktionen der Gedenkkulturen widerspiegeln. Eine solche Perspektive schärft den Blick für Formen sozialer Ungleichheit und Prozesse der Ökonomisierung und Politisierung des Todes in kapitalistischen Gesellschaften – und sie macht deutlich, wie sehr der Tod doch immer auch Teil des Lebens bleibt“ (S. 18).

Der Band greift dabei von der Forschung vernachlässigte Bereiche auf: beispielsweise in einer Lokalstudie zu bürgerlichen Stiftungen (H. Türk), Seuchenerfahrungen und Todesvorstellungen in autobiografischen Texten von Arbeiter/innen (N. Aselmeyer), Erinnerungsforschung von NS-Lagerfriedhöfen (A. K. Düben) und zur Häftlingsgesellschaft im NS-Lagersystem (M. Becker / D. Bock).

Auch gesundheitshistorische Aspekte finden Beachtung. Stefan Weinert liest die Gesundheitsaufklärung des 20. Jh.s als Konsequenz einer Entwicklung, die den Tod rationalisierte und ihn zum Bestandteil einer nunmehr säkularen Welt machte – eine Entwicklung, die ihren radikalsten Ausdruck im „Dritten Reich“ fand. Dort stehen sich dann diametral zwei Blickrichtungen gegenüber: Nina Janz einerseits beschreibt den Anspruch von Staat, Partei und Militär auf die Deutungshoheit über die Wehrmachtsgesetzten und damit die Beherrschung des Todes durch das NS-Regime. Demgegenüber nehmen sich Michael Becker und Dennis Bock des millionenfachen Mordes in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern samt Auslöschung einer Erinnerungskultur an die Ermordeten an und rücken die „Muselmänner“ aus sozialhistorischer Perspektive in den Blick. Das Erbe des Massentodes spielt auch in den Aufsatz von Ann Katrin Düben hinein, der die Friedhöfe der Emslandlager innerhalb der bundesrepublikanischen Erinnerungslandschaft betrachtet und wichtige Erkenntnisse für die diskursive Aushandlung der NS-Vergangenheit liefert. Hier werden

die Opfer betrachtet, dort die Täter wie in Lu Seegers Beitrag, bei dem es um die retrospektive Deutung des toten Vaters im Familiengedächtnis geht. Die familiäre Erinnerung wurde entpolitisiert und in den jeweils gesellschaftlich akzeptierten, schicht- und länderspezifischen Wertekanon eingebettet, um kommunizierbar zu sein. Die Zeit der deutsch-deutschen Teilung findet ebenfalls Beachtung. In einem erinnerungskulturellen Beitrag gedenkt René Schlott der 138 sogenannten Mauertoten – für ihn eine Geschichte des Todes in Extremsituationen.

Eine der Grundfragen einer Sozialgeschichte des Todes ist diejenige nach dessen vermeintlicher oder tatsächlicher Tabuisierung, welche die Forschung über viele Jahrzehnte beschäftigte. Der letzte Beitrag von Florian Greiner ermittelt dem entgegengesetzt seit dem letzten Drittel des 20. Jh.s in den westlichen Gesellschaften eine zunehmende Medialisierung und Popularisierung des Wissens über den Tod. Daraus wiederum entstanden eine Veralltäglichsung des Todes – wie es sie im Kontext der Weltkriege bereits gab – sowie der Versuch, ihn beherrschbar zu machen. Doch letztlich muss auch der moderne Mensch vor dem Tod kapitulieren.

STEPHANIE KAISER

Aachen

VSWG 105, 2018/1, 125–126

Nadine Garling / Diana Schweitzer (Hg.)

„... so blickt der Krieg in allen Enden hindurch“. Die Hansestadt Lübeck im Kriegsalltag 1914–1918

(Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck Reihe B 54). Schmidt-Römhild, Lübeck 2016, 272 S. (zahlr. Abb.), 19,90 €.

Ausgehend vom Jahrhundertgedenken zum Kriegsausbruch 1914 ist es nicht überraschend, dass das Thema Erster Weltkrieg vor und nach 2014 erneut Fahrt aufgenommen hat. So sind zur Kriegsursachenforschung, medial intensiv begleitet, anregende und wegweisende Arbeiten wie von Clark und Münkler erschienen. Aber auch auf der Ebene der Regional- und Lokalgeschichte hat sich einiges getan, denn hier bestand und besteht noch Forschungsbedarf. Aufgrund der verheerenden Bombardements im deutschen Hinterland und der spezifischen Auswirkungen des Nationalsozialismus auf den Kriegsalltag hatte sich das Interesse der historischen Wissenschaft sowie der populären Literatur, was die „Heimatfront“ angeht, bislang vor allem auf den Zweiten Weltkrieg konzentriert. Inzwischen sind aber zur Alltagsgeschichte des Ersten Weltkriegs regionale Studien erschienen, beispielsweise in Lübecks hanseatischer Schwesterstadt Bremen (Bremen und der Erste Weltkrieg. Kriegsalltag in der Hansestadt. Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 2012/13, Bremen 2014). Die schon seit längerem vollzogene Hinwendung der historischen Forschung zur Alltagsgeschichte hat diese Fragestellungen sicherlich erleichtert, auch wenn bereits in der Zwischenkriegszeit der Wismarer Historiker und Stadtarchivar Friedrich Techen in seiner Stadtmonographie (Gesichte der Seestadt Wismar, Wismar 1929) überaus aufschlussreiche, von ihm gesammelte Belege zum Alltag in der Lübeck benachbarten Hansestadt während des Ersten Weltkriegs präsentiert hat.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Im vorliegenden Buch werden die Ergebnisse einer im Oktober 2014 in Lübeck abgehaltenen Tagung in 13 Beiträgen von elf Autoren präsentiert. Dabei geht es zum einen um gängige, auch andernorts wichtige Themen wie den August 1914 (S. 17–26), die sich immer weiter verschlechternde Ernährungslage (S. 27–44), Kriegsgefangene (S. 67–88) und die Rolle der Kirchen und der jüdischen Religionsgemeinschaft (S. 105–150). Einen speziellen Lübecker wie militärgeschichtlichen Bezug findet man zum andern in der Geschichte des örtlichen, an der Westfront eingesetzten preußischen Infanterieregiments 162 „Lübeck“ (S. 89–104), ebenso bei drei Aufsätzen zu Aspekten der Kriegspropaganda bzw. der Auseinandersetzung mit dem Krieg. Hier geht es um die Inanspruchnahme des bei Kriegsausbruch längst verstorbenen nationalistischen Dichters Emanuel Geibel (1815–1884, S. 169–188), die Kunstpflege während des Weltkriegs (S. 151–168) und – ein literaturgeschichtliches Großthema – um die einschlägigen Auseinandersetzungen der Brüder Thomas und Heinrich Mann (S. 189–202), die freilich damals schon ihrer als engräumig empfundenen Geburtsstadt den Rücken gekehrt hatten. Ein für die VSWG besonders zu würdigender Aufsatz von Christian Rathmer befasst sich mit der Lübecker Wirtschaft im Ersten Weltkrieg (S. 45–66): das Hochofenwerk in Herrenwyk, die örtliche Schiffbauindustrie und das auf Tauchgerät, Atemschutztechnik und damit kriegsbedingt auf Gasmasken spezialisierte Drägerwerk; der 1916 mit einem Freispruch beendete Landesverratsprozess gegen den Inhaber des Eisen-, Erz- und Stahlhandelshauses L. Possehl & Co., Emil Possehl (1850–1919), setzt einen besonderen Akzent. Dabei ging es um Lieferungen einer schwedischen Tochterfirma Possehls an die japanische Marine. Als tragische Ironie des Schicksals ist anzumerken, dass der in seiner Heimatstadt hochgeachtete Senator, Unternehmer und Mäzen selbst dem alldeutschen Lager nahestand.

Zwei Aufsätze thematisieren das Gedenken 2014 in Lübeck (S. 203–210), ein filmkritischer Schlussbeitrag (S. 219–263) verfolgt allgemeine, keine speziell lübeckischen Fragestellungen. Insgesamt ist eine kompakte Darstellung entstanden, die neben Untersuchungen über andere Städte und Regionen einen aufschlussreichen Beitrag zum komplexen historiographischen Mosaik der Kriegsalltagsgeschichte Deutschlands 1914–1918 bietet.

CHRISTIAN OSTERSEHLTE

Bremen

VSWG 105, 2018/1, 126–128

Dominik Geppert / Norbert Schloßmacher (Hg.)

Der Erste Weltkrieg in Bonn. Die Heimatfront 1914–1918

(Veröffentlichungen des Stadtarchivs 72). Stadt Bonn, Bonn 2016, 504 S., 25,00 €.

Die „Hundert Jahre Erster Weltkrieg“ haben vor allem im Bereich der Regional- und Ortsgeschichte viel Neues gebracht. Hunderte von lokalen Ausstellungen und Publikationen wurden realisiert, zum guten Teil betreut vom Landschaftsverband Rheinland unter Leitung von Thomas Schleper (Bonn). Eine der interessantesten Veröffentlichungen, weil immens vielseitig und perspektivisch, ist die vorliegende. Perspektivisch deshalb, weil es hier wie selten einmal gelingt, in der Ortsge-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

schichte die wichtigsten Züge der allgemeinen Geschichte im Wortsinn zu „lokalisieren“⁴¹. Zu dieser Intensität und großen Spannweite des Werks trägt sicher bei, dass sich mit Geppert und Schloßmacher ein Allgemein-Historiker und ein Spezialist für Bonner Lokalgeschichte zusammengefunden haben. Der ca. 500 Seiten starke Band mit vielen auch farbigen Abbildungen auf Kunstdruckpapier vereint 18 Beiträge, auf deren Bandbreite hier nur hingewiesen werden kann. Selbstverständlich geht es in einem Gutteil der Aufsätze um das tägliche Leben „vor Ort“, etwa um Frauenarbeit (Katja Georg), Ernährungssituation (Stephen Schröder) und medizinische Versorgung (Ralf Forsbach). Auch die Kinder und die schulische Situation werden gebührend berücksichtigt (Martin Krieger).

Der lokalgeschichtliche Horizont wird entschieden erweitert durch die Reflexion von Geppert und Thomas Becker über die Haltung der Professoren bzw. der Studierenden der Universität Bonn, die ja eine der renommiertesten deutschen Universitäten war. Geppert zeigt nachdrücklich, wie die Bonner Professoren sich politisch engagierten – der berühmte „Kunstschutz“-Experte, der mit dafür sorgte, dass Kunstschätze aus den Frontgebieten nach Deutschland verbracht wurden, gehörte zu ihnen. Auch die Bonner Professoren spalteten sich in Anhänger eines Verständigungs- und Befürworter eines Siegfriedens. Im Unterschied zu anderen Universitäten gab es aber kaum offene Konflikte. Allerdings, so der lakonische Kommentar, „waren die Scharfmacher in Bonn stark vertreten“ – eine ganze Reihe von ihnen verfasste sogar einen Aufruf gegen die Friedensresolution des Reichstags von Juli 1917.

Spannend sind die Aufzeichnungen einer Bonner Bürgerin, Adele Röhl, aus den Tagen der Mobilmachung, die Schloßmacher aufgefunden hat und kommentiert. Hier kann man sehr genau die Stimmungen nachvollziehen, die die Menschen in den kritischen Stunden des Juli 1914 beherrschten. Wie auch an vielen anderen Orten herrschte enormer Jubel, dass „Österreich nun wirklich [gegen Serbien] losschlägt“. Jubel auch deshalb, weil man „glaubt [...] daß der Krieg lokalisiert wird, da die übrigen Mächte es so sehr wünschen“. Jubel überall, aber als am 1. August der Landsturm einberufen wurde, herrschte große Betroffenheit. Und als dann die Bonner Husaren ausmarschierten, zog sich trotz des Jubels „das Herz zusammen vor Wehmut und manche Träne rollte hernieder“. Das war so wie überall, aber mit lokaler und persönlicher Variante – und ist deshalb „paradigmatische“ Erzählung des „August 1914“. Weniger erwartbar, aber ungemein interessant ist die Geschichte, wie sich im Herbst 1914 eine Gruppe von Bonner Bürgern aufmachte, um dem lokalen Regiment – den „160ern“ – „Liebesgaben“ an die Front zu bringen.

Wie sehr die Orts- mit der allgemeinen Geschichte verwoben ist, macht auch der Beitrag von Horst-Pierre Bothien über ebendieses Infanterie-Regiment 160 in den Tagen des Einmarsches in Belgien klar. Denn die „160er“ waren zutiefst in die Gräueltaten verwickelt, die die deutschen Soldaten in jenen Augusttagen in Belgien begingen, im Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche „Freischärler“. Eine ungeheuer brutale Abrechnung, die ca. 6.550 Belgier, auch Frauen und Kindern, das Leben kostete und nicht zuletzt den Brand der Bibliothek von Löwen/Louvain mit sich brachte. In diesem Getümmel waren die Bonner Soldaten mittendrin. Es gehört zu den Stärken heutiger Lokalgeschichte des Weltkriegs, dass man sich nicht mit der Kirchturmpolitik allein beschäftigt, sondern auch solche Auswüchse einbezieht. Die verschiedenen Darstellungen in diesem Buch über die Bonner Soldaten an der Westfront helfen zum Verstehen der Kriegsmaschinerie zu Beginn, aber auch im weiteren Verlauf des Krieges, wie die auch von Bothien hier edierten Tagebücher eines einfachen Soldaten aus den Jahren 1915/16 zeigen.

Dittmar Dahmann, der bekannte Experte für Osteuropäische Geschichte, hat versucht, Nähe-

res über die Situation der russischen Kriegsgefangenen im Wahner Lager herauszufinden. Mit sehr interessanten Ergebnissen – im expliziten Vergleich mit dem, was man über die im Allgemeinen unmenschliche Behandlung der russischen Kriegsgefangenen weiß. Dahlmann kann nachweisen, dass es in Bonn irgendwie anders zugeht, freier und humaner. Zunächst wurden die Russen gar nicht zur Arbeit gezwungen und dann offensichtlich auch nicht sonderlich ausgebeutet. Fast nostalgisch möchte man werden, wenn man hier liest, dass immer wieder Rundschreiben versandt wurden, in denen die Leiter der einzelnen – zu den Betrieben gehörenden – „Filialen“ des Wahner Lagers darauf hingewiesen wurden „dass die vorgeschriebenen Portionsgrößen für Fleisch, Wurst oder Brot nicht überschritten“ werden dürften. Auch waren die russischen Kriegsgefangenen zum Entsetzen einiger Bürger „häufig alleine in der Stadt unterwegs“, die Beaufsichtigung war wohl rheinisch-lax. Es wäre weiterer vergleichender Lokalforschung wert, ob diese Bonner Gemütlichkeit fern jedes „totalen Krieges“ nichts war als eine Insel der Humanität im zunehmend totalen Krieg.

Es fehlt hier der Raum für eine detailliertere Schilderung der Ergebnisse dieses rundum bemerkenswerten Bandes, einem Paradebeispiel moderner Ortsgeschichte des Ersten Weltkrieges, wo wirklich im Einzelnen das Allgemeine konkret wird.

- 1 Vgl. auch den Forschungsbericht von Roger Chickering, dessen „Freiburg im Ersten Weltkrieg“ (2009) nach wie vor das Muster einer modernen Lokalstudie ist: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Betrachtungen zur Historiografie des Gedenkjahres, in: Archiv für Sozialgeschichte 55 (2015), S. 395–444, zur Lokalgeschichte: ebd. S. 427 ff.

GERD KRUMEICH

Freiburg

VSWG 105, 2018/1, 128–129

Kirsten Gerland

Politische Jugend im Umbruch von 1988/89. Generationelle Dynamik in der DDR und der Volksrepublik Polen

(Göttinger Studien zur Generationsforschung 22). Wallstein, Göttingen 2016, 432 S., 39,90 €.

In den 1980er Jahren brachten oppositionelle Bewegungen in ganz Osteuropa das kommunistische Herrschaftssystem ins Wanken. Offensiver Ausgangspunkt war die Solidarność-Bewegung in Polen; den entscheidenden Endpunkt setzte aber die lange Zeit eher defensive Opposition in der DDR. In beiden Ländern spielten dabei Jugendliche eine unterschiedliche Rolle. Gerland befasst sich in ihrer vergleichenden Analyse (einer leicht überarbeiteten Fassung ihrer Doktorarbeit von 2013) „mit dem Charakter und den politischen Zielen Jugendaktivismus“ und mit den Fragen, „ob es in beiden Ländern zu einer vergleichbaren Generationsbildung“ kam bzw. „wodurch die Unterschiede in der Entstehung einer Generationsrede zu erklären sind“ (S. 8). Das Ergebnis ist angesichts des zahlenmäßig wie nach Dauer unterschiedlichen Engagements Jugendlicher in der Opposition beider Länder nicht verwunderlich: „Während die jungen Polen mit der Geschichte des

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Widerstands verknüpft werden [...], besitzt die politische Jugend“ der DDR „keine vergleichbare öffentliche Thematisierung und Wahrnehmung. Ihre Geschichte ist [...] nach der Wiedervereinigung untergegangen“ (S. 380). Das ist durchaus richtig, und doch stimmt Gerlands Analyse bereits vom Ansatz her nicht. Denn während sie für Polen die zahlreichen unabhängigen Jugendgruppen, die seit den frühen 1980er Jahren dort entstanden, in den Blick nimmt, deren Selbstverständnis bis zur Nationalromantik des polnischen Freiheitskampfes zurückreichte (S. 235 ff.), bezieht sie sich für die DDR allein auf jenes kurzlebige Spektrum politischer Gruppierungen, die von Oktober 1989 bis März 1990 „als unabhängige Jugendvereinigungen der Bürgerbewegungen“, wie des Demokratischen Aufbruchs oder der unabhängigen Umweltbewegung, agierten bzw. als Junge Sozialdemokraten, Jungliberale etc. an „frühere Formen der Jugendarbeit der politischen Parteien“ anknüpften (S. 85 ff.). Dabei übersieht sie nicht nur, dass die im Herbst 1989 tonangebenden Bürgerbewegungen – das Neue Forum, Demokratie Jetzt und die Initiative Frieden und Menschenrechte – über keine eigenen Jugendvereinigungen verfügten, sondern auch, dass es den Jugendlichen in ihren Reihen überhaupt nicht darum ging, eine „neue Jugendbewegung [...] als Gegenpart zur Einheitsjugendorganisation der FDJ“ (S. 383) aufzubauen. Ihr Ansatz war fundamentaler, ging es ihnen doch um eine Reformierung der DDR insgesamt! Schon viele Jahre in jugenddominierten Basisgruppen zu Friedens-, Menschenrechts- oder Umweltfragen engagiert, eroberten sie mit wohlkalkulierten politischen (Protest-)Aktionen immer mehr den öffentlichen Raum; wie es Peter Wensierski gerade in seinem Buch „Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution“ (dva, 2017) anhand einer Gruppe junger Leipziger lebendig nacherzählt hat. All das mündete in die Friedliche Revolution, die in Leipzig und ihrer jugendlichen Opposition einen wesentlichen Ausgangspunkt hatte. Erstaunlich ist: Wensierski nutzte für seine Recherchen annähernd dieselben Archive und Quellen wie Gerland; allerdings sprach er mit 40 Personen, die damals zwischen 17 und 25 Jahren alt und in der Leipziger Bürgerbewegung politisch aktiv waren. Gerland dagegen führte lediglich neun „teilnarrative Zeitzeugeninterviews“ mit Mitgliedern von vier parteinahen Jugendgruppierungen – von der Marxistischen Jugendvereinigung bis zum Demokratischen Aufbruch. „Als Vergleichsgruppe“ (!) diente ihr „ein Interview mit einem Zeitzeugen aus dem Leipziger gegenkulturellen Milieu sowie einem Ausreisenden“ (S. 32); in Polen interviewte sie sogar nur sechs Akteure.

Unpolitisch waren ostdeutsche Jugendliche 1988/89 also nicht. Schon gar nicht, wenn man die zehntausenden Jugendliche hinzurechnet, die via Budapest und Prag die DDR verließen. Nur als eigene politische Generation, da ist Gerland recht zu geben, verstanden sie sich nicht: „In der DDR zeichnete sich zwar das Selbstbild einer ‚Jugend des Aufbruchs‘ ab, aber ihre Akteure diskutierten kaum über vermeintliche generationelle Erfahrungen“ (S. 385). Dafür waren ihre Interessenlagen zu heterogen, um sich zu einer „neuen Protestgeneration“ wie in Polen (S. 287 f.) zu formen.

BERND LINDNER

Leipzig



VSWG 105, 2018/1, 130–131

Klaus Goebel (Hg.)

Dieß schreibt Dir aus liebendem Herzen. Briefe von Sabine Diesterweg und ihrer Familie

Wallstein, Göttingen 2016, 355 S. (31 Abb.), 19,90 €.

Christian Kämpf (Hg.)

Wilhelm Christian Müller. Beiträge zur Musik- und Kulturgeschichte Bremens um 1800

Carl Schünemann, Bremen 2016, 272 S., 29,90 €.

Der Bedeutung von Emotionen und – damit eng verbunden – der Musik in der Geschichte nachzuspüren ist zwar nicht ganz neu, wurde aber in den letzten Jahren mit neuer Intensität und Akzentuierung betrieben. Es Ernst zu nehmen, dass Menschen in der Vergangenheit nicht nur dachten und handelten, sondern auch wahrnahmen und fühlten, hat sich als fruchtbares Forschungsfeld mit viel Potential erwiesen.

In Zeiten wie diesen sind Briefe als eine heute von konkurrierenden Kommunikationsvarianten zunehmend ins Abseits gedrängte Kulturform umso wertvoller. Die Briefe von Sabine Diesterweg, die Klaus Goebel jetzt sorgsam editiert, behutsam mit weiterführenden Anmerkungen versehen und mit Bildern der in den Briefen genannten Personen bestückt hat, spiegeln ein bürgerliches Familienleben um die Mitte des 19. Jh.s aus der Warte der Familienmutter Sabine Diesterweg, die damals, gut 50jährig, nur noch einen Nachkömmling im eigenen Hause hat und brieflich Kontakt mit den verheirateten Kindern in Nah und Fern hält – vor allem mit Tochter Julie. Natürlich spielt die 1848er Revolution eine Rolle, doch – sicherlich nicht untypisch für ihre Kreise – schaut sie eher von Weitem zu: weder auf der Seite der „Reaction“ noch der „Pöbelherrschaft“ und ohne „Pflastersteine zu schmeißen“. Ansonsten sind es vor allem Kinderkrankheiten, eigene Befindlichkeiten und Familienfeste, an erster Stelle die Geburtstage des als „Diesterweg“ benannten Gatten, die zwar immer mit viel Publikumsaufmerksamkeit und reicher Gästeschar ablaufen, der Gattin des Reformpädagogen trotz der Bedeutung des Familienoberhaupts aber zu wenig gerecht werden. Inhaltlich überraschen die Briefe insoweit wenig, viele ähnliche liegen uns mittlerweile aus der Zeit vor und erlauben Inneneinsichten in die bürgerliche Familienwelt. Erfrischend ist der Stil der vom Herausgeber ausgewählten, zur Gänze abgedruckten Episteln, die, wie Goebel es auf den Punkt bringt, so erzählen, „als stünde ihre Tochter vor ihr und sähe sie an“ (S. 8). Dieser Schreibgestus macht deutlich, dass es in Zeiten zunehmender Neolokalität der nachwachsenden Generation die Familienbriefe waren, die weiterhin Nähe schufen und Zusammenhalt gewährten. Ob dies gelang, hing entscheidend von dem Engagement der Frauen des Hauses ab, die als Brückenbauerinnen zwischen der zerstreuten Familie fungierten.

Ein Brückenbauer besonderer Art war auch Wilhelm Christian Müller, der durch seine Aktivitäten das vordem wohl brachliegende Musikleben in Bremen um 1800 zum Blühen brachte. Von den Zeitgenossen schon früh in seiner Bedeutung erkannt und geehrt, ist er heute zumindest Nicht-Experten unbekannt. Sein vielfältiges und nachhaltiges Engagement mit einem interdisziplinären Zugang zu würdigen, wie es der von Kämpf herausgegebene Aufsatzband zum Ziel hat, ist

konsequent. Müller tritt darin als Domkantor, Pädagoge, Sammler, politischer Freiheitsdichter, als Theologe, Italien-Reisender, Kulturwahrer und Freund in Erscheinung: mit diesen Begabungen ein Paradebürger seiner Zeit, gleichsam ein Sattelzeitgenosse und „Allroundtalent“ mit großer Ausstrahlung, der vor dem Hintergrund großer Konkurrenz Hamburgs und Lübecks seiner Heimatstadt Bremen, eher für den Handel als für die Kultur bekannt, zu neuen Akzenten verhalf – Beispiel: Gründung der Singakademie. Verdienst des Sammelbandes und der durchgängig aufschlussreichen und gut lesbaren Aufsätze ist es, den Einfluss von Zeitgenossen um 1800 zu zeigen, die, überzeugt von ihrer Sache viel in Bewegung setzten. Dass dies aus der Position eines Domkantors gelang, verweist auf die zentrale Rolle der Kirche zu der Zeit, dass seine Tochter Elise Komponistin werden konnte, auf eine auch innerfamiliär aufgeschlossene Persönlichkeit.

Beide Neuerscheinungen, die sich im weiteren Sinn um eine Biographie ranken und Einblicke in Kultur- und Innenleben des Bürgertums des frühen 19. Jh.s geben, zeigen eindrucksvoll, dass auch die mittlerweile breit aufgestellte Bürgertumsforschung durch immer wieder neue Facetten und Akzentuierungen bereichert werden kann. Wenig thematisiert wird in beiden Büchern die internationale Einbettung, die bei einem über die Grenzen renommierten Pädagogen wie Diesterweg und einem reisefreudigen Musiker wie Müller durchaus nahe gelegen hätte.

GUNILLA BUDDE
Oldenburg

VSWG 105, 2018/1, 131–132

Martina G. Herrmann

Sophie Isler verlobt sich. Aus dem Leben der jüdisch-deutschen Minderheit im 19. Jahrhundert

Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2016, 375 S., 39,90 €.

Die Verfasserin verfolgt den Akkulturationsprozess der Juden in die deutsche Bürgergesellschaft am Beispiel dreier Generationen der Familien Isler und Magnus, die zur jüdischen Oberschicht zählten. Als Quellen dienen Briefe und Lebenserinnerungen, die von den Nachkommen gerettet wurden. Den Ausgangspunkt bilden die Brautbriefe Sophie Islers an ihren späteren Mann Otto Magnus aus dem Jahr 1867. Die Verfasserin bezeichnet sich als „Chronistin“, doch ist das eher ein Understatement, denn es gelingt ihr, eine einfühlsame Interpretation der Familiengeschichte aus einem Zeitraum von über hundert Jahren, eingebettet in die allgemeine Geschichte, zu bieten. Die Quellenzitate, die sie in ihre Abhandlung einfügt, sind im fortlaufenden Text in roten Buchstaben gehalten. Im Anhang folgen Kurzbiographien der wichtigsten Persönlichkeiten sowie ein Stammbaum der Familien. Leider fehlt ein Gesamtregister.

Im Zentrum des Akkulturationsprozesses steht in der Darstellung die Mutter der Braut: Emma Isler (1816–1886), eine beeindruckende Persönlichkeit, deren Emanzipationsbestrebungen nicht nur für jüdische Frauen, sondern generell für die Frauengeneration in der ersten Hälfte des 19. Jh.s vorbildlich sind. Emma setzte sich für die Gleichstellung von Mann und Frau sowie für deren intel-

lektuelle und berufliche Unabhängigkeit ein. Kein Wunder, dass die Tochter Sophie neben ihr etwas bloss wirkt und es Jahre dauerte, bis sie sich in ihrer Ehe von dem Einfluss dieser „Übermutter“ befreite. Auch hat die Tochter nie eine berufliche Unabhängigkeit angestrebt.

Die Familie Isler ist ein sehr frühes Beispiel für das jüdische Bildungsbürgertum und dessen Akkulturationsbestrebungen. Die Großelterngeneration öffnete sich im Aufklärungszeitalter der deutschen Sprache und Allgemeinbildung, blieb aber wie ihr Zeitgenosse Moses Mendelssohn dem Judentum gläubig verbunden. Die Elterngeneration Emma und Meyer Isler fühlte sich in die deutsche Allgemeinkultur voll integriert, ohne sich vom Judentum zu trennen, das sie allerdings nur als Reformjudentum akzeptierte. Befreundet waren sie mit dem Hamburger Emanzipationspolitiker und späteren Vizepräsidenten der Paulskirche Gabriel Riesser, dessen Emanzipationspolitik sie als richtig anerkannten und unterstützten. Die Juden sollten – so im Vormärz – nicht um die Emanzipation, das heißt um die bürgerliche Gleichstellung, betteln, sondern sie als Recht einfordern. Meyer Isler, der Leiter der Hamburger Stadtbibliothek war, publizierte nach Riessers Tod (1863) dessen Briefe und Werke. Sophie las damals die Korrekturfahnen und schlug ihrem Bräutigam als spätere gemeinsame Lektüre diese sicher engagierten, aber doch trockenen Ausführungen vor. Auch die Kindergeneration, Sophie und Otto, fühlte sich als Juden, vertrat aber eine recht freisinnige Religionsauffassung. Von ihren Kindern, Rudolf und Helene, konvertierte Rudolf, während Helene dem Judentum treu blieb und den bekannten jüdischen Maler Ephraim Lilien (1874–1925) heiratete. Sie musste unter der NS-Herrschaft ins Exil gehen.

In ihren politischen Ansichten hatten sich die beiden Familien Isler und Magnus der bürgerlichen Klasse angepasst. Das zeigt sich besonders in ihrer Einstellung gegenüber der aufkommenden Arbeiterbewegung. Otto denunzierte 1867 bei einem Kurator der jüdischen Wolfenbütteler Samsenschule den jüdischen Lehrer Samuel Spier, der in Wolfenbüttel als Bevollmächtigter den Lassalleschen ADAV vertrat und sich später Bebel anschloss. Emma Isler tadelte dieses Verhalten. Doch bald darauf (1873) sprachen sich beide Familien gegen einen Streik in Braunschweig aus. Als Ideal galt ihnen ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Die Ablehnung der Arbeiterbewegung führte zu der paradoxen Situation, dass sich Emma 1884 bei einer Stichwahl für den Antisemiten Stöcker und gegen den „Reichsfeind“ aus der SPD aussprach. Betrachtet man diese Entscheidung unter dem Blickwinkel der Jahre 1933 ff., so kann man sie fast als pervers bezeichnen. Die Islers traten wie ihr großes Vorbild Gabriel Riesser für einen nüchternen Patriotismus ein, sahen in Schiller den großen deutschen Dichter für Freiheit und Einheit, gaben sich aber nach 1870 dem Hurra-Patriotismus nicht hin. Als Juden schienen ihnen Zurückhaltung und Schicklichkeit angebracht. Die Brautbriefe bieten den besten Beweis dafür. Wie zahlreiche andere Juden zählen auch diese beiden Familien zu den Schrittmachern der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland. Wenn dort auch anerkannt, so verweigerte dennoch der Braunschweiger Fürst dem Rechtsanwalt Otto Magnus die Zulassung zum Notariat. Allerdings wurde er Justizrat.

Wer sich mit der Akkulturation der Juden ins deutsche Bürgertum befasst, dem bietet die vorliegende Darstellung eine gelungene Analyse.

ARNO HERZIG
Hamburg



VSWG 105, 2018/1, 133–134

David Jünger

Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933–1938
(Schriften des Simon-Dubnow-Instituts 24). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen
2016, 440 S., 70,00 €.

Die Emigration der deutschen Juden bis 1938 begreift der Vf. in dieser Studie, der seine 2013 an der Universität Leipzig angenommene Doktorarbeit zugrunde liegt, nicht als Flucht, sondern als Entscheidung für Auswanderung bzw. Bleiben. Sehr richtig plädiert er dafür, die Entscheidungsprozesse nicht vom Ende der nationalsozialistischen Judenpolitik, dem Holocaust, sondern in ihrer Zeit in den Blick zu nehmen, als der Ausgang noch offen erschien, was bis 1938 der Fall war.

Sprachlich gewandt und mit großer Sachkenntnis nähert er sich seinem Thema auf vier Ebenen, die er zunächst analytisch trennt, um sie dann als Einheit zu betrachten: Er verfolgt die öffentlichen jüdischen Debatten zur Emigration, fragt, welche internen Diskussionen die jüdischen Organisationen führten und wie sie die Emigration in ihrer Arbeit verorteten, welche Pläne jüdische politische Akteure entwickelten und schließlich, nach welchen Kriterien sich die individuelle Lebensplanung der Einzelnen vollzog. Mit diesem Vorgehen gelingt ihm ein differenzierter neuer Blick auf die Diskussions- und Entscheidungsprozesse.

Diese nimmt er in drei Hauptkapiteln chronologisch in den Blick, für die Jahre 1933/34 als „Weimarer Verlängerungen“. Die jüdischen Organisationen riefen in der Debatte ungeachtet ihrer jeweiligen Richtung zum Bleiben auf: zum Kampf für Gleichberechtigung und Emanzipation (Liberales), zur Stärkung jüdischen Selbstbewusstseins (Zionisten) bzw. zur Rückbesinnung auf den Glauben (Orthodoxe). Im Laufe des Jahres 1934 rückte die Emigration auf der Prioritätenliste weiter nach vorn, war aber immer noch eher zur Entlastung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland gedacht. Aus der historischen jüdischen Erfahrung boten sich den Organisationen Lösungsstrategien wie materielle Hilfestellung, diplomatischer Druck und eine Wohlfahrts- wie Emigrationspolitik an (S. 323). Dafür suchten die politischen Akteure Wege der Kommunikation mit den neuen Machthabern. Noch war die Emigration nicht Ziel jüdischer Politik, sondern Ausdruck einer Niederlage. Jüdische Individuen werteten – anders als nichtjüdische Zeitgenossen, die in ihren Tagebüchern die NS-Machtübernahme mehrheitlich als „Beginn einer neuen Zeit“, die ihr Leben verändern würde, notierten – diese eher als Fortsetzung der Krisen in der Endphase der Weimarer Republik.

In den Jahren 1935/36 verschoben sich die Gewichte. Zwar wurden die Nürnberger Gesetze von einem Teil der jüdischen Bevölkerung als weniger bedrohlich wahrgenommen als diese im Nachhinein gewichtet wurden, aber sie beendeten für alle deutlich die jüdische Emanzipation. Nun fanden wieder antisemitische Krawalle auf den Straßen statt, für die deutschen Juden folgte ein „Alltag im Ausnahmezustand“ (S. 179). Zudem spitzte sich die internationale Situation zu. Jünger konstatiert für 1936 einen „Dämmerzustand“ (S. 238), für 1937 das „Wendejahr“. Emigration wurde nach 1935 nicht mehr grundsätzlich, sondern befürwortend unter technischen und organisatorischen Aspekten behandelt. Dennoch kam es nicht zu einer zentralen Emigrationsplanung, und die Erweiterung des Haavara-Abkommens auf Übersee-Auswanderung scheiterte. Dabei arbeiteten die jüdischen Organisationen durchaus erfolgreich. Für viele Individuen wiederum stand die Emigration 1935 fest, war damit aber noch keineswegs realisiert.

In den öffentlichen Debatten wurde nun davon ausgegangen, dass langfristige Planungen einer ungeordneten Flucht vorzuziehen seien. Die jüdischen Organisationen kalkulierten in Zeiträumen, die ihnen nicht mehr zur Verfügung standen, was den Individuen sehr wohl bewusst war. Die deutschen Juden, so Jünger, lebten in einer Wendezeit, die auch das Ende ihrer bisherigen Welt bedeutete. „Sie wussten, dass die Vergangenheit unwiederbringlich verloren war, und hatten doch nichts anderes als eben ihre aus vergangenen Zeiten stammenden Erfahrungen, auf die allein sie sinnvollerweise zurückgreifen konnten“ (S. 380) – und der Blick in die Zukunft war ihnen verstellt. Das Entscheidungsjahr 1938 zerschlug ihre Hoffnungen endgültig.

- 1 Janosch Steuwer: „Ein neues Blatt im Buche der Geschichte“. Tagebücher und der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: Frank Bajohr / Sybille Steinbacher (Hg.): „... Zeugnis ablegen bis zum letzten“. Tagebücher und persönliche Zeugnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus und des Holocaust. Göttingen 2015, S. 42–60, hier 45.

BEATE MEYER

Hamburg

VSWG 105, 2018/1, 134–135

Alf Lüdtke (Hg.)

Everyday Life in Mass Dictatorship. Collusion and Evasion

(Mass Dictatorship in the Twentieth Century). Palgrave Macmillan, Hampshire 2016, 260 S., 90.00 \$.

„Mass dictatorship“: der Begriff lenkt den Blick darauf, dass die Diktaturen des 20. Jh.s in gleichem Maße auf der Mobilisierung, Integration und Einbindung großer Teile der Bevölkerung beruhen wie auf der Exklusion und Verfolgung angeblicher „objektiver Gegner“ (H. Arendt). Der Begriff verabschiedet sich von einer schlichten Dichotomie zwischen autoritärer Herrschaft und unterwerfener Gesellschaft und hebt die interaktive Dimension von diktatorischer Herrschaft als sozialer Praxis hervor. Und wenn vom Alltag die Rede ist, rücken die Ambivalenzen von Mitmachen und Ausweichen, Zustimmung und „Eigen-Sinn“ der Akteure in ihren jeweiligen Handlungskontexten in den Fokus. Alf Lüdtke hat mit diesen theoretischen Prämissen in den zurückliegenden Jahren vor allem bei jenen Autoren viel Resonanz gefunden, die sich aus einer mikrohistorischen Perspektive für die konkrete Herrschaftspraxis in der Diktatur interessieren. Sein Beitrag im vorliegenden Band formuliert noch einmal sein programmatisches Credo und steckt einen weiten, eher heuristisch inspirierenden als klar strukturierenden Rahmen für die folgenden Aufsätze ab. Das hat zur Folge, dass die Frage nach dem Alltagsleben und den Handlungsspielräumen in den Diktaturen des 20. Jh.s sehr unterschiedlich angegangen und beantwortet wird – eine Perspektivenvielfalt, die durch die erfreulich breite Sicht auf europäische, koloniale und postkoloniale „Fälle“ noch vergrößert wird, freilich um den Preis geringer Kohärenz.

Vier Beiträge zu europäischen Diktaturen sind als bilanzierende und kritisch kommentierende Zusammenfassungen der Forschung zu spezifischen Problemen angelegt: Peter Lambert weist die

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

These zurück, die Denunziationspraxis im „III. Reich“ lasse eine sich selbst überwachende Gesellschaft erkennen. Paul Corner betont die ambivalente Haltung und die in den 30er Jahren erodierende Loyalität vieler Italiener gegenüber dem „totalen Staat“ des faschistischen Italiens. Kevin McDermott diskutiert die jüngeren Forschungen zur gesellschaftlichen Basis des stalinschen Terrors in der Sowjetunion der 30er Jahre, und Harald Dehne lotet die systemgefährdende Dynamik unbefriedigter Konsumerwartungen in der Mangelwirtschaft der DDR aus. Der Beitrag von Michael Wildt liegt auf einer anderen Ebene: Auf der Basis von Tagebucheinträgen zeichnet er nach, mit welchen Hoffnungen, Projektionen und Ängsten drei Deutsche die Etablierung des NS-Regimes im Jahr 1933 beobachteten und kommentierten.

Fünf Aufsätze befassen sich mit der koreanischen Geschichte, die sonst, zumal bei deutschen Historikern, eher wenig Beachtung findet. Gerade für das Thema dieses Bandes ist sie allerdings besonders interessant, da sich Ähnlichkeiten und Unterschiede dreier diktatorischer Regimes in der Geschichte eines Landes verfolgen lassen. Zwei Beiträge gelten der Kolonialzeit vor 1945, die insofern mit einiger Berechtigung in einem Band über moderne Diktaturen behandelt wird, als die japanische Kolonialmacht das Projekt einer tiefgreifenden kulturellen und ökonomischen Transformation Koreas verfolgte. Kyu Hyun Kim zeichnet dies am Beispiel der Sprachpolitik nach, der es allerdings nur in sehr begrenztem Umfang gelang, das Japanische als „nationale Sprache“ zu etablieren. Die Mobilisierung der koreanischen Wirtschaft für die japanische Kriegsführung, die Michael Kim untersucht, hatte möglicherweise größere Tiefenwirkung, finden sich doch Elemente einer autoritär gesteuerten Modernisierung der Wirtschaft sowie diktatorischer Arbeitskräftemobilisierung und „-erziehung“ während der Nachkriegszeit nicht nur im kommunistischen Nordkorea, sondern unter der Modernisierungsdiktatur von Park Chung-hee auch in Südkorea. Dies zeigen der Beitrag von Charles K. Armstrong zur extrem forcierten nordkoreanischen Industrialisierung seit 1953 sowie die besonders interessante Gegenüberstellung der Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte in Nord- und Südkorea während der 50er und 60er Jahre in den Aufsätzen von Andre Schmid und Won Kim. Zwei instruktive, wenn auch sehr unterschiedlich angelegte Texte zu den Effekten kolonialer bzw. postkolonialer Transformationsprozesse auf die Wahrnehmung und Handlungschancen indigener Akteure im Senegal (Dennis C. Galvan) und in Ghana (Richard Rathbone) schließen den Band ab, wirken aber deplatziert, da es einigermaßen schwerfällt, die westafrikanischen Regimes unter den Typus der „mass dictatorship“ zu subsumieren.

RALPH JESSEN
Köln



VSWG 105, 2018/1, 136–137

Silke Marburg / Sophia von Kuenheim (Hg.)

Projektionsflächen von Adel

(Historische Zeitschrift. Beiheft Neue Folge 69). De Gruyter Oldenbourg, Berlin 2016, 230 S. (6 Abb.), 84,95 €.

Die Sammlung von elf Aufsätzen einer 2011 abgehaltenen Tagung möchte interdisziplinär zur „chronologischen[n] Annäherung der Adelshistoriographie an die Gegenwart“ beitragen und dabei neue Perspektiven eröffnen (S. 7). Dazu legt Silke Marburg einleitend dar, dass sich für die Moderne das Interesse am Adel von der Frage nach dessen „Obenbleiben“ hin zur Erforschung von dessen „Zusammenbleiben“ verschoben habe. Fokussiert werden soll dabei, „wie adlige Objekte und Praktiken auf das Adligsein bezogen“ (S. 13) wurden – umgekehrt ausgedrückt: worauf letzteres projiziert wurde.

Dazu betrachten zunächst Josef Matzerath die adlige Esskultur seit der Frühen Neuzeit und Daniel Menning die Wohnverhältnisse des südwestdeutschen Adels zwischen 1850 und 1945. Aktuelle, von Adligen veröffentlichte Kochbücher zeigen, dass es im kulinarischen Bereich „nicht die eine, immer gleiche Projektionsfläche des Adels“, sondern verschiedene Möglichkeiten gibt (S. 48). Auch entsprach das agrarromantische Bild von dem auf seinem Schloss wohnenden, landverbundenen Edelmann schon vor 1945 in vielen Fällen keineswegs der Wirklichkeit.

Die drei Beiträge von literatur- bzw. sprachwissenschaftlicher Seite eröffnet Miloslawa Borzyskowska-Szewczyk. Gut nachvollziehbar deutet sie Werke Eduard von Keyserlings als Kodierung von „Adeligkeit“ in fiktionalen Welten. Anschließend vergleicht Jochen Strobel unter dem Titel „Die adelige Familie als Phantasma und Schreckbild“ (S. 87) Bücher adliger Autorinnen um 2000. Auf den ersten Blick werden hier kaum Gemeinsamkeiten sichtbar. Strobel argumentiert jedoch überzeugend, dass alle thematisierten Bücher, wenngleich mit unterschiedlichen Antworten, Reaktionen darstellen, die von historischen Brüchen (1945, 1968, 1990) veranlasst wurden, „die eigene Position zur Familie zu klären“ (S. 104) – wobei offenbar ein spezifisch adliger, intensiver Familienbezug zugrunde gelegt wird. Zuletzt zeigt Philipp von Samson-Himmelstjerna, dass bestimmte Rituale und Wendungen auch für die adlige Gruppenkommunikation im Internet genutzt werden können.

Eher bekannten Themen, nun aber unter der Perspektive von „Adelsprojektionen“, widmen sich die restlichen Beiträge, wobei mir derjenige von Daniel Kuhn zu adligen Netzwerken als Bedingungen einer Militärkarriere (19. / Anfang 20. Jh.) wegen terminologischer Schwächen und innerer Widersprüche mit Abstand am wenigsten gefallen hat. Überzeugend legt dagegen Monika Kubrova dar, wie adligen Frauen um 1900 ihr soziales Engagement ein Feld bot, in ihren Autobiographien einen Führungsanspruch gegenüber nichtadligen Protagonistinnen zu behaupten. Alexander von Plato, der die Flucht- und Vertreibungserfahrungen vor allem mittel- und ostdeutscher Adliger von etwa 1944 bis 1950 in den größeren Kontext der Zwangsmigrationen des 20. Jh.s einordnet, bezeichnet seinen durchaus qualitätsvollen Beitrag explizit als „Vorüberlegungen“. Ein Passus wie: „so eng, wie die heutigen ca. 85.000 Adligen in Deutschland untereinander verflochten sind“ (S. 192), passt in der Tat schlecht zu einer Quellengrundlage von 19 Interviews mit Adligen. Auch bei anderen Beiträgen habe ich mich gefragt, wie groß etwa die Zahl der TeilnehmerInnen an der gegenwärtigen „adeligen Gruppenkommunikation“ ist, wie viele an der „gegenseitigen Verifizierung der Adels-

qualität“ (S. 14) – und wie intensiv – beteiligt sind, wie viele AussteigerInnen aus dem Adel es andererseits gibt, etc. Mit anderen Worten: Was mir in dem Band am meisten fehlt, ist ein Beitrag von soziologischer Seite.

Dennoch sorgen Sophia von Kuenheim mit ihren relativ knappen Ausführungen über die adligen Wiedereinrichter (im Sinne jener, die sich nach 1990 wieder in ihrem Herkunftsgebiet in der Ex-DDR ansiedelten) und deren spezifischem „Heimat“-Begriff sowie Kathleen Jandausch mit ihrer konzisen Darstellung des Schicksals der Mecklenburger Adelsarchive für eine Abrundung. Auch wenn es soziologisch oder sozialpsychologisch noch nicht nachgewiesen sein mag: Alle Beiträge sprechen dafür, dass diejenigen, die im 20./21. Jh. „Adligsein“ als eines ihrer Identitätsmerkmale betrachten, eine besonders enge Verbindung zur Vergangenheit, namentlich zu ihrer eigenen Familiengeschichte, pflegen.

WALTER DEMEL
München

VSWG 105, 2018/1, 137–138

Jutta Nowosadtko / Diethelm Klippel / Kai Lohsträter (Hg.)
Militär und Recht vom 16. bis 19. Jahrhundert. Gelehrter Diskurs – Praxis – Transformationen
(Herrschaft und soziale Systeme 19). V&R Unipress, Göttingen 2016, 289 S., 45,00 €.

Noch im 18. Jh. wurde das Militärrecht, das sich mit Innen- und Außenbeziehungen der Armeen und ihrer Angehörigen in Krieg und Frieden befasste, von Juristen umfassend und vielfach aus einer Perspektive der Praxis bearbeitet. Dieser Ansatz wurde im 19. Jh. zugunsten einer universitären Wissenschaft zurückgedrängt. Zugleich ging das Militärrecht in anderen Rechtsgebieten auf, etwa im Völkerrecht, im öffentlichen und im Strafrecht. Die rechtshistorische Forschung zum Militär verkümmerte oder blieb dem Militär selbst überlassen. Auch die seit den 1990er Jahren entwickelte „neue“ Militärgeschichte hat rechtsgeschichtliche Fragestellungen noch nicht systematisch bearbeitet. Die bisherigen Ergebnisse stehen weithin unverbunden nebeneinander.

Der Band geht auf eine Tagung im Jahr 2007 zurück, die interdisziplinär sowie international orientiert war und das Ziel hatte, Erkenntnisse für das 16. bis 19. Jh. zu bündeln, Desiderate aufzuzeigen und zu demonstrieren, dass das Forschungsfeld lohnenswert ist. Dabei wurden zugleich die Normen und ihre praktische Anwendung (oder Nicht-Anwendung) in den Blick genommen.

Kai Lohsträter fasst den nur allzu dürftigen Forschungsstand sowie die Ergebnisse der Tagung zusammen. Diethelm Klippel untersucht die Literatur zum Militärrecht in Deutschland im 18. Jh., woran sich die Studie von Sylvia Kepser-Biermann zum lange von der universitären Jurisprudenz vernachlässigten Militärstrafrecht anschließt. Daniel Marc Segesser schließt den Kreis der Beiträge zum juristischen Hintergrund mit einem zur völkerrechtlichen Diskussion der Ahndung von Verstößen gegen das Kriegsrecht im späten 19. Jh.

Die folgenden Aufsätze widmen sich der Rechtspraxis. Markus Meumann verbindet den Blick

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

auf die normative Theorie mit einer Untersuchung der Praxis der französischen Militärjustiz im 16. und 17. Jh. Der Beitrag hat 58 Seiten und ragt nicht nur quantitativ deutlich über das hinaus, was üblicherweise in einem Tagungsband zu erwarten ist.

Maria R. Boes beleuchtet die Praxis der Rechtsprechung gegen Soldaten im Vergleich mit der gegen die übrige Bevölkerung in Frankfurt a. M. zwischen 1562 und 1696. Catherine Denys betrachtet den Einsatz von regulärem Militär und Bürgerwehr im Bereich der inneren Sicherheit in Brüssel im 18. Jh. Martin Winter untersucht den Umgang mit Desertion in Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Jan Willem Huntebrinker kann mit einem Regimentsgerichtsbuch aus den Jahren 1625/26 eine sehr selten überlieferte Quelle auswerten. Holger Berg analysiert die Umsetzung der schwedischen Kriegsartikel von 1621 bis 1650.

Ralf Pröve und Jutta Nowosadtko blicken abschließend über das engere Feld der Militärjustiz hinaus. Pröve zeigt für Hannover im 18. Jh. die mangelnde Durchsetzungskraft zentraler Stellen bei Konflikten zwischen militärischen und zivilen Amtsträgern vor Ort. Nowosadtko fragt nach dem Personal der militärischen Rechtspflege im 17. und 18. Jh., nach seiner Ausbildung, seiner Stellung gegenüber militärischen und zivilen Stellen, seinen Aufgaben und seinem Sozialprofil. All das ist bislang noch kaum erforscht und verspricht wichtige Einsichten auch zum Prozess der Staatsbildung.

Die Praxis der Anwendung des Rechts wich in der Vormoderne auch in dem scheinbar auf Disziplin und Gehorsam aufgebauten Bereich des Militärs vielfach von dem Bild ab, das die Gesetze zeichnen. Schon die normative Ebene war bei näherem Hinsehen vielfach widersprüchlich, inkonsequent und ungenau. Ihre Anwendung auf den einzelnen Fall sowohl innermilitärischer Konflikte als auch solcher zwischen Soldaten und der Bevölkerung folgte häufig sozialen, kulturellen bzw. pragmatischen Gesichtspunkten. All das war nicht militärspezifisch, sondern einem Verständnis von Recht geschuldet, das eine positivistische Rechtsgeschichte lange Zeit ignorierte. Die gleichwertige Untersuchung von Theorie und Praxis des Rechts erweist sich anhand der Beiträge dieses Bandes als fruchtbar auch für die Militärgeschichte. Dies anhand von Beispielen erprobt zu haben, ist das Verdienst der Herausgeber. Sie finden hoffentlich viele Nachahmer.

MAX PLASSMANN

Köln

VSWG 105, 2018/1, 138–139

Heinz-Peter Schmiedebach (Hg.)

Entgrenzungen des Wahnsinns. Psychopathie und Psychopathologisierungen um 1900

(Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 93). De Gruyter Oldenbourg, Berlin 2016, 306 S., 79,95 €.

Das vorliegende Buch ist das Ergebnis einer Tagung, die 2014 das Münchener Historische Kolleg ausrichtete. Die Aufsätze orientieren sich an Fragestellungen und Methoden der DFG-Forschungsgruppe „Kulturen des Wahnsinns“. Dieser Verbund untersucht die „Schwellenphänomene der ur-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

banen Moderne“ Der Hg. führt den Terminus „Entgrenzung“ ein, um auf die Vieldeutigkeit des Begriffs „Wahnsinn“ im Übergang vom 19. zum 20. Jh. eine Antwort zu finden. Grenzüberschreitungen der Psychiatrie werden im Kontext der sich formierenden bürgerlich-industriellen Gesellschaft in 13 Aufsätzen auf mehreren Ebenen zum Thema gemacht. Psychopathie dient als Chiffre für die eingeforderte oder auch angemaßte Rolle der Psychiatrie.

Kai Sammet behandelt die Semantik der Schizophrenie im frühen 20. Jh., Marietta Meier das Spannungskonzept der Psychiatrie in Verbindung zu den Dimensionen des historischen Spannungsfeldes, Rupert Gaderer den Querulantenwahn anhand einer Fallgeschichte im Deutschen Kaiserreich, Sonja Mählmann / Cornelius Borck den Machtzuwachs der Psychiatrie im Raum des staatlichen Rechts, ebenfalls an Fallgeschichten von Querulanten. Rainer Herrn verfolgt an Krankenakten den Wissenstransfer zwischen Sexualwissenschaft und Psychiatrie, Gabriele Dietze die Psychiatrisierung des Genies im medizinischen Diskurs.

Die Grenzen verschoben sich im behandelten Zeitraum auch im Versorgungssystem der Psychiatrie. Diesen Spuren gehen Thomas Müller und Felicitas Söhner unter dem Gesichtspunkt der Schwierigkeiten nach, die der Einführung der Psychiatrischen Familienpflege auch in ländlichen Gebieten entgegenstanden, von Söhner an der bayerisch-schwäbischen Krankenanstalt Kaufbeuren aufgezeigt. Veränderungen vollzogen sich auch in der städtischen Versorgungspraxis, wie ein vergleichender Blick auf die psychiatrischen Universitätskliniken in Berlin und Straßburg zeigt. Der Klinikalltag verlief hier anders, wie die Studien von Julie Clauss / Christian Bonah und Volker Hess / Chantal Marazia belegen. Während der „Wahnsinn“ in der Klinik verblieb, wurde die Poliklinik als Alternative zu stationären Behandlungsformen bevorzugt von Menschen mit sog. „weichen Diagnosen“ aufgesucht, die in das Begriffsraster der Psychopathie fielen.

Der Band enthält eine Fülle psychiatriegeschichtlicher Informationen. Die in Politik und Gesellschaft hineinreichende Seite der „Entgrenzungsprozesse des Wahnsinns“ wird freilich auch thematisiert. Urs Germann zeigt am Beispiel der Schweiz die Schnittstelle zwischen Psychiatrie und Strafjustiz auf und bringt den Aufstieg des Psychopathiekonzepts in einen Zusammenhang mit der „Pathologisierung sozialer Devianz“. Stefan Wulf zeichnet an Archivquellen die Rolle nach, die das „Konstrukt der Psychopathie“ im Hamburger Drogendiskurs der 1920er Jahre spielte. 1923 erschien die Monographie des Psychiaters Kurt Schneider „Die psychopathischen Persönlichkeiten“. Diese waren nach der Definition Schneiders „abnorme Persönlichkeiten, die an ihrer Abnormität leiden, oder unter deren Abnormität die Gesellschaft leidet.“ (vgl. S. 189 f.) In Entmündigungsverfahren und bei späterem Zwangsentzug leistete diese Begrifflichkeit „Erhebliches“. Thomas Beddies arbeitet die politisch motivierten Pathologisierungen deutscher Psychiater nach dem Ende des Ersten Weltkriegs klar heraus. Er zitiert eine Vorlesung des Universitätspsychiaters Oswald Bumke, der 1920 in den Symptomen von Kriegsniederlage und „Niedergang“ nichts anderes glaubte erblicken zu können als „Krankheitserscheinungen“ (S. 38). „Psychopathologie“ wurde als Ursache für Kriegsverlauf und Revolution unterstellt.

Von diesem Buch werden viele Forschungsimpulse ausgehen. Die Geschichte der Psychiatrie in der hier gewählten Betrachtungsweise könnte einen wichtigen Beitrag zu einer Theorie der Pathologie der Moderne leisten.

DIRK BLASIUS
Essen

VSWG 105, 2018/1, 140–141

Manfred Vasold

Hunger, Rauchen, Ungeziefer. Eine Sozialgeschichte des Alltags in der Neuzeit

Steiner, Wiesbaden 2016, 424 S. (19 Abb., 6 Tab.), 29,00 €.

Der vorliegende Band ist natürlich keine „Sozialgeschichte des Alltags in der Neuzeit“, wie der Untertitel vollmundig verspricht: Der Sammelband vereint elf Miniaturen über Themen, die zur Alltagsgeschichte zählen, aber auch von Relevanz für unser Verständnis der allgemeinen Geschichte sind. Die sieben früher schon einmal abgedruckten Aufsätze wurden für den vorliegenden Band überarbeitet und zum Teil erweitert. Zeitlich reichen die Studien vom 17. bis zum 20. Jh., räumlich haben sie ihren Schwerpunkt in Mitteleuropa.

Bei vielen der hier behandelten Themen haben wir es mit einem Paradox zu tun: Der Autor geht mit dem frischen Blick des Außenseiters interessanten Fragestellungen nach und bietet manchem Leser den ersten Einstieg in deren wissenschaftliche Betrachtung. Dem Fachhistoriker erscheinen jedoch die Ausführungen bei genauerem Hinsehen problematisch. Nehmen wir als Beispiel den Aufsatz über „die Debatte über die Opferzahlen des Dreißigjährigen Krieges“ (S. 15–42), dessen Erstfassung 1993 in der „Zeitschrift für Bayrische Landesgeschichte“ abgedruckt worden war. Darin wird der „verstorbene Münchner Historiker Thomas Nipperdey“ gegen die Gesellschaftsgeschichte Hans-Ulrich Wehlers ins Feld geführt, der aber wie die meisten hier zitierten Autoren inzwischen ebenfalls längst verstorben ist. Vasold arbeitet auf unterhaltsame Weise heraus, wie sich die Lehrmeinungen von maximalen und minimalen Opferzahlen herausgebildet haben, berührt auch die Frage, ob und wie man Kriegs- von Seuchenopfern unterscheiden kann, und kommt am Ende zu dem Ergebnis, dass man den Schätzungen des „Agrarhistorikers Günther Franz“ folgen müsse. Als Beleg dafür zitiert er auch einen Aufsatz des „Sozialhistorikers Wolfgang Behringer“: Darin wird allerdings gerade im Gegenteil argumentiert, dass die Argumente des SS-Mannes Franz einer politischen Agenda folgen und man nicht mehr auf die Zahlen seiner damals schon völlig oberflächlichen Untersuchung hereinfließen solle.¹

Aber genau dies tut Vasold. Als hätte es die letzten 50 Jahre Sozialgeschichte und Historische Demographie nicht gegeben, wird nirgendwo auf die methodische Frage eingegangen, wie man Bevölkerungsgrößen in einem vorstatistischen Zeitalter überhaupt berechnen kann, welche Quellen dafür zur Verfügung stehen (Pfarrbücher, Steuerregister, Haushaltszählungen etc.) und welche nicht, auf welcher Basis und mit welchen Unschärfen man Hochrechnungen anstellen kann, und was man von einem politischen Gebilde wie dem „Heiligen Römischen Reich deutscher Nation“ überhaupt als territoriale Basis für eine solche Berechnung nehmen kann. Gehört Österreich dazu? Elsass und Lothringen? Böhmen? Preußen von der Maas bis an die Memel? Für Günther Franz 1940 sicher gar keine sinnvolle Frage. Heute möchte man aber schon wissen, von welchem „Deutschland“ die Rede ist, zumal in einem Aufsatz, in dem stets von „deutschem Boden“ und „fremden Mächten“ die Rede ist. Am Ende sucht Vasold Zuflucht bei einem Zitat Wilhelm Abels von 1971. Das soll der neueste Forschungsstand sein?

Für fachhistorische Tiefenbohrungen eignet sich dieser Band nicht, aber sobald man einem Thema etwas ferner steht, kann man die Beiträge mit Gewinn lesen. In einigen Aufsätzen kann der Autor auch durch Quellenkenntnis überzeugen, stets aber durch sein Gespür für interessante

Themen. Konkret geht es um die Fragen, inwieweit Klima und Hunger Einfluss auf die Entstehung der Französischen Revolution hatten (S. 43–90), über den Einfluss der Ernährung auf die Körpergröße im Verlauf der Industrialisierung (S. 91–136), die Geschichte und gesellschaftliche Bedeutung der Ektoparasiten (S. 137–168), die Ausbreitung der Unterhose im 19. Jh. und deren Bedeutung für die Körperhygiene (S. 169–212), den Ausbruch des Vulkans Tambora als Ursache für die Hungersnot von 1816 (S. 213–264), Quecksilber- und Phosphorvergiftungen in der fränkischen Industrie (S. 265–292), den Rückgang der Säuglingssterblichkeit im 19. Jh. (S. 293–308), die Spanische Grippe von 1918 und ihre Bedeutung für den Kriegsausgang (S. 309–346), die Geschichte des Rauchens (S. 347–388) sowie „Facetten des Suizids in Deutschland im 19. und 20. Jh.“ (S. 389–418). Der Autor versteht es, den Leser zu packen und für die Alltags-, Sozial- und Medizingeschichte zu interessieren. Allein schon deshalb würde ich diesen Band zur Lektüre empfehlen.

- 1 Wolfgang Behringer: Von Krieg zu Krieg. Neue Perspektiven auf das Buch von Günther Franz „Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk“ (1940), in: Benigna von Krusenstjern / Hans Medick (Hg.): Zwischen Alltag und Katastrophe. Der Dreißigjährige Krieg aus der Nähe. Göttingen 1999, S. 543–591.

WOLFGANG BEHRINGER
Saarbrücken

VSWG 105, 2018/1, 141–142

Thomas Vordermayer

Bildungsbürgertum und völkische Ideologie. Konstitution und gesellschaftliche Tiefenwirkung eines Netzwerks völkischer Autoren (1919–1959)

(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 109). De Gruyter, Berlin/Boston 2016, 470 S., 59,95 €.

Im Zentrum der Arbeit stehen die Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer und Hans Grimm sowie der Publizist Wilhelm Stapel. Während Kolbenheyer und Grimm mit ihren literarischen Werken „Paracelsus“ bzw. „Volk ohne Raum“ bekannt wurden, trat Stapel vor allem als Herausgeber der Monatsschrift „Deutsches Volkstum“ in Erscheinung. Vordermayer fragt zum einen nach den „Formen und Grenzen konstruktiver Kooperation“ zwischen den drei Autoren in der Weimarer Republik, im „Dritten Reich“ und in der frühen Bundesrepublik, zum anderen danach, inwieweit sie „Anschlussfähigkeit unter bildungsbürgerlichen Eliten der deutschen Gesellschaft“ zu realisieren vermochten, wobei sein Begriff vom Bildungsbürgertum unscharf bleibt (seine Erläuterungen dazu beschränken sich auf eine Fußnote). Jedenfalls konzentriert er sich auf solche Berufsgruppen, die sich „durch besonders große politisch-ideologische ‚Multiplikator‘-Eigenschaften und hohe Deutungsmacht auszeichneten“: Universitätsprofessoren, Journalisten und Redakteure (S. 5).

Quellenbasis der Arbeit sind neben den Veröffentlichungen der Autoren hauptsächlich ihre hervorragend überlieferten Briefwechsel. Auf dieser Grundlage kann Vordermayer die intensiven Verbindungen – samt gelegentlichen Zwistigkeiten – der drei herausarbeiten. Der in der Weimarer Presselandschaft exzellent vernetzte Stapel setzte sich unermüdlich für das Werk der beiden

Schriftsteller ein, die sich trotz hoher Auflagen und zahlreicher positiver Besprechungen ihrer Bücher stets larmoyant zu „totgeschwiegenen Autoren“ stilisierten. Durch Abgrenzung von radikalen Strömungen des Antisemitismus und der völkischen Bewegung sicherten sich die drei, so Vordermayer, Anschlussfähigkeit an die „akademischen Bildungseliten“ (S. 76). Kolbenheyer und Grimm erhielten beispielsweise die Ehrendoktorwürde der Universitäten Tübingen bzw. Göttingen.

Den Nationalsozialismus unterstützten die Autoren bereits früh und begannen nach 1930 offensiv für ihn zu werben, wobei sie aber der Illusion aufsaßen, Einfluss auf dessen politische Entwicklung gewinnen zu können. Entsprechend groß war die Enttäuschung bereits im Sommer 1933 darüber, dass sie zu „den maßgeblichen Machtzentren des NS-Staates“ nicht vorzudringen vermochten und „dort auch kaum Gehör“ fanden (S. 329). Versuche der Einflussnahme wiesen Nazi-Größen brüsk zurück und verwendeten diese nicht selten gegen die Autoren. Trotz dieser Enttäuschung waren alle drei bis zum Ende bereit, sich an Propagandaaktionen zu beteiligen, wohl auch deshalb, weil sie sich bewusst waren, „dass ihr persönliches Schicksal“ angesichts ihrer Rolle als Wegbereiter „irreversibel mit jenem des NS-Staats verbunden war“ (S. 337).

Für die Zeit nach 1945 konstatiert Vordermayer eine Wiederholung der Opfer-Narrative, die schon nach 1918 und 1933 eingeübt worden waren: Die „identitätsstiftende Gewissheit, erneut Opfer eines politischen Systems geworden zu sein“, habe die Autoren „zu einer gefühlten Schicksalsgemeinschaft“ zusammengeschweißt (S. 353). Ihre Bemühungen galten nun einer Ehrenrettung des Nationalsozialismus, wobei sie jedoch nur noch in abseitigen Organen des äußerst rechten Spektrums publizieren konnten. Damit ging eine schleichende Dekanonisierung der Autoren einher. Zur Untermauerung der These einer weitgehenden Isolation der Autoren in der Nachkriegszeit vermisst der Rezensent jedoch Informationen darüber, wer – neben ihnen selbst – noch in den vom Vf. als „randständig“ apostrophierten Zeitschriften publizierte. Aufschlussreich wäre es auch gewesen, sie ins Verhältnis zu setzen zu Autoren wie Ernst von Salomon, die in der Weimarer Zeit ebenfalls völkische und antisemitische Ansichten vertreten hatten, nach 1945 aber weitaus erfolgreicher waren.

Vordermayer ist mit seiner sorgfältig recherchierten und gut lesbaren Arbeit die dichte Rekonstruktion eines literarisch-publizistischen Netzwerks „gemäßigt“ völkischer Autoren und ihres Verhältnisses zum Nationalsozialismus gelungen. Durch zahlreiche Zitate aus der Korrespondenz werden Allianzen, Konflikte und Eitelkeiten anschaulich herausgearbeitet. Auch die zentrale These der „Anschlussfähigkeit“ der Autoren für das Bildungsbürgertum überzeugt. Fraglich ist allerdings, ob allein daraus bereits auf die im Titel postulierte „gesellschaftliche Tiefenwirkung“ dieses Netzwerks geschlossen werden kann. Ermüdend wirkt zudem, dass der Verfasser sich oft seitenlang an den Texten der völkischen Autoren abarbeitet. Es stellt sich die Frage, ob es notwendig ist, etwa Grimms Thesen zum Zweiten Weltkrieg als „geschichtsklitternde[...] Konstruktionen“ (S. 384) zu entlarven, in Stapels antisemitischen Schriften Widersprüche und Zirkelschlüsse zu identifizieren und die rassistischen und völkischen Elemente im Werk des Historikers Adalbert Wahl in epischer Breite darzulegen. Hier hätte der Text eine deutliche Straffung vertragen.

HENRIK BISPINCK
Berlin



D. Wirtschaftsgeschichte

VSWG 105, 2018/1, 143–144

Werner Abelshäuser u. a. (Hg.)

Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990

Band 1: Carl-Ludwig Holtfrerich (Hg.)

Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer

Band 2: Albrecht Ritschl (Hg.)

Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenskomplex

Band 3: Dierk Hoffmann

Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis

Band 4: Werner Abelshäuser

Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik

De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2016, 2.838 S. (zahlr. Abb.), 199,95 €.

Vier Bände, vier Herausgeber, 26 deutsche und internationale Autoren, 2.838 Seiten, ungezählte Archive. Die Geschichtskommission beim Bundeswirtschaftsministerium greift mit diesen Bänden weit über den üblichen Untersuchungszeitraum des „Dritten Reichs“ hinaus, der im zweiten Band behandelt wird. Entstanden ist eine breite Dokumentation der Ursprünge und Entstehung sowie der Entwicklung und Wandlung des Reichswirtschaftsministeriums, seiner Vorläufer und Nachfolger in West- und Ostdeutschland.

Betrachtet werden die Behörden mit ihren Aufgaben und Zuständigkeiten sowie ihrem Personal und darüberhinausgehend die Wirtschaftspolitik in Deutschland mit Blick auf, in und aus den Ämtern. Die Bände sind teils chronologisch, teils thematisch aufgebaut, immer wieder sind Kapitel zur Wirtschaftsstatistik eingefügt. Es gibt abgesehen von einem knappen, wiederkehrenden Vorwort keine zusammenfassende Gesamtdarstellung. Die vier Einleitungen sind Ausdruck der individuellen Perspektiven der Herausgeber und ihrer (bisherigen) Arbeitsschwerpunkte – alle enthalten kurze Zusammenfassungen der jeweiligen Inhalte. So thematisiert der erste Band zunächst die Weimarer Republik insgesamt und dann die Frage „Währungs- oder Bankenkrise 1931?“. Der zweite Band setzt sich einleitend mit der Nazifizierung des Reichswirtschaftsministeriums und mit dessen sinkender Bedeutung im Herrschaftsgefüge auseinander. Der dritte Band skizziert die DDR-Planwirtschaft als „Kontrafolie“ des Bundeswirtschaftsministeriums. Der vierte Band beginnt dankenswerterweise mit Leitfragen zur Orientierung der Forschungsarbeit, um dann Grundzüge der deutschen Wirtschaftspolitik im 20. Jh., den Rekonstruktionsaufschwung und die Soziale Marktwirtschaft zu beschreiben. Das sind jedoch lediglich Themen der Einleitungen.

Die Bände enthalten eine Fülle von Details und neuen Informationen, mit denen sich die (Wirtschafts-)Historiker nunmehr auseinandersetzen und auf die sie aufbauen können. Dazu gehören etwa der Personalstand und die komplette Leitungsebene in der Entstehungszeit. Die „Generation 1880“ wirkte prägend bis in die Zeit der Bundesrepublik. Die Anfänge behördlicher Statistik und deren Professionalisierung lassen sich seit Ernst Wagemanns Fragebogenaktion nachvollziehen, die sich an Verbände und Körperschaften richtete. Deutlich wird, wie konzeptionslos das Reichswirtschaftsministerium zunächst agierte. Aufgezeigt wird noch einmal, wie sehr die Behörde im NS-System machtpolitisch unter die Räder kam und welche Rolle sie bei der Organisation der NS-Wirtschaft spielte. Ihre Rolle bei der Judenverfolgung wird ausführlich beleuchtet. In der Bundesrepublik begann in den 1960er Jahren erneut eine Abstiegs Geschichte – allerdings ohne Reputationsverlust. Indes lassen sich für aufmerksame Leser zwei Lücken erkennen: die eine zwischen dem ordoliberalen Selbstverständnis und der wirtschaftspolitischen Praxis und die andere zwischen dem (naiven) Glauben, durch staatliche Eingriffe die Wirtschaft zu besseren Ergebnissen zu lenken oder gar zu steuern, und der mangelhaften Wahrnehmung der durch Wirtschaftspolitik verursachten Probleme.

Die Bände enthalten eine Fülle von aktuellen Bezügen – von der Bankenkrise bis zu Stabilitäts- und Steuerungsfragen oder (Un-)Gleichheit. Entstanden ist keine reine Behördengeschichte, sondern tatsächlich ein wirtschaftspolitisches Panorama, für deren Deutung und Perspektiven die jeweiligen Autoren stehen.

MICHAEL VON PROLLIUS

Berlin

VSWG 105, 2018/1, 144–146

Kurt Andermann / Gerhard Fouquet (Hg.)

Zins und Gült. Strukturen des ländlichen Kreditwesens in Spätmittelalter und Frühneuzeit

(Kraichtaler Kolloquien 10). Bibliotheca Academica, Epfendorf 2016, 29,00 €.

Bei dem Bändchen handelt es sich weniger um neue Forschungsbefunde als um eine sehr gelungene und konzise Übersicht zur Geschichte der bargeldlosen Zahlung und des Kreditwesens im agrarischen Umfeld vom Hochmittelalter bis zur Neuzeit. Das macht den Band zu einem für die akademische Lehre sehr brauchbaren Kompendium zu jüngeren monographischen Studien, etwa aus der Feder von Laurence Fontaine (*Moral Economy*), Gabriela Signori (*Prekäre Ökonomien*), David Graeber (*Debt*) und Charles R. Geisst (*Beggar Thy Neighbor*). Vor allem ruft der Band zwei Dinge in Erinnerung: erstens, Kredit und Schulden waren keineswegs ausschließlich – vielleicht nicht einmal überwiegend! – ein städtisches Phänomen, sondern auf dem Land omnipräsent. Zweitens galt vom Mittelalter bis in das industrielle 19. und 20. Jh.: „Ohne Kredit geht es nicht“. Sind wir v. a. gewohnt, die (post-)moderne Gesellschaft als Gesellschaft des Kredits, des Lebens „auf Pump“ zu betrachten, so zeigt eine historische Analyse, dass selbiges *grosso modo* auch für das letzte Millennium

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

gelten darf. Geborgt und finanziert wurde allenthalben, manchmal weil schlicht „kein Geld“ (d. h. bare Münze) vorhanden war, manchmal um soziale und ökonomische Abhängigkeitsbeziehungen zu verstetigen. Barzahlung war im vormodernen wie im industriellen Zeitalter nicht immer die Regel (vielleicht sogar die Ausnahme?), ganz gleich, ob es dabei um den Konsum des Habenichtes im ländlichen Umfeld, die *conspicuous consumption* des Kraichgauer Adligen Johann Adam von Gemmingen ging (Beitrag Sabine Ullmann) oder die Überbrückung bis zur nächsten Ernte. Nicht erst die Investitionen des Industriezeitalters (wie in dem kenntnisreichen Überblick von Günther Schulz analysiert) gründeten auf umfassenden Kreditnetzwerken.

Dass dabei Kredit auch ein soziales Phänomen war, gleichsam eingebettet in moralische Fragen, soziale Netzwerke und „nicht-ökonomische“ Logiken, ist einsichtig und wird von den Autoren gleichsam als gegeben und zumeist nicht weiter der Diskussion bedürftig vorausgesetzt. Dies ist eine durchaus willkommene Abwechslung gegenüber der oft gebetsmühlenartigen Überbetonung der sozialen und kulturellen Konnotation von Schulden in Mittelalter und Früher Neuzeit, wie man dies in der jüngeren Literatur immer noch findet. Vielmehr spiegeln sich im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen, bis hin zum modernen Kreditwesen v. a. die großen Produktions- und Austauschlinien und Strukturen ihrer jeweiligen Zeit. Kredit spiegelte Bekanntschaften, Vertrauen und soziales Kapital ebenso wie handfeste Notlagen und Engpässe, wie Gerhard Fouquet anhand der Ingelheimer Haderbücher aus den Jahren um 1475 nachweisen kann: Tagelöhne wurden unfreiwillig gestundet (weshalb es zur Klage kam!); Zahlungsaufschübe auf Weinlieferungen und andere landwirtschaftliche Produkte scheinen im ausgehenden Mittelalter im ländlichen Umfeld oft die Regel gewesen zu sein. Und bekanntlich erfolgte die gewerbsmäßige Produktion (Verlag) allgemein auf Kreditbasis: pünktliche Barzahlung, noch dazu zum Zeitpunkt der Leistungserstellung bzw. beim Verkauf der Ware scheint nachgerade eine Ausnahme gewesen zu sein. „Geldschulden hatten sie alle, die Oberingelheimer, aber hunderte von Fällen, gleich ob als Konsum-, Betriebs- oder Investitionskredite begründet, wurden sie vor das Dorfgericht gebracht, dort entschieden, eingestellt, oder vergessen“ (S. 35). Wie Chris Briggs und Phillipp Schofield in ihren Studien zum hoch- und spätmittelalterlichen England klarstellen, handelte es sich hierbei weniger um den Ausdruck mittelalterlicher Klagewut; vielmehr verhalfen die gerichtliche Behandlung und Niederschrift von Kreditbeziehungen dem ländlichen Kreditmarkt zu einer gewissen Institutionalisierung und Verstetigung, derer es in einem Umfeld mit mangelnder Transparenz, dem Fehlen einer SCHUFA und häufigen Informationsasymmetrien dringend bedurfte. Neben allen sozialen Überformungen von Vertrauen, Nachbarschaft, Bruder- und Verwandtschaft war Kredit zunächst einmal eines: eine *ökonomische* Beziehung bzw. Tatsache. Beiträge von Enno Bünz zu mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Pfarren und Kirchenfabriken als Kreditquelle sowie von Hans-Jörg Gilomen zur Rolle von Spitälern als Kreditgeber in Basel um 1500 runden den Band ab. Kurt Andermann verweist in seiner v. a. auf Aktenstücken aus dem Gemmingen'schen Archiv Hornberg beruhenden Studie über „Angehörige des Ritteradels als Kreditgeber in Spätmittelalter und Frühneuzeit“ darauf, dass beileibe nicht alle Reichsritter sprichwörtliche Habenichtse gewesen seien, wie eine populärwissenschaftliche Interpretation, etwa Götz von Berlichingens und der Reichsritterschaft als verarmte vergeistigte Unholde mit einer Vorliebe für klassische Literatur und neue politische Verhältnisse im Zeitalter der Reformation uns oft Glauben macht. Sabine Ullmann widmet sich einer Handvoll Quellenbelege, wiederum aus dem Gemmingen'schen Bestand, und den Kreditbeziehungen zwischen jüdischen Finanziers und ihrer adeligen Kundschaft im südwestdeutschen Raum. Sie vermag dabei

verschiedene Fälle nachzuweisen, in welcher der jüdische Geschäftspartner durchaus als der „souveränere“ Part der Beziehung auftrat. Franz Irsigler geht es um die „Kreditverweigerung auf dem Lande“, d. h. um Fälle und Szenarien v. a. der frühneuzeitlichen Ökonomie, in der die Gläubiger auf Barzahlung – aus welchen Gründen auch immer – bestanden und dem Kredit ausnahmsweise einmal nicht die vorherrschende Rolle zukam, welche ihm Studien wie Fontaines *Moral Economy* oder Craig Muldrews *Economy of Obligation* rituell zuweisen. Besonders Hausierer und fremde Kunden der Bauern für ihre nicht im Eigenverbrauch oder in der Eigenproduktion aufgebrauchten Überschussprodukte (Flachs, Wein, Eier, Butter etc.) mussten stets in klingender Münze bezahlen; hier galt allseits: „Bargeld lacht.“ Wie Günther Schulz in seinem abschließenden Referat betont, änderte sich an der Ubiquität des Kredits an der Schwelle zum Industriezeitalter und im Vergleich zu Mittelalter und Früher Neuzeit nichts Grundlegendes. Was sich änderte waren die Rahmenbedingungen – v. a. die Bevölkerungsexpansion und der Aufschwung von Handel, Technik, Produktion und Wirtschaftsleistung nach 1800. Diese stellten auch die europäische Kreditlandschaft vor neue Herausforderungen. Eine gewisse Institutionalisierung und Verstetigung des Kreditwesens auf dem Lande bewirkten die seit dem späten 18. Jh. entstehenden Sparkassen und die Raiffeisenbanken im 19. Jh. In den Städten und für die Schwerindustrie (Eisen, Stahl, Eisenbahnen usw.) übernahmen dann die modernen Geschäfts- und Aktienbanken die Rolle als Vermittler und „Produzenten“ von Kredit, welche im vormodernen Umfeld v. a. die Kaufleute übernommen hatten. Der Schlussfolgerung von Schulz, dass damit die um 1800 angesetzte „Epochenschwelle“ aus Sicht der Finanzgeschichte kaum haltbar ist, kann sich der Rezensent vollumfänglich anschließen: wiederum – wie auch der gesamte vorliegende Band – ein weiterer Beleg für die Hinfälligkeit der unter Historikern vormals sehr beliebten Vorstellung einer „Sattelzeit“ um 1750–1850.

PHILIPP ROBINSON RÖSSNER
Manchester und Leipzig

VSWG 105, 2018/1, 146–148

Johann von Diest

Wirtschaftspolitik und Lobbyismus im 18. Jahrhundert. Eine quellenbasierte Neubewertung der wechselseitigen Einflussnahme von Obrigkeit und Wirtschaft in Brandenburg-Preußen und Kurhannover

(Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit 23). V&R unipress, Göttingen 2016, 392 S., 50,00 €.

Diese Untersuchung geht der Frage nach, wie sich die Wirtschaftsförderung in der Verwaltungspraxis des obrigkeitlichen Staates vornehmlich im Bereich der ‚Rüstungswirtschaft‘ in Brandenburg-Preußen und Kurhannover im 18. Jh. ausprägte. Der Band ist in sieben Kapitel gegliedert. Eine ausführliche Einleitung beschäftigt sich mit der Quellenlage und Quellenkritik, dem Herrschaftsverständnis der damaligen Zeit und der Forschung über den Merkantilismus. Im zweiten Kapitel geht es um ‚Wissen und Wissenstransfer‘ mit Unterkapiteln zum Wissenstransfer durch Migration,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

Spionage, Ausbildung, Fabrikgerichten und Marktanalysen. Das dritte Kapitel ‚Natur und Rohstoffe‘ greift Aspekte der Lagerung und Haltbarkeit von Produkten, der Produktqualität und der Versorgung mit Rohstoffen auf. Das vierte Kapitel ‚Geldwesen und Preispolitik‘ untersucht u. a. das Kassenwesen, die Einkünfte der Verwaltungsangestellten, die Preispolitik, das Vorschusswesen und die Zahlungsmoral sowie königliche Kredite als Wirtschaftsförderung. Das fünfte Kapitel ‚Autarkiewesen und Abschottung‘ behandelt Aspekte des Schmuggels, der Abhängigkeit vom Ausland, der Einfuhrverbote, Stempel, Siegel und Abnahmezeichen etc. Im sechsten Kapitel wird schließlich auf den ‚Anfang vom Ende der individuellen Förderpraxis‘ eingegangen, mit dem sich der Übergang zum standardisierten Verwaltungshandeln nach allgemeinen Grundsätzen andeutete. Der Text schließt mit einem ‚Fazit‘ als siebtem und letztem Kapitel.

Ziel des Autors ist es, das Verständnis vom Absolutismus bzw. Merkantilismus zu hinterfragen, nach dem sich Staat und Wirtschaft, obrigkeitliche Verwaltung und private Gewerbetreibende fast gegensätzlich gegenüber standen. Seiner Meinung nach kann dagegen eine enge Verklammerung der öffentlichen mit der privaten Sphäre festgestellt werden. Auf der einen Seite waren die politisch-territorialen Gebilde der frühen Neuzeit stark fragmentiert und umfassten unterschiedliche Landesteile mit eigenen Traditionen auch im Verwaltungshandeln und eigenen Interessen, die zwischen den „staatlichen“ Vorgaben der landesherrlichen Regierung/Verwaltung und der lokalen/regionalen Wirtschaft vermitteln mussten. Auf der anderen Seite gab es eben nicht ‚das‘ Gewerbe, sondern einzelne Gewerbetreibende, die sich um Förderung und Privilegien bemühten. Die obrigkeitliche Verwaltung prägte sich nicht als einheitlicher, monolithischer Block aus, der nach formalen Kriterien bürokratisch Gesetze, Reglements etc. der Zentralregierung exekutierte. Sie griff vielmehr die Wünsche und Forderungen der Gewerbetreibenden auf und reagierte einzelfallbezogen auf sie. Insofern stellten sich obrigkeitsstaatliches Verwaltungshandeln und privatwirtschaftliche Unternehmensführung als Gemengelage dar – auch hinsichtlich der persönlichen Interessen der Verwaltungsangestellten und der Gewerbetreibenden –, in der die Verwaltung wohl eher der reaktive „Partner“ war und sich gegenüber den Initiativen der Unternehmer positionieren musste. In jedem Fall löst sich das Bild eines absolutistischen Staates, in dem sich Landesherr bzw. landesherrliche Administration und Wirtschaft bzw. Gewerbe fast antagonistisch begegneten, auf – von der „Dekonstruktion der absoluten Zentralstaatlichkeit“ (S. 373) ist die Rede – und wird durch eines abgelöst, das Wirtschaftsförderung als einen flexiblen, offenen, individualisierten Aushandlungsprozess unterschiedlicher oder auch gleichgerichteter Interessen zeigt.

„Der Fokus der Arbeit liegt in der Aufdeckung einer am Einzelfall orientierten Wirtschaftsförderung“ (S. 350). Von Diest will damit zur „Auflösung teleologischer Erklärungsmodelle“ zum Merkantilismus bzw. Absolutismus beitragen. Dies ist ihm gelungen, indem er tatsächlich jenseits abgehobener Interpretationen zum Verhältnis von ‚dem‘ Staat und ‚der‘ Wirtschaft den konkreten Einzelfall untersucht und als – wenn man so will – ‚dichte Beschreibung‘ quellennah präsentiert. Ob er dabei etwas über das Ziel hinausschießt, indem er der bisherigen Forschung ein Verständnis des merkantilistischen Wirtschaftssystems unterstellt, das wohl nicht mehr dem neueren Forschungsstand entspricht, sei dahingestellt. Die Studie verliert sich dabei nicht in Deskription, sondern versucht immer wieder, allgemeine Erkenntnisse zu präsentieren. Wünschenswert wäre eine knappere Zusammenfassung dieser übergreifenden Ergebnisse gewesen.

Der Text ist trotz seiner Länge und einiger sprachlicher Defizite gut lesbar. Gewöhnungsbedürftig ist etwa die Vermischung von Präsenz und Imperfekt. Er sei all denen ans Herz gelegt, die

sich eingehender mit der konkreten Praxis merkantilistischer Wirtschaftsförderung und -politik im 18. Jh. beschäftigen wollen.

GEROLD AMBROSIUS

Bremen

VSWG 105, 2018/1, 148–149

Stephanie Hagemann-Willholt

Das „gute“ Unternehmen. Zur Geschichte der Unternehmenskommunikation
(Histoire 90). transcript, Bielefeld 2016, 526 S., 54,99 €.

Hinter dem kryptischen Titel verbirgt sich eine Dissertation zur Geschichte der Sozialbilanzierung deutscher Unternehmen in den 1970er und 1980er Jahren. Der Leser erfährt dies auf der zwölften Seite der Einleitung, nachdem zunächst ein weiter Bogen um die Literatur zur „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ gespannt wurde. Die Vf.in will ihre Studie in diesem wissenschaftlichen Forschungskontext verortet wissen und fragt vor allem nach den diskursiven Aushandlungsprozessen, die verschiedenen Ansätzen einer elaborierteren, quantitativ fundierten Sozialberichterstattung in einer wirtschafts- und gesellschaftshistorischen Umbruchphase zugrunde lagen.

Empirisch konzentriert sich das Buch insbesondere auf den „Arbeitskreis Sozialbilanz-Praxis“, eine auf den Ökonomen und Soziologen Meinolf Dierkes zurückgehende und von diesem beratene Institution, und die sieben dort vertretenen Gründungsunternehmen (elf weitere kamen später hinzu). Drei Kapitel stecken den Rahmen ab: Geschichte der Sozialberichterstattung seit dem frühen 20. Jh.; neue wissenschaftliche Konzepte des Social Accounting und anderer Sozialbilanzierungsansätze in den USA und der Bundesrepublik in den 1970er Jahren; Diskussion in der Politik, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und im Deutschen Gewerkschaftsbund. Darauf folgt eine ausführliche Analyse der Sozialbilanzierungsexperimente bei der STEAG, den Saarbergwerken, dem Weinhändler Pieroth, der BASF, der Deutschen Shell und Bertelsmann. Deutlich wird dabei das sehr unterschiedliche Ausmaß, in dem die Unternehmen über interne Sozialmaßnahmen oder externe Gemeinwohlorientierung zu berichten bereit waren, und damit zugleich die geringe Verbindlichkeit des Konzepts der Sozialbilanz. Danach wird knapp „die quantitative Entwicklung der gesellschaftsbezogenen Berichtsanteile in Geschäftsberichten dreizehn deutscher Unternehmen im Längsschnitt“ der 1950er bis 1990er Jahre skizziert, wobei es sich um eine „dezidiert nicht repräsentativ[e]“ Auswahl von Konzernen handelt, die zumindest in die Diskussion um Sozialbilanzen involviert waren (S. 323 f.). Nach einigen Schlaglichtern auf Sozialbilanzierung in anderen, vor allem westeuropäischen Ländern widmet sich das abschließende Kapitel der Berichterstattung über ökologische Nachhaltigkeit und Corporate Social Responsibility von den 1980er Jahren bis in die Gegenwart.

Die auf breiter Quellenbasis fußende Studie, der an vielen Stellen ein straffendes Lektorat gut getan hätte, kann differenziert und im Detail die wachsende Bedeutung einer Konfrontation der „inneren ökonomischen Logik“ von Unternehmen mit gesellschaftlichen und wissenschaftlichen

Anforderungen, besonders die resultierenden Herausforderungen für die externe Unternehmenskommunikation zeigen. Der Realitätsgehalt der Sozialberichte und ihre Rückwirkung auf die betreffenden Unternehmen sind erklärtermaßen kein Thema, und diese Entscheidung ist grundsätzlich plausibel. Insbesondere die von den Akteuren immer wieder angeführten Probleme einer Quantifizierung von gesellschaftsrelevanten Aktivitäten eines Unternehmens und ihrer Effekte, die die Bezeichnung entsprechender Berichte als „Bilanzen“ stets fragwürdig machten, wecken nichtsdestoweniger den Wunsch, etwas mehr über das tatsächliche Potenzial von Sozialbilanzen und die allgemeine unternehmenshistorische Relevanz des Themas zu erfahren. Wenn selbst in den „Boomjahre[n] der unternehmerischen Sozialbilanzierung“ (S. 321) nur rund 40 Unternehmen solche Selbstdarstellungen vorlegten, dann lässt sich fragen, warum so viele andere den damit verbundenen Aufwand für unnötig hielten. Hat man es mit einem Randphänomen zu tun, oder weist das Verhalten der „bilanzierenden“ Unternehmen über den Spezialfall hinaus? In dieser Hinsicht wäre es aufschlussreich gewesen, stärker nach Anschlüssen an die Geschichte der finanziellen Rechnungslegung, der Wirtschaftsprüfung und des Controlling oder der einschlägigen Betriebswirtschaftslehre zu fragen. Nichtsdestoweniger liegt hier eine aufschlussreiche Studie zu dem Themenfeld vor, das der Untertitel anspricht.

RALF AHRENS

Potsdam

VSWG 105, 2018/1, 149–150

Rolf Hammel-Kiesow / Stephan Selzer (Hg.)

Hansischer Handel im Strukturwandel vom 15. zum 16. Jahrhundert
(Hansische Studien 25). Porta Alba, Trier 2016, 228 S. (12 Abb., 9 Tab.), 31,80 €.

Dieser Band umfasst zehn Aufsätze. Er entstand aus den Vorträgen auf der 130. Pflingsttagung des Hansischen Geschichtsvereins 2014 in Lübeck und ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert und weiterführend: Zum einen wird der wirtschaftsgeschichtliche Aspekt der Hanse beleuchtet, der häufig hinter politischen, diplomatischen oder verfassungsgeschichtlichen Perspektiven zurücktritt, zum anderen wird der Frage nach dem Strukturwandel, mehr noch nach dem Bedeutungsverlust der Hanse am Übergang des Mittelalters zur Neuzeit, mit modernen Forschungsmethoden durchaus erfolgreich nachgegangen.

Oliver Volckart untersucht in dem Beitrag „Währungsvielfalt, Wechselkurse und Geldmarktintegration im Hanseraum ca. 1350–1550“ an 88 Märkten in ganz Europa anhand der Gold-Silber-Wechselkurse die Frage, wie der Hanseraum am Beginn des 16. Jh.s in die europäischen Märkte integriert war. Er kommt zu dem interessanten Schluss, dass die Silberwährung, in der Transaktionen mittelbarer Größe und Reichweite getätigt wurden, eine wesentlich größere Rolle spielte als die Verwendung von Gold bei Geschäften des Groß- und Fernhandels. Dies wirft die Frage nach der Bedeutung der Hanse für den regionalen Handel auf. Christina Links Beitrag über Danzigs hansischen Handel im Strukturwandel vom 15. zum 16. Jh. verdeutlicht, dass für das in dieser Zeit stark

aufstrebende Danzig der Handel mit der Hanse zwar wichtig war, der Erfolg der Stadt vor allem aber auf der Kooperation mit englischen und holländischen Kaufleuten beruhte. Mark Häberlein relativiert in erheblichem Maß die These, dass der Aufstieg der Fugger maßgeblich zum allmählichen Untergang der Hanse beigetragen habe und stellt Aspekte der Kooperation zwischen den Fuggern und der Hanse in den Vordergrund. Markus A. Denzel stellt die These von dem „innovatorischen Rückstand der Hanse“ infrage, der die Konkurrenzfähigkeit der Hansekaufleute vermindert habe.

Carsten Jahnkes Beitrag „Mit Strukturen von gestern auf Märkte von morgen?“ macht deutlich, dass die alte hansische Netzwerktradition im 16. Jh. zwar nicht mehr aufrecht zu erhalten war und durch lineare Handelsstrukturen ersetzt wurde, die hansischen Kaufleute aber durchaus in der Lage waren, sich erfolgreich den neuen Bedingungen anzupassen. Für die deutschen Kaufleute war der Handelskontakt im Mittelmeerraum deshalb so wichtig, weil diese mit den modernen Handelspraktiken der Italiener in Kontakt kamen und sie ihren Wirtschaftsraum bis in die Levante ausdehnen konnten, so Tobias Daniels („Kooperation und Konflikt im hansischen Mittelmeerhandel“). Ulla Kypka kann der Frage nach dem Bedeutungsverlust der Hanse im 16. Jh. eine wichtige Facette beisteuern. In ihrem Beitrag „Von Brügge nach Antwerpen. Institution statt Organisation“ verdeutlicht sie am Beispiel des Niedergangs des einstmals wichtigsten Hansekantors in Brügge, wie es seine Bedeutung durch den Aufstieg Antwerpens verlor. Sie sieht die Institutionentheorie an diesem Beispiel bestätigt, da die im Mittelalter von Organisationen geprägte Handelsstruktur durch ein Setting ersetzt wurde, das stärker auf allgemeinen, offenen Institutionen beruhte und vor allem die wettbewerbsfähigen Kaufleute anzog. Die Hansekaufleute machten den Schwenk von Brügge nach Antwerpen mit, in dem eine wesentlich schwächere Kantorsorganisation etabliert wurde. Das hansische Netzwerk konnte offenbar problemlos den Ort wechseln. Allerdings wurde dabei die Organisation Kantor ausgehöhlt und die Hanse dadurch in ihrer im Mittelalter entstandenen Struktur geschwächt.

Rolf Hammel-Kiesow („Die Politik des Hansetags. Möglichkeiten und Grenzen gemeinsamer Politik am Beispiel des Nordatlantikhandels“) wirft einerseits die Frage nach der Wirksamkeit von Beschlüssen des Hansetags auf und in diesem Zusammenhang andererseits die der Aushöhlung des Bergener-Kantors durch stillschweigende Duldung des eigentlich von Seiten des Hansetags untersagten Direkthandels hansischer Städte mit Island, die sowohl die Einnahmen der norwegischen Krone aus dem norwegischen Stapel in Bergen als auch das dortige Kontor der Hanse schädigte. Ein einführender Beitrag von Stephan Selzer und ein zusammenfassender Kommentar von Gerhard Fouquet vervollständigen diesen wichtigen Band.

MATTHIAS PUHLE

Magdeburg



VSWG 105, 2018/1, 151–152

Adrian Hubel

War die Eurokrise absehbar? Ein analytischer Vergleich des Eurosystems mit dem klassischen Goldstandard aus ökonomischer und wirtschaftshistorischer Sicht

(Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 128). Steiner, Stuttgart 2016, 208 S. (46 Abb., 54 Tab.), 44,00 €.

Die in Bamberg als Dissertation angenommene Arbeit untersucht die Frage, ob die Eurokrise vorhersehbar war. Allerdings werden nicht die zahlreichen, substanziellen Warnungen von Ökonomen und Sozialwissenschaftlern vor der Einführung des Euro analysiert, darunter die der Deutschen Bundesbank, das Manifest von Wolf Schäfer und 61 Ökonomen, die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht von Hankel, Starbatty, Schachtschneider und Nölling, ferner Warnungen aus der Wirtschaft wie von Sieghardt Rometsch oder populärwissenschaftliche Prognosen wie von Roland Baader. Auch eine Analyse der Fehlschlüsse von Euro-Stabilitätsbefürwortern oder des politischen Geschehens unterbleibt. Vielmehr soll ein primär statistischer, makroökonomischer Vergleich mit dem Goldstandard die Frage beantworten. Das irritiert insofern, als der Goldstandard – vom Mainstream keynesianischer und etatistischer Kritiker abgesehen, darunter insbesondere Zentralbankvertreter – zwar als fehlerbehaftete, aber unvergleichlich stabile Währungsordnung gilt (u. a. Peter Bernholz, George Selgin, Larry White, Roland Vaubel, Murray Rothbard, Jesus Huerta de Soto). Indes fehlen diese Wissenschaftler genauso wie ideengeschichtliche Skizzen der diversen Debatten über die Eigenheiten unterschiedlicher Währungsverfassungen.

Schließlich zeigt Hubel die „enormen Unterschiede“ (S. 167) auf, die Goldstandard und Euro-System trennen. Die modernen Währungssysteme bildeten seit dem 19. Jh. stets eine Einheit zwischen Währungs- und wirtschafts- sowie fiskalpolitischem Raum – mit Ausnahme des Euro. Warum eine makroökonomische Untersuchung des Goldstandards etwas über die Vorhersehbarkeit der Eurokrise aussagen kann, reduziert sich somit weitgehend auf eine Ähnlichkeit: das Fixkursystem.

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Theorie des optimalen Währungsraums. Vor diesem Hintergrund wird der Goldstandard auf Aspekte wie Faktormobilität, Geldmengen-Preismechanismus, Zinsentwicklung und Zahlungsbilanzentwicklung untersucht. Dasselbe geschieht anschließend für das Euro-System. Das Ergebnis bestätigt die 25 Jahre währenden Warnungen: „Da die Kriterien des optimalen Währungsraums in der Eurozone nicht erfüllt sind“, könne nicht davon ausgegangen werden, dass „die Eurozone ein dauerhaft stabiles System darstelle“ (S. 164). Gleichwohl vermutet Hubel, dass der Goldstandard „damals anfälliger war als dies aus heutiger Sicht erscheinen mag“ (S. 175), weil vom Bankensystem erhebliche systemische Risiken ausgegangen seien. Ähnlich überraschend mutet das Fazit an, da eine These in eine Tatsache umgemünzt wird: Die Arbeit habe nachgewiesen, dass „der klassische Goldstandard eben kein funktionierendes Währungssystem darstellte“ und „langfristig wohl gescheitert“ wäre (S. 177).

Die von Befürwortern eines Goldstandards üblicherweise angeführten Kriterien spielen in der Untersuchung praktisch keine Rolle: geringer Kaufkraftverlust, geringe Staats- und private Verschuldung, Vorhersehbarkeit für die Geldnutzer, Systemstabilität, wenn der Staat diese nicht untergrub, wie etwa in den USA während und nach dem Bürgerkrieg, und Selbstheilungskräfte bei

der Krisenbereinigung mangels Bailout und Lender of Last Resort. Der Goldstandard findet nicht deshalb Befürworter, weil Politiker und Bankiers verantwortungsbewusstere Menschen waren, sondern weil die institutionellen Bedingungen weniger Spielraum für unverantwortliches Handeln ließen. Handeln und Haften bildeten noch eine Einheit – anders als im Euro-System. Walter Baehot forderte 1873 folgerichtig Strafzinsen für Krisenkredite. Hintergrund war ein erneuter fundamentaler Unterschied zum Euro: Alle Versuche, sich auf ein gemeinsames Währungssystem zu einigen, scheiterten, wie etwa Giulio Gallarotti in seinem interdisziplinären Ansatz „The Anatomy of an International Monetary Regime“ aufgezeigt hat.

Handelnde Menschen kommen in der Makro-Analyse ohne Mikro-Fundierung indes nicht vor. Handelnde Menschen konstruierten jedoch das per se instabile Euro-System und beschädigten es in der ersten Krise. Rechtsverstößen und Vertragsbrüchen folgten Klagen. Im Goldstandard war das nicht möglich; er bildete sich emergent, wurde ausgesetzt und schließlich abgeschafft – als politische Entscheidung, aber nicht infolge von Bankenkrisen. Das hat Jesus Huerta de Soto zu dem umstrittenen Plädoyer für den Euro als einen zweitbesten Goldstandard veranlasst (vgl.: Die Verteidigung des Euro: Ein österreichischer Ansatz, 2012), beantwortet aber ebenfalls nicht die Frage: „War die Eurokrise absehbar?“

MICHAEL VON PROLLIUS
Berlin

VSWG 105, 2018/1, 152–153

Institut für Bank- und Finanzgeschichte e. V. (Hg.)
100 Jahre Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands 1916–2016
Steiner, Stuttgart 2016, 309 S. (10 Abb., 22 Fotos), 44,00 €.

Ziel dieses vom Bundesverband Öffentlicher Banken in Auftrag gegebenen Sammelbandes ist es, die institutionelle Geschichte des Verbandes nachzuzeichnen, der bereits zu seinem 75jährigen Jubiläum eine auf historischen Quellen basierende Darstellung veröffentlichte. In ihrer luziden Einleitung skizziert Ursula Weidenfeld zunächst die hundertjährige Arbeit des Spitzenverbandes, die sie als „Geschichte der Defensive“ deutet: In der „Subsidiarität“ zeige sich der Kern des öffentlichen Bankwesens, das gerade bei Marktversagen und/oder fehlender privater Tätigkeit seine Stärke beweise, zugleich aber auch immer auf funktionierende Märkte angewiesen sei.

Im ersten Hauptkapitel zeichnet Patrick Bormann die Frühphase des Verbandes deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (VdörK) überaus quellennah von der Gründung bis zur Weltwirtschaftskrise nach. Im Mittelpunkt steht zu Recht das Spannungsverhältnis zur Sparkassen- und Giroorganisation, das durch permanente Versuche gegenseitiger Marktpenetration, aber auch durch wiederkehrende Fusionspläne gekennzeichnet war. Der VdörK vermochte es nach Bormann selten, die Interessen seiner Mitgliedsinstitute gegen jene Konkurrenz zu bündeln, die nicht nur deutlich höhere Bilanzsummen aufwies, sondern auch weitaus öfter das Gehör der Politik fand und eine regere Öffentlichkeitsarbeit betrieb.

Das in den späten 1920er Jahren konkurrenz- und konjunkturbedingt leidende Kerngeschäft mit Kommunal- und Landwirtschaftskrediten wurde dann, so Joachim Scholtyseck in seinem Kapitel zum „Dritten Reich“, von der NS-Konjunkturpolitik zunächst zwar durchaus begünstigt. Von der massiven Kapitallenkung zu Aufrüstungszwecken und der Reichserbhofgesetzgebung hätten die Verbandsmitglieder aber keineswegs profitiert. Die staatliche Nähe der Institute habe dem Regime die zügige Gleichschaltung des Verbandes erlaubt, der – nunmehr in der Reichsgruppe Banken aufgegangen – dem von 1933 bis Kriegsende eingesetzten Präsidenten und „Parteisoldaten“ Gerhard Kokotkiewicz unterstand. Bemerkenswert sind die von Scholtyseck geschilderten Behauptungsversuche Rudolf von Bitters, der herausragenden Verbandsfigur der Zwischenkriegszeit.

Im März 1941 aufgelöst, erfolgte 1948/49 die Wiedergründung als „Verband öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten“ (VÖK), beschränkt auf Westdeutschland. Während der VÖK sich nach Boris Gehlen im Wirtschaftswunder politisch wie medial zurückhielt, fungierte er von Beginn an als wichtiger interner Servicedienstleister für die Mitglieder. Für sein bis in die späten 1990er Jahre reichendes Doppelkapitel setzt Gehlen die plausible Zäsur 1967/73, für die er die westdeutsche Zinsliberalisierung, verstärkte Interessenvertretung in Brüssel sowie die nach dem Ende von Bretton Woods intensivere Kapitalmarktorientierung anführt. Gerade die einsetzende Selbstreflexion im Zuge der neuen Marktverfassung habe zu vermehrten Legitimations- und Lobbybemühungen des öffentlichen Kreditwesens geführt. Hierin fällt auch die Umbenennung in „Verband öffentlicher Banken“ (VÖB) 1974. Die „Konkurrenzpartnerschaft“ mit der Sparkassen- und Girobewegung und die Internationalisierung des Geschäfts kommen bei Gehlen gut zum Ausdruck.

Dirk Schierecks Schlusskapitel konzentriert sich auf den Wegfall der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie seine verheerenden bilanztechnischen Folgen in der Finanzkrise. Die Aufhebung der Einstandspflicht – ausgehend von der Kritik privater Banken und der kreditwirtschaftlichen Harmonisierung in der Europäischen Union – zeigt, wie begrenzt der Einfluss des VÖB aufgrund weitgehend fehlender europäischer Pendanten zum deutschen öffentlichen Bankwesen mitunter war. In der Krisenbewältigung trug vor allem die Rolle der Förderbanken wiederum zur Stärkung des VÖB bei.

Der umfassende Quellenzugriff aller Beiträge – knapp ein Dutzend Archive wurde konsultiert – verdeutlicht den immensen Bedeutungszuwachs unternehmerischer Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in einem zudem seit den 1960er Jahren international erweiterten Markt. Fraglich bleibt am Ende, inwiefern der VÖB seine Legitimität heute noch aus seiner vorgeblichen Marktkorrekturfunktion bezieht, wenn im Grunde eine – abgesehen von den Förderbanken – seit langem währende Tendenz hin zum Geschäft der Privat institute sichtbar ist. Die öffentlichen Kreditanstalten und ihr Verband wären mithin Teil eines Problems geworden, das sie durch historische Identitätsbildung stets zu lösen versucht hatten.

MATTHIAS KEMMERER

Frankfurt a. M.



VSWG 105, 2018/1, 154–155

Eva Jullien / Michel Pauly (Hg.)

Craftsmen and Guilds in the Medieval and Early Modern Periods

(Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 235). Steiner, Stuttgart 2016, 316 S., 54,00 €.

Eine Institution wie die Zunft, die acht Jahrhunderte in einem Zeitalter schwacher Staatlichkeit überdauerte, weist vielfältige Erscheinungsformen und ein hohes Maß an Flexibilität gegenüber sich wandelnden Umweltbedingungen auf. Der hier anzuzeigende Sammelband einer Luxemburger Tagung des Jahres 2013 belegt, dass Zünfte nicht die starren Gebilde waren, welche die ältere Forschung in ihnen sah.

In einem einführenden Aufsatz stellt Rudolf Holbach Theorien der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturwissenschaften vor und fragt nach deren Nutzen für die Zunftgeschichte. Nicht alles ist neu, nicht alles anwendbar, doch immerhin versorgen diese Theorien Historiker mit Begriffen und Problemen und gewährleisten den Anschluss der Geschichtswissenschaft an die Diskussionen der sogenannten „systematischen“ Disziplinen. Anschließend werfen Fallbeispiele zu den Rahmenthemen „Zunft und Öffentlichkeit“, „Handwerkerinnen im Zunftwesen“ und „gewerbliche Arbeitsmärkte“ Schlaglichter auf die Geschichte europäischer Städte.

Arie van Steensel vergleicht die politische Partizipation der Zünfte in den spätmittelalterlichen Städten London, Gent und Florenz. Politische Erklärungen (im weitesten Sinne) seien für die Zunftgeschichtsschreibung nicht minder relevant als ökonomische, meint er. Tineke van Gassen untersucht die soziale Mobilität der Zimmerleute und Steinmetzen im mittelalterlichen Gent. Für deren sozialen Aufstieg waren vor allem wirtschaftliche Stärke und familiäre Beziehungen verantwortlich, neben denen sich die allgemeine politische Situation der Stadt Gent auswirkte. Im christlichen Spanien gab es seit dem 13. Jh. nach muslimischen Vorbildern, so Ricardo Córdoba de la Llave, Aufsichtspersonal, das im Zusammenspiel von Zünften und Kommunen für Qualitätssicherung und Streitschlichtung zuständig war. Auch die Formulierung von Satzungen und die Durchführung von Meisterprüfungen zählten zu ihren Aufgaben.

In einer Studie über Rouen weist François Rivière nach, dass es im mittelalterlichen Zunftwesen mehr weibliche Aktivitäten gab als die ältere Forschung annahm. Frauen waren als Witwen, Meistertöchter oder mithelfende Familienangehörige, aber auch als selbstständige Handwerkerinnen zünftig involviert. Besonders in „typisch weiblichen“ Gewerben waren Frauen Mitglieder von Zünften. Sie wählten aus ihrer Mitte die Vorsteherinnen oder wurden von Männern vertreten, oft ihren Ehepartnern. Noch im 17. und 18. Jh. gab es in Köln Frauen, die es als Strickerinnen zur Meisterwürde oder zur Betätigung als selbstständige Händlerinnen brachten. Das seltene Strickerhandwerk wanderte nicht, während Frauen in Gewerben mit Wanderpflicht von der Meisterschaft ausgeschlossen blieben. Wie Muriel González Athenas anhand ihrer Untersuchung der Kölner Verhältnisse allerdings zu dem Schluss kommt, der Unterschied des Geschlechtes hätte keinen Einfluss auf die Handwerksarbeit gehabt und Frauen seien aus dem Kölner Zunftwesen während der Frühen Neuzeit nicht verdrängt worden, bleibt ihr Geheimnis. Konträre Quellenbelege sind so zahlreich, dass man die Kölner Strickerinnen als Besonderheit bezeichnen muss. Maija Ojala schildert, in welchem Spannungsfeld sich die Zuordnung von Gesellen zu Meisterwitwen in vier Städten des

Ostseeraumes befand; Sabine von Heusinger argumentiert anhand ihrer Habilitationsschrift zur Straßburger Zunftgeschichte, dass die klassische Vorstellung von der Handwerkerfamilie als einer Wirtschaftseinheit nicht immer zutraf: Frauen und Söhne arbeiteten und Töchter heirateten in anderen Gewerben als der Ehemann bzw. Vater, der vielleicht mehrere Berufe ausübte.

Vier Aufsätze widmen sich einzelnen Handwerkszweigen. Danica Brunner zeigt anhand der Maler Augsburgs und einiger anderer Städte den organisatorischen Reichtum des Zunftwesens auf, Katalin Prajda untersucht die Entwicklung der Edelmetallgewerbe in Florenz im 14. und 15. Jh. und Nicoletta Rolla die Turiner Baugewerbe im 18. Jh. Einen Überblick des im 14. und 15. Jh. entstehenden Büchsenmachergewerbes gibt Knut Schulz, der die rasche Ausbreitung von Innovationen betont. Zwei Studien gewähren Einblick in Spezialprobleme der Zunft- und Handwerksgeschichte. Reinhold Reith diskutiert Lohnformen um 1770 und Eleonora Canepari die Bedeutung alter Lehrlinge und ewiger Gesellen im Rom des 17. und 18. Jh.s.

Die Aufsätze bereichern die Diskussion über Zünfte und Handwerke um interessante Aspekte, ohne dabei den wissenschaftlichen Grundkonsens der letzten drei Jahrzehnte zu verlassen. Ähnlich differenzierte Ausführungen, wie sie hier für städtische Gewerbe getroffen wurden, würde man sich für das Landhandwerk der Frühen Neuzeit wünschen.

ARND KLUGE

Hof

VSWG 105, 2018/1, 155–156

Jürgen Kocka / Marcel van der Linden (Hg.)
Capitalism. The Reemergence of a Historical Concept
 Bloomsbury, London/New York 2016, 281 S., 85.00 £.

This book originates from a workshop held at the World Congress of Economic History in Stellenbosch, South Africa in July 2012. It brings together leading experts from economic history and neighbouring fields to reflect on the revival of the concept of capitalism and its consequences. The tone is set in a brief introduction by one of the editors, Kocka. He discusses past uses of the term 'capitalism' and its current revival, in the wake of the end of the Cold War and the Great Recession of 2008, and develops a new working definition, drawing on both Marxist and Weberian traditions. The key question that he poses to the contributors is: What are the opportunities and risks posed by the revival of the concept of capitalism in their respective fields?

Cassis looks at the opportunities for economic history offered by the analysis of financial crises from the perspective of capitalism. He sees the concept as enabling communication between economists and economic historians on the one hand and other historians on the other. Cassis' hope is that its revival will foster a new study of financial crises that pays due attention to their political, social and cultural contexts. Komlosy questions the privileged place held by wage labor in theories of capitalism, by stressing the complementary role played by forced and informal, including unpaid labor to dynamics of surplus value appropriation. De Grazia argues that it is only in recent times

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

that consumption became central to the sustenance of capitalist systems, culminating in the Great Recession, which she sees as a crisis of hyper-consumerism. Drawing on the case of the Italian multinational retailer Benetton, de Grazia traces its origin to neo-liberal globalization and EU-led austerity. Fridenson stresses the specific contributions of recent business history – a discipline where capitalism has traditionally played a particularly central analytical role – to our understanding of organizations like networks and banks, beyond the strictures of new institutional and Marxist analyses. For him more systematic attention to capitalism would lead business historians towards new directions: the study of spatiality, inequality and environment. In James' chapter the financial history of capitalism from the Middle Ages to the present day is divided up into seven distinct phases. His analysis highlights the ambivalent roles that financial capitalism played in the economies of the past. Eckert's contribution on Africa goes back to the question of labor. It, too, challenges the identity between commodified and wage labor. Eckert also stresses how the study of capitalist labor highlights mutual connections between world regions. This point is developed further by Wallerstein who uses world system theory to make bold predictions on the imminent end of capitalism.

The commentaries in the last section reflect on how the various chapters fit together. Austin draws on his expertise on African economic history to defend the usefulness of the distinction between paid and unpaid labour, while highlighting the potentials of capitalism as a concept and history as an approach for understanding the present. Beckert laments important neglects, like the country-side and the state, but also applauds the return to structural analysis that the new history of capitalism has fostered. These themes are also at the centre of van der Linden's final thoughts on how defining capitalism and studying its historical development is a challenging but nevertheless rewarding endeavour.

This collection provides a useful overview of how the concept of capitalism has been revived across a range of fields, providing valuable insights into the methodological challenges and theoretical questions associated with these developments. A basic tension between capitalism as a historiographical concept and capitalism as a theory is only partly resolved, as different chapters focus on one or the other. Generally, the various contributions highlight heterogeneity in approaches and theoretical orientations. Yet this book is the living proof of how the new histories of capitalism have the potential to encourage exchanges across sub-disciplinary boundaries in the interest of the development of a history that can speak to the big questions of the present. No doubt, this is to be welcomed. The extent to which the call will be followed by practitioners remains to be seen.

DAVID CHILOSI
Groningen



VSWG 105, 2018/1, 158–159

Philippe Marguerat

Banques et grande industrie. France, Grande-Bretagne, Allemagne, 1880–1930
(Collection de la Mission historique de la Banque de France). Science Po, Paris 2015,
415 S., 35,00 €.

Dieses Buch aus der Schriftenreihe der französischen Nationalbank gehört zu den bislang seltenen Veröffentlichungen zur vergleichenden Nationalgeschichte des Bankwesens. Der Vf. stellt die Geschichte des französischen, deutschen und britischen Bankwesens in der Hochzeit der Industrialisierung in vergleichender Perspektive dar.

Die Struktur der nach Epochen (1880–1913 und 1920–1930) und Staaten gegliederten Kapitel ist aus guten Gründen nicht identisch. Während Marguerat sich in seinem Kapitel über das britische Bankwesen in der *belle époque* vorwiegend mit den *merchant banks* und der Kapitalmarktfinanzierung der britischen Industrie beschäftigt, widmen sich die Kapitel zum deutschen Bankwesen vor allem den Kapitalverschränkungen und den personellen Überkreuzverflechtungen zwischen (Groß-) Banken und Schwerindustrie. Neben detaillierten Erläuterungen der Unterschiede zwischen dem britischen Trenn- und dem deutschen Universalbankensystem vermitteln transnationale Vergleiche der Bilanzsummen, der Eigenkapitalausstattung und Kapitalrenditen einen empirisch fundierten Einblick in die unterschiedlichen Grade der Bankenzentralisierung und der finanziellen Stärke. Marguerat unterliegt dabei nicht der Illusion, Größe mit Macht gleichzusetzen. In seinen Kapiteln über das deutsche Bankwesen – und nicht nur dort – zeigt er sich auf der Höhe des Forschungsstands. Auf der Grundlage der relevanten Forschungsliteratur zur Bankengeschichte des Kaiserreichs charakterisiert er das Verhältnis zwischen Großbanken und Schwerindustrie als Abhängigkeitsbeziehung auf Augenhöhe und Gegenseitigkeit. Er vermeidet dabei den Trugschluss, die umfassende Präsenz der Großbanker in den Aufsichtsräten der Großindustrie mit tatsächlicher Macht über deren Geschäftspolitik gleichzusetzen. Seine Daten zur Finanzierung der Großindustrie zeigen deutlich, dass sich die Schwerindustrie – im Unterschied zur Elektroindustrie – mehrheitlich durch Selbstfinanzierung und nur zu geringeren Teilen über bankengelenkte Aktienemissionen und Großkredite finanzierte.

Die transnationale Vergleichbarkeit der Bankensysteme hat jedoch methodische Grenzen. Da das deutsche Handelsgesetzbuch die Bildung großzügiger stiller Reserven ermöglichte, tendieren die Gewinn- und Renditestatistiken deutscher Banken im Vergleich mit angelsächsischen Bankbilanzen zum Understatement.

Insgesamt bietet Marguerat einen fundierten und sehr nützlichen vergleichenden Überblick

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

über die nationalen Unterschiede der Bankensysteme während der ersten Hochblüte des Finanzkapitalismus. Angesichts der tendenziell schrumpfenden Bereitschaft zur Lektüre nicht-englischsprachiger Forschungsliteratur in der *scientific community* wäre es wünschenswert, wenn sich englische Verlage für eine Übersetzung entscheiden würden.

CHRISTOPHER KOPPER

Bielefeld

VSWG 105, 2018/1, 159–160

Jann Müller

Die Wiederbegründung der Industrie- und Handelskammern in Ostdeutschland im Prozess der Wiedervereinigung

(Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 239). Steiner, Stuttgart 2017, 284 S., 52,00 €.

Die vorliegende Studie ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation, die bei Günther Schulz in Bonn entstand. Verglichen mit anderen geschichtswissenschaftlichen Doktorarbeiten ist sie erfreulich kurz. Der Vf. versteht es, sich auf Wichtiges zu konzentrieren und zentrale Gedanken in sechs Kapiteln klar zu formulieren. Er behandelt erstens institutionell-organisatorische Fragen der Neugründung der Industrie- und Handelskammern, beschäftigt sich zweitens mit dem Spitzenpersonal und thematisiert drittens wichtige praktische Aufgaben der Kammern (Berufsausbildung, Infrastrukturpolitik, Mittelstandspolitik, Beratungsdienstleistungen).

Widmet sich ein Historiker der jüngsten Vergangenheit, begibt er sich – eine Binsenweisheit – auf dünnes Eis. Müller stützt seine Forschungen vor allem auf Akten des Deutschen Industrie- und Handelstags sowie publizierte, gedruckte Quellen. Darüber hinaus zieht er Akten der DDR-Behörden bis hin zur Modrow-Regierung sowie einzelne Interviews mit IHK-Repräsentanten heran.

Der Vf. geht von der Frage nach dem Charakter des „Institutionentransfers“ (Gerhard Lehmbuch) aus. Im Kern argumentiert er, die eigenen Initiativen von Gewerbetreibenden in der DDR bei der Neugründung der Kammern müssten stärker gewichtet werden als bislang. Dabei grenzt er sich wiederholt von bisherigen Forschungsergebnissen ab, insbesondere von dem im Jahr 2000 erschienenen Band von Nils Diederich, Ingeborg Haag und Georg Cadel. Nach Müllers Auffassung verlief die Neugründung weder strikt zentralistisch, also durch Volkskammer oder DDR-Regierung gesteuert, noch wurde das Kammersystem aus dem Westen importiert oder gar oktroyiert. Müller betont die endogenen Faktoren und das Wirken der handelnden Unternehmer. Er verortet den Prozess demnach „im Protest der Bürgergesellschaft“ (S. 252) gegen das alte politische System der DDR und ihre „Handels- und Gewerbekammern“, die keineswegs der wirtschaftlichen Interessenvertretung dienen. Das heißt: Die Industrie und Handelskammern wären, verglichen mit anderen Institutionen, die auf dem Boden der DDR entstanden, ein Sonderfall.

Die Argumente des Verfassers können weitestgehend überzeugen. Lediglich in einigen Details wäre Kritik angebracht. Gelegentlich bleiben Formulierungen zu unscharf oder führen gar in die

Irre. Beispiele: Dass die Gauwirtschaftskammern im NS-Staat „an Stelle der IHKn und der Handwerkskammern errichtet worden“ seien (S. 11), unterschlägt die faktischen Kontinuitäten. Dass die Kammern in der Bundesrepublik „ausschließlich unternehmerische Interessen“ wahrgenommen hätten (S. 12), lässt ihre öffentlichen Aufgaben außer Acht. Über das Spitzenpersonal der neuen ostdeutschen Kammern (S. 98 ff.), über dessen Rekrutierung, Bildungsprofil, Herkunft und generationelle Zugehörigkeit hätte man sich detailliertere, vor allem auch quantitativ abgesicherte Informationen gewünscht. Qualitative Einschätzungen wie „mehrheitlich“ oder „überwogen“ befriedigen nicht ganz, zumal unklar ist, auf welchem Sample die Angaben beruhen.

Zu Recht unterstreicht Müller, dass die neuen Kammern anders als ihre westdeutschen Pendanten einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf den direkten Service für ihre Mitglieder und für potenzielle Unternehmensgründer legten. Ohne Zweifel leisteten die Kammern mit dieser Beratung einen wichtigen Beitrag zum Entstehen eines neuen Unternehmertums auf dem Gebiet der früheren DDR. In einigen Passagen der Arbeit überschätzt Müller aber doch die Rolle und den Einfluss der Kammern. Grundlegende Entscheidungen über Wirtschaftsordnung und -politik konnten sie faktisch kaum beeinflussen, und vor Ort waren nicht zuletzt die Kommunalverwaltungen und Unternehmerpersönlichkeiten außerhalb der Kammern entscheidende Faktoren für die Restrukturierung der Wirtschaft. Diese Anmerkungen sollen die Leistung der Arbeit nicht unzulässig schmälern. Insgesamt schärft die solide Studie den Blick für die Komplexität des Aufbaus neuer Institutionen auf dem Boden der ehemaligen DDR und erweitert damit unser Wissen signifikant. Ob alle Ergebnisse dauerhaft Bestand haben werden, wird die Zukunft zeigen, wenn neue Quellen zugänglich werden, insbesondere das Schriftgut der Kammern. Zumindest bis dahin markiert Jann Müllers Buch den Forschungsstand.

RALF STREMMEL
Essen

VSWG 105, 2018/1, 160–161

Manfred Rasch

Der Unternehmer Guido Henckel von Donnersmarck. Eine Skizze

Klartext, Essen 2016, 304 S. (zahlr. Abb.), 24,95 €.

Die lange Tradition einer betriebswirtschaftlich-ökonomischen oder technisch orientierten Unternehmensgeschichtsschreibung befindet sich gegenwärtig offensichtlich auf dem Rückzug, und methodisch alternativ orientierte Ansätze drängen vor. Diese Entwicklung bedingt auch eine Wiederbelebung des längere Zeit vernachlässigten Genres der Unternehmerbiographie. Eine derart wachsende Vielfalt in den unternehmenshistorischen Forschungsarbeiten ist gewiss zu begrüßen.

Die vorliegende Arbeit fügt sich in diesen Trend, und ihr kommt als besonderes Verdienst zu, dass sie sich mit einem Typus von Unternehmer beschäftigt, der in Deutschland eigentümlich war und als „oberschlesischer Magnat“ in die Literatur eingegangen ist. Es handelt sich um Mitglieder des Adels, z. T. sogar des Hochadels, die neben ihren ausgedehnten Gutsbetrieben auch gewaltige

montan-industrielle Unternehmen betrieben. Einer der bedeutendsten Vertreter dieser Personengruppe war Guido Henckel von Donnersmarck aus der evangelischen Linie Tarnowitz-Neudeck, zu unterscheiden von der katholischen Linie Beuthen-Siemanowitz, dessen bedeutendster Vertreter Hugo Henckel von Donnersmarck war.

Zu Beginn verweist der Autor auf die schwierige Quellenlage seiner Untersuchung, die ihm nur eine skizzenhafte Darstellung des „Unternehmers“ möglich mache. Diese Beschränkung wird dann auch an zahlreichen Stellen des Buches schmerzhaft bemerkbar. So z. B. bei der Darstellung der Verwaltung des gewaltigen oberschlesischen Landbesitzes der Familie Donnersmarck, die er mit wenigen Hinweisen auf knappe Erwähnungen, die Felix Triest (*Topographisches Handbuch von Oberschlesien*, 2 Bde. 1864, ND 1984) abhandelt, den umfangreichen archivalischen Bestand im Staatsarchiv Breslau jedoch nicht zur Kenntnis nimmt. Demgegenüber vermag der Vf. darauf hinzuweisen, dass ihm, anders als früheren Autoren (Wilhelm Treue, Konrad Fuchs), erstmals Zugang zu privaten Unterlagen beim derzeitigen Familienoberhaupt des Hauses, Graf Guidotto II., gewährt worden sei. Das mag hinsichtlich der Quellenbasis für eine Familiengeschichte von Nutzen sein, der Mehrwert für die unternehmerische Leistung seines Protagonisten erschließt sich in den folgenden Ausführungen (noch?) nicht.

Was die Geschäftstätigkeit Guidos anbetrifft, so erscheint sie in der Darstellung sehr ungleichmäßig repräsentiert. Ein umfangreiches Kapitel (S. 113–150) widmet sich z. B. den skandalösen spekulativen Geschäften des sog. „Fürstentruts“, an dem Guido aber gar nicht beteiligt war, während hochspekulative Terraingeschäfte in Villengegenden in Berlin und an anderen Orten als Beiträge zur Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse charakterisiert werden (S. 156f.). Wenn von Entscheidungen im industriellen Bereich die Rede ist, so werden diese zumeist unmittelbar dem Grafen zugeschrieben, während an anderer Stelle gerade auch die Bedeutung seiner zahlreichen leitenden Mitarbeiter hervorgehoben wird. Am Ende seines Lebens bediente sich der nunmehrige Fürst sogar selbst dieses Argumentationsmusters, indem er seine Direktoren für das finanzielle Desaster seiner Grundstücksgeschäfte verantwortlich machte. In seinem Testament verpflichtet er die Erben zudem zum alsbaldigen Verkauf der Grundstücke, was angesichts der bereits beobachtbaren Inflation nicht gerade als zukunftssträchtige unternehmerische Entscheidung gewürdigt werden kann. Die Charakterisierung von Guido als den „erfolgreichsten Unternehmer unter den deutschen Adeligen“ (S. 9) wirft, sollte sie zutreffen, ein äußerst negatives Bild auf seine Standesgenossen.

Zu bedenken bleibt auch, dass Guido einen Großteil seines Lebens außerhalb Oberschlesiens zubrachte, zunächst in den „angeblich“ wilden Jahren in Paris, später in Berlin. Auch seine jugendlichen Eskapaden, seine langlebige Affäre mit Madame Blanche La Paiva und manches andere in seinem langen Leben bieten noch ausreichend Stoff für eine ausführliche Biographie, die weit über die nur skizzenhaft unternommene Würdigung seines unternehmerischen Schaffens durch Manfred Rasch hinausweisen würde.

TONI PIERENKEMPER
Münster



VSWG 105, 2018/1, 162–163

Manfred Rasch / Herbert Nicolaus (Hg.)

Zum Transformationsprozess der DDR-Stahlindustrie zwischen Plan- und Marktwirtschaft

Klartext, Essen 2016, 206 S., 22,95 €.

Dieser Sammelband geht auf eine Tagung des Stahlinstituts VDEh in Eisenhüttenstadt im August 2012 zurück, bei der sich Historiker und Zeitzeugen über die Umgestaltung der DDR-Stahlindustrie im Zuge der deutsch-deutschen Wiedervereinigung austauschten. Die hier veröffentlichten Beiträge behielten ihre jeweils ganz eigene Sprache und sind von unterschiedlicher Aussagekraft.

Rainer Karlsch umreißt im ersten Beitrag die wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Stahlindustrie von 1945 bis ins neue Jahrtausend, geht auf deren verschiedene Phasen ein und ordnet sie in die ostdeutsche Wirtschaftsgeschichte insgesamt ein. Dieter Ameling, ehemaliger Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, beleuchtet vor allem die Situation der Stahlindustrie in Westeuropa und der Bundesrepublik und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für die Umgestaltung in Ostdeutschland. Helmut Kinne, bis 1990 Hauptmetallurge im zuständigen DDR-Ministerium, skizziert den technischen Stand der ostdeutschen Stahlindustrie Ende der 1980er Jahre, wobei jedoch seine Produktivitätsvergleiche mit der westdeutschen Stahlindustrie mit den von ihm präsentierten Angaben schwer nachzuvollziehen sind, wenngleich der umfangreiche Anhang seines Beitrags mit dem Technikprofil der ostdeutschen Produzenten und weiteren statistischen Daten für zukünftige Forschungen von Interesse sein könnte. Bemerkenswerterweise distanziert sich einer der Herausgeber, Manfred Rasch, in seiner Einleitung von den Urteilen dieses Beitrags und bewertet ihn als „historisches Dokument für eine von ostdeutschen Hüttenleuten offenbar bis heute vermisste Anerkennung ihrer Qualifikation und geleisteten Arbeit“ (S. 10).

Jürgen Peters, ehemaliger IG-Metall-Vorsitzender, Anfang der 1990er Jahre auch zuständig für Sachsen-Anhalt, berichtet insbesondere über die Auseinandersetzungen um die Zerschlagung eines der größten DDR-Maschinenbaubetriebe: das Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann (SKET) in Magdeburg. Zudem widmet sich Karl Döring, Generaldirektor des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) seit 1985 und dann bis 1994 Vorstandsvorsitzender der EKO Stahl AG, den Ränkespielen insbesondere der westdeutschen Stahlproduzenten um die zunächst gescheiterte Privatisierung des Unternehmens in Eisenhüttenstadt, die schließlich aber mit einem belgischen Übernehmer zu einem Erfolg wurde. Den Aufbau und die Transformation des EKO nach 1990 behandelt dann auch Herbert Nicolaus aus der Sicht des Historikers. Schließlich stellt Jürgen Nathow, ehemaliger Leiter des Kaltwalzwerks in Eisenhüttenstadt, dessen technische Parameter und Produktentwicklung vor.

Melanie Eißner und Stefan Jentsch beschreiben – gestützt auf Archivadokumente – den Kampf des Freitaler Edelstahlwerks und seiner Belegschaft um den Erhalt und Weiterbetrieb dieses Unternehmens, der vor allem gegen die Treuhandanstalt geführt werden musste und damit endete, dass es von einem Siegener Stahlveredler übernommen wurde, der schließlich auch seine Unternehmenszentrale nach Sachsen verlegte. Der Zusammenführung dieser beiden Unternehmen, der sich dabei ergebenden Probleme für die Arbeits- und Unternehmenskultur sowie ihrer Lösung wendet sich ihr ehemaliger Geschäftsführer zu, denn diese waren in Siegen und in Freital auf ihre eigene

Weise historisch geprägt – durch ein mittelständisches Unternehmen einerseits und einen planwirtschaftlichen staatlichen Betrieb andererseits. Abschließend geht der Historiker Franco Lehmann auf die Umgestaltung der Bergakademie Freiburg ein.

Leider werden in dem Band nur Unternehmen näher beleuchtet, bei denen die Transformation halbwegs erfolgreich verlief. Das lässt sich zwar beispielsweise mit der Quellenlage erklären, ist aber ein wenig unbefriedigend, weil man anderenfalls Genaueres über das Scheitern ostdeutscher Unternehmen in der Transformation erfahren hätte. Nichtsdestoweniger liegen hier Beiträge vor, die als Grundlage für weiterführende Forschungen zur Umgestaltung der ostdeutschen Wirtschaft in den 1990er Jahren dienen können.

ANDRÉ STEINER
Potsdam

VSWG 105, 2018/1, 163–164

Michael Schäfer

Eine andere Industrialisierung. Die Transformation der sächsischen Textil-exportgewerbe 1790–1890

Steiner, Stuttgart 2016, 477 S., 72,00 €.

Keine deutsche Region vollzog die strukturelle Transformation hin zu einer vom sekundären Sektor geprägten Wirtschaft so früh und so radikal wie Sachsen. Die um 1800 allmählich einsetzende Industrialisierung bildete dabei nur einen Teil dieses Prozesses. Über die gesamte strukturelle Transformation trugen vornehmlich die im 18. Jh. sich endgültig etablierenden Textilexportgewerbe die dynamische gewerbliche Entwicklung. Die vorindustriellen Exportgewerbe prägten dabei entscheidend die sächsische Industrialisierung und sind zur Erklärung der Besonderheiten ihres Wachstumspfades unverzichtbar. Damit steht Sachsen quer zu gängigen Interpretationsmustern der deutschen Industrialisierung.

Verdienst der vorliegenden Studie ist es, die anhaltende Dynamik der sächsischen Textilexportgewerbe bei eher zögerlichem Übergang zur Fabrikproduktion und langsamer Maschinisierung, selbst während der Industrialisierungsphase, als gelungene Nutzung der eigenen Wettbewerbsvorteile durch die Akteure und hochflexible, letztlich erfolgreiche Anpassung an sich ständig verändernde (Welt)märkte überzeugend zu erklären. Das protoindustrielle Erbe der sächsischen Wirtschaft war keine Wachstumsbremse, im Gegenteil: Es bereitete den Boden für eine eher von mittelständischen Unternehmen geprägte durchgreifende Industrialisierung jenseits des schwerindustriellen Komplexes.

Schäfers Studie steht in den besten Traditionen der umfangreichen Werke von Vertretern der Historischen Schule zu einzelnen Gewerben und Regionen Sachsens während seiner ‚langen Industrialisierung‘. Quellennah räumt er überzeugend mit einigen Stereotypen auf. So war die effektive Phase der Napoleonischen Kontinentalperre mit zwei Jahren am Ende viel zu kurz, um irgendwelche nennenswerten Industrialisierungseffekte gemäß des Infant-Industry-Arguments

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

gehabt haben zu können. Entscheidend für den Übergang zur maschinellen Baumwollspinnerei war wohl eher die drängende heimische Garnnachfrage, die durch Handspinnerei nicht mehr zu bewältigen war. Bei groben Garnen gelang der Aufbau einer auch nach 1815 wettbewerbsfähigen Maschinenspinnerei, während dies bei feinen Garnen im Angesicht der erdrückenden englischen Konkurrenz scheiterte. Ein weiteres spannendes Kapitel untersucht, wie es sächsischen Unternehmern und Beschäftigten gerade in den kritischen beiden Jahrzehnten vor Gründung des Zollvereins 1834 ohne jeden Zollschatz gelang, den um sich greifenden Protektionismus auf wichtigen europäischen Absatzmärkten und einer in zentralen Bereichen technisch drückend überlegenen englischen Baumwoll- und Wollindustrie nicht nur irgendwie zu überleben, sondern zu bestehen und die Beschäftigung im gewerblichen Sektor auf Kosten der Landwirtschaft weiter auszudehnen. Dies gelang durch konsequente Ausnutzung von Weltmarktnischen, in denen die niedrigen Lohnkosten und der gute Ausbildungsstand der sächsischen Arbeiterschaft sowie die Flexibilitäts- und Kostenvorteile einer eingespielten dezentralen Organisation der gewerblichen Produktion voll zum Tragen kamen. Ab den 1830er Jahren gelang es dann sogar auf einigen Massenmärkten, z. B. bei schlichten Strumpfwaren in Nordamerika, die britische Konkurrenz regelrecht vom Markt zu fegen. Der flächendeckende Übergang zur maschinellen Weberei erfolgte auch nicht sofort mit dem Ausbau der Kohleförderung und des Eisenbahnnetzes, sondern erst ein Jahrzehnt später in den 1860er und 1870er Jahren. Dass diese Verzögerung nichts mit fehlender Innovationsbereitschaft zu tun hatte, sondern rationalem unternehmerischem Kalkül entsprang, legt Schäfer überzeugend dar. Was die sächsischen Gewerbe der vorindustriellen und industriellen Periode auszeichnete, waren ihre Vielfalt und die enorme Fähigkeit zum schnellen Strukturwandel innerhalb des Textilssektors. Hierbei waren flexible, eher kapitalarme und dezentrale Betriebsformen von Vorteil.

Als wichtigste Quellen dienen Schäfer die zweimal jährlich durch sächsische Offizielle nach Konsultation von Unternehmern und Kaufleuten erstellten ausführlichen Berichte über Handel und Gewerbe zur Leipziger Messe, weitere Berichte sowie Unternehmensüberlieferungen. Aus Platz- und Zeitmangel unterblieb eine Analyse der reichhaltigen quantitativen Überlieferung zu den sächsischen Textilgewerben. Diese sollte in nachfolgenden Studien unbedingt erbracht werden, um den spezifischen Wachstumspfad der sächsischen Industrialisierung erschöpfend analysieren und Thesen von Schäfer prüfen zu können. Ebenfalls lohnend wäre die Einordnung des sächsischen Falles in die internationale Diskussion zur Industrialisierung. Die umfangreiche englischsprachige Literatur zur Industrialisierung wird von Schäfer fast nicht rezipiert, wobei insbesondere Allens Erklärungsmodell der britischen Industrialisierung, als aus einer Hochlohnökonomie erwachsend, interessante Anknüpfungspunkte bieten würde. Alles in allem lässt sich sagen, dass es sich bei Schäfers grundsolider Studie mit innovativen Ergebnissen um einen wichtigen Beitrag zur deutschen Industrialisierungsforschung handelt.

MICHAEL KOPSIDIS
Halle (Saale)



VSWG 105, 2018/1, 165–166

Wolf-Ingo Seidelmann

„Eisen schaffen für das kämpfende Heer!“ Die Doggererz AG – ein Beitrag der Otto-Wolf-Gruppe und der saarländischen Stahlindustrie zur nationalsozialistischen Autarkie- und Rüstungspolitik auf der badischen Baar

UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz/München 2016, 478 S. (100 Abb.), 36,00 €.

In der Forschungsdiskussion um die unternehmerischen Handlungsspielräume und die NS-Wirtschaftspolitik im „Dritten Reich“ ist die Frage, ob und in welchem Ausmaß der Abbau der Salzgittererze und der Aufbau der Reichswerke Hermann Göring durch das NS-Regime erzwungen wurde, noch immer ein Hauptstreitpunkt. In den letzten Jahren vertraten insbesondere Christoph Buchheim und seine Schüler die Ansicht, dass der Konflikt zwischen Göring, Pleiger sowie anderen NS-Größen und dem Großteil der Ruhreisenindustriellen eine normale Auseinandersetzung um die richtige wirtschaftspolitische Ausrichtung war, der so auch in demokratischen Gesellschaften hätte auftreten können. In der jüngst erschienenen Dissertation zur Entwicklung der Vereinigten Stahlwerke AG im „Dritten Reich“, die Buchheim noch angeregt hatte, vertrat Alexander Donges denn auch mit Blick auf die Ausbeutung der inländischen Eisenerze ab 1933 u. a. dezidiert die Auffassung, dass zur Erhöhung der deutschen Erzförderung kein direkter staatlicher Druck ausgeübt worden sei (S.140, 144).

Diese Ansicht ist aufgrund der hier zu besprechenden Studie obsolet. Seidelmanns Studie zeichnet auf breiter Quellengrundlage nicht nur die Geschichte der Doggererz AG zwischen 1933 und 1983 detailliert nach, sondern weist – auf Basis der bis heute von der Forschung übersehenen minutiösen Aktenführung des Generalbevollmächtigten der Otto-Wolf-Gruppe, Rudolf Siedersleben – auch das politische Drängen und staatliche Zwänge seit 1933 überzeugend nach.

Nach kurzer Einleitung, in der Seidelmann seine beiden Hauptfragen nach den Handlungsspielräumen der Unternehmer und dem Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft im „Dritten Reich“ sowie die Quellenlage darlegt, skizziert er die Autarkiebestrebungen und Diskussionen um die Erzvorkommen auf der badischen Baar bis zum Ausbau der GHH-Grube in Gutmadingen 1935, bevor er sich den Auseinandersetzungen um die inländische Erzförderung im NS-Regime im Frühjahr 1936 widmet. Im dritten Abschnitt geht der Autor auf die Strategien der Saarwerke zur Sicherung ihrer Erzversorgung und insbesondere auf die Zusammenarbeit des Völklinger Eisenwerks der Röchlings und der Neunkircher Hütte der Otto-Wolf-Gruppe ein, die aufgrund massiven staatlichen Drucks der Bergbauabteilung des Reichswirtschaftsministeriums und des drohenden Ausfalls der Minettelieferungen zu übereilter Aufnahme der Erzförderung in Blumberg auf der Baar ab Ende 1935 führten. Seidelmann arbeitet hierbei detailliert die Diskussionen zwischen den Saarländischen Hütten sowie zwischen diesen und Oberberghauptmann Schlattmann vom Wirtschaftsministerium über das saarländische Engagement in Baden heraus. Diese bestanden vor allem in unterschiedlichen Auffassungen über die Höhe der Erzförderung und deren Anteil im Hochofenmüller sowie der Frage nach Subventionen. Obgleich letztere staatlicherseits nicht gewährt wurden, führte der staatliche Druck – auch aufgrund der unheilvollen Interventionen Hermann Röchlings – schließlich dazu, dass alle fünf Saareisenunternehmen sich an der Gründung der Doggererz AG im Herbst 1936 beteiligten.

Nachdem zunächst die Folgediskussionen aufgrund der immer weitergehenden Forderungen der Vierjahresplanbehörde ab Herbst 1936 kurz beschrieben wurden, widmet sich das vierte Kapitel vor allem dem Aufbau der Erzförderung auf der Saar durch die Doggererz AG. Seidelmann geht hier insbesondere auf die großen Schwierigkeiten einer Betriebsneugründung auf der grünen Wiese inklusive der Probleme der Arbeiterrekrutierung und beim Aufbau der Infrastruktur (Verkehr, Werkswohnungsbau) sowie die Auseinandersetzungen mit der Kommunalpolitik und der einheimischen Bevölkerung ein.

Im fünften und sechsten Abschnitt stehen dann die Versuche der Saarunternehmen, die ausufernden Kosten der badischen Erzförderung, der Erzaufbereitung sowie des vom NS-Regime geforderten Hüttenwerks – auf der Saar oder am Oberrhein – zu begrenzen. Allerdings gelang den Saalhütten weder die Begrenzung und Beendigung der badischen Projekte noch der Erhalt staatlicher Subventionen, weshalb man sich in der Folgezeit vor allem auf Einsparmöglichkeiten konzentrierte, z. B. durch Einspeisung von Gichtgasen ins südwestdeutsche Gasnetz.

Das siebte Kapitel umfasst die Kriegsjahre ab 1941, als zuerst das Hüttenprojekt ad acta gelegt und später auch der Bergbau aufgrund eines Speerschen Stilllegungsbefehls eingestellt wurde, sowie die Demontagen in der Besatzungszeit bis zur jahrzehntelang dauernden Abwicklung nach 1948 und der gewinnbringenden Verwertung der Immobilien auf der Saar.

Insgesamt gelingt es Seidelmann in seiner Studie, die zahlreiche Kurzbiographien, Karten, Bilder, Pläne, Tabellen und ein Personenregister enthält, überzeugend darzulegen, dass trotz aller Bereitschaft einzelner Saarunternehmer zur Zusammenarbeit mit der Regierung letztlich der massiv ausgeübte staatliche Druck für das Engagement der fünf Saalhütten ausschlaggebend war. Selbst Hermann Röchlings Votum für die gemeinsame Förderung und Verhüttung der Doggererze auf der Saar gründete auf seiner Annahme üppiger staatlicher Subventionen. Die quellenbasierte Darstellung macht darüber hinaus deutlich, dass die Staatsstellen (Bergabteilung des RWM, Büro Keppler, Vierjahresplan etc.) die Ruhr- und Saareisenindustrie bereits ab Mitte 1933 – und nicht erst ab 1935 – zur Aufnahme und Verhüttung inländischer Erze drängten und wie stark die Interessen der jeweiligen Akteure die zahllosen Verhandlungen und Besprechungen prägten. Auch wird anschaulich, wie die frühen Grundsatzbeschlüsse Pfadabhängigkeiten schufen und wie Projekte trotz bereits vorhandener Entscheidungen immer wieder durch noch höhere Forderungen des NS-Regimes – entgegen den Unternehmensinteressen – stets größer dimensioniert wurden. Der Autor zeigt aber auch, welche verheerenden Folgen dies für die Durchführung der Baumaßnahmen auf der Lokalebene hatte, wo die überforderte Kommune Blumberg die mit dem Ausbau des industriellen Großbetriebs verbundenen Probleme nicht mehr in den Griff bekam und die aus anderen Regionen stammenden Arbeiter bereits in den 1930er Jahren – und erst recht die Zwangsarbeiter im Krieg – aufgrund fehlender Infrastruktur unter elenden Bedingungen arbeiteten und wohnten.

RALF BANKEN

Frankfurt am Main



VSWG 105, 2018/1, 167–168

Mischa Suter

Rechtstrieb. Schulden und Vollstreckung im liberalen Kapitalismus 1800–1900

Konstanz University Press, Konstanz 2016, 328 S., 32,90 €.

Kapitalistische Praktiken können bis in das frühneuzeitliche Europa zurückverfolgt werden. Schulden waren nicht erst im 19. Jh. omnipräsenter Teil des gesellschaftlichen Alltags. Die Geschichte von Konkursen verdeutlicht, dass der Charakter und das Tempo des ökonomischen Lebens immer auch von Kredit- und Schuldbeziehungen bestimmt wurden. Suter analysiert in seiner beeindruckenden Dissertation den Umgang mit unbezahlbaren Schulden in der Schweiz des 19. Jh.s. Konkret untersucht er den sogenannten Rechtstrieb, also das Verfahren zur rechtlichen Eintreibung von Schulden durch Verpfändung von Gegenständen oder einen Konkursprozess. Der Rechtstrieb wird in der ambitionierten Studie als typische Regierungstechnik des Schweizer Liberalismus angesehen. Da er im 19. Jh. – wie andere Formen der Lösung von Kreditfragen in anderen Zeiten auch – ökonomische, moralische und politische Fragen zusammenführte, überzeugt diese Sichtweise. Die größere zeitliche Perspektive hat ihren Ausgangspunkt in unserer Gegenwart des Neoliberalismus und versteht das 19. Jh. als Ausgangskonstellation des Liberalismus. Die anspruchsvolle Gliederung des Buches erschwert zuweilen den Lesefluss. Es ist nicht immer einfach, der Argumentation über die einzelnen Kapitel hinweg zu folgen. Das zeitliche Ende der Untersuchung, „die Fixierung kapitalistischer Austauschbedingungen“ (S. 29) durch das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs von 1889, steht narrativ am Anfang. Danach wird in einigen thematischen Kapiteln und einem Theoriekapitel in der Mitte des Buches die Vorgeschichte des vereinheitlichenden Bundesgesetzes untersucht. Ausgewertet werden zahlreiche Quellen – bürokratisches *paperwork*, Tagebücher, autobiografische Texte, literarische Schriften, Gerichtsfälle usw. Herangezogen werden vielfältige theoretische Ansätze und umfangreiche internationale Sekundärliteratur. So gelingt es, die Entwicklungen an den wichtigsten konkreten Untersuchungsorten – Zürich und Basel – in einen spannenden und innovativen Zusammenhang zu stellen.

Zwei Aspekte der ausgreifenden Studie seien hervorgehoben. Die Analyse des Rechtstriebes verdeutlicht erstens, dass der gesellschaftliche Umgang mit unbezahlten Schulden vom Ancien Régime bis zum Ende des 19. Jh.s nicht nur Prozessen des Wandels unterlag, sondern auch bemerkenswert viele Kontinuitäten aufwies. Auf den Kirchenruf, der als mediale Technik des Ancien Régime bekannt war, wurde zur Veröffentlichung von Konkursen bis in die Mitte des 19. Jh.s zurückgegriffen. Lokale Beamte verschleppten Schuldeintreibungsverfahren vor Ort auch noch bis Ende des 19. Jh.s. Dagegen zeigen der zunehmende Einsatz von Statistiken, die Klassifizierung von Konkursiten mithilfe des Handelsregisters und die Gegenüberstellung von potenziell unverschuldeten Konkursen und krisenhaften Entwicklungen in der Wirtschaft, wie bei der Durchführung des Rechtstriebes im 19. Jh. spezifische Elemente des Liberalismus übernommen wurden. Suter macht zweitens deutlich, dass der Rechtstrieb paradigmatisch die inneren Widersprüche des Liberalismus aufweist, wenn es beispielsweise um die undeutliche rechtliche Verankerung und den Schutz des Frauenguts geht. Die inneren Widersprüche und die Konfliktfälle des Rechtstriebes verdeutlichen zudem, dass zwei Prozesse, die der Vf. als Hintergrund anführt, im 19. Jh. ebenfalls nicht reibungslos verliefen, sondern eine Entwicklung mit vielen Unebenheiten durchliefen: Standardisierung und

Homogenisierung sowie neue Konzeptionen von Eigentum. Die aus der Analyse von historischen Fallbeispielen gewonnene Charakterisierung des Schweizer Liberalismus ruft in Erinnerung, dass der Kapitalismus „keine innere Essenz“ besitzt, sondern durch „epistemische Spannungen“ (S. 23) gekennzeichnet ist. Insgesamt verleiht die Studie des Rechtstriebes in der Hochphase des Schweizer Liberalismus im 19. Jh. der aktuellen Diskussion über den Umgang mit Krediten und Schulden in prekären Ökonomien des 21. Jh.s bereichernde analytische Tiefenschärfe.

ERIC HÄUSLER
Bern

VSWG 105, 2018/1, 168–169

Sebastian Teupe

Die Schaffung eines Marktes. Preispolitik, Wettbewerb und Fernsehgerätehandel in der BRD und den USA 1945–1985

(Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 29). De Gruyter, Berlin/Boston 2016, 433 S. (40 Graphiken, 28 Tab.), 49,95 €.

Die dieser Publikation zugrunde liegende Dissertation trug den Titel „Die Gesetze des Marktes“ und wurde 2015 mit dem Preis für Unternehmensgeschichte ausgezeichnet. Teupe, Juniorprofessor an der Universität Bayreuth zeigt zum einen die spezifischen Eigenheiten und Muster des Marktes für Fernsehgeräte im Vergleich der Bundesrepublik mit den USA in den vier Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf. Zum andern arbeitet er heraus, wie der Markt entstand und gestaltet wurde. Das gestelzt klingende Wort „Schaffung“ im Titel ist symptomatisch für den eigentümlich konstruierten Theorieteil.

Die verdienstvolle Arbeit enthält eine Fülle von Graphiken, Tabellen und Abbildungen und untersucht in fünf Kapiteln 1. den Wandel der Fernsehgeräteindustrie mit Blick auf Produkt und Produzenten, 2. die Rolle des Groß- und Einzelhandels, 3. Fernsehgeräte als Konsumgüter im Wandel der Zeit, 4. das Verhältnis von Herstellern und Händlern in rechtlicher Perspektive und 5. Preispolitiken im Spannungsfeld von Konsumenten, Händlern und Regulierung. Die Darstellung ist kenntnis- und faktenreich.

Bemerkenswerterweise überwiegen die Ähnlichkeiten der beiden nationalen Märkte die Unterschiede. Das gilt für die staatlich begründete Entstehung der Märkte: „Die Entstehung einer Rundfunkindustrie im Allgemeinen und der Fernsehgeräteindustrie im Besonderen war ohne eine aktive Rolle des Staates nicht denkbar.“ (S. 393) Und es trifft für die (üblichen) Entwicklungsphasen zu: Boom, stetiges Wachstum, Stagnation und Strukturwandel. Auch die institutionellen Rahmenbedingungen für Hersteller und Händler ähnelten sich. Bestimmende Themen waren Preis- und Vertriebsbindung sowie Preisdiskriminierung. Allerdings zeichneten den amerikanischen Vertrieb regional strikt getrennte zentrale Großhändler mit Markenbindung und engem Verhältnis zum jeweiligen Hersteller aus. Dementsprechend bedeutsam waren von Teupe eindringlich geschilderte Rechtsstreitigkeiten und der Wandel der Rechtsauffassung. In Westdeutschland galten die Groß-

händler, die konkurrierende Marken führten, hingegen als unkontrollierbar und die Marken für den Einzelhandel als weitgehend austauschbar. Vielmehr machten Vertriebs- und Preispolitik den Unterschied aus. So waren in Deutschland auch angeschriebene Preise verhandelbar. Entsprechend findig waren die deutschen Konsumenten – entgegen dem landläufigen Bild. Die Innovation des Farbfernsehens bescherte Herstellern und Händlern wieder größere Gewinne. Der Zusammenbruch des Preislistensystems in den USA und der Preisbindung in der Bundesrepublik war gleichsam eine Zäsur. Letztlich gab es keine spezifisch amerikanische oder deutsche Handlungsweise der Marktakteure, konstatiert Teupe. Mit diesem antiinstitutionellen Urteil und dem Hinweis, dass Rationalität und Effizienz die Entwicklungen nicht erklären könnten, schließt die Arbeit.

Ein wesentliches Ziel der Arbeit wird zwar erreicht, nämlich aufzuzeigen, dass kein einheitlicher, zeitloser Markt für Fernsehgeräte existierte und dass nicht der Markt, sondern die handelnden Menschen entschieden. Die von Teupe betonte Frontstellung zu rein ökonomischen Ansätzen wirkt indes konstruiert. So wendet sich der theoretische Teil selektiv gegen die (noch) vorherrschende Modell-Ökonomie, aber auch gegen institutionelle Erklärungen. Statt einer ökonomischen Wettbewerbstheorie soll eine neue Wirtschaftssoziologie mit einer problemorientierten Perspektive und handelnden Akteuren schlüssige Erklärungen liefern. Die Kritik mag reine Historiker oder reine Ökonomen treffen. Indes gilt das Diktum von Friedrich August von Hayek, der 1956 schrieb: „... gewiß kann niemand ein großer Ökonom sein, der nur Ökonom ist – und ich bin sogar versucht hinzuzufügen, daß der Ökonom, der nur Ökonom ist, leicht zum Ärgernis, wenn nicht gar zu einer regelrechten Gefahr wird.“ Die angebotene alternative Theorie fällt hinter die Erkenntnisse der Österreichischen Schule der Ökonomik mit dem Markt als Koordinationsverfahren und dem Homo Agens sowie hinter solide betriebswirtschaftliche Kenntnisse in Strategie, Organisation und Marketing zurück. Die wirtschaftshistorische Untersuchung überzeugt indes.

MICHAEL VON PROLLIUS

Berlin

VSWG 105, 2018/1, 169–171

Isabell Tölle

Integration von Infrastrukturen in Europa im historischen Vergleich.

Bd. 6: Binnenschifffahrt (Rheinschifffahrt)

(Institut für Europäische Regionalforschung 25). Nomos, Baden-Baden 2016, 333 S. (1 Abb., 21 Tab.), 64,00 €.

Isabell Tölle analysiert hier langfristige europäische Integrationsbestrebungen am Beispiel des Rheins. Sie untersucht schwerpunktmäßig zwei Perioden: die des Imperialismus (Mitte des 19. Jh.s) und die ersten europäischen Integrationschritte nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie beschränkt sich nicht auf diesen Zeitraum, sodass insgesamt ein ganzes Jahrhundert Integrationsgeschichte am Rhein behandelt wird.

Die Problematik ruht auf vier zentralen Fragen: Auf welchen Wegen und in welchen Formen

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

vollzog sich die Integration der Rheinschifffahrt? In welchen Beziehungen standen Strukturen, Prozesse und Inhalte dabei zueinander? Welche Faktoren förderten oder behinderten die Integration? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gab es bei der Integration der Rheinschifffahrt in den beiden Epochen?

Um diese Fragen zu beantworten, analysiert Tölle umfangreiches Quellenmaterial kritisch und in vergleichender historischer Perspektive. Mit dem breitgefächerten Material studiert die Autorin die Strukturen, Prozesse und Inhalte der internationalen Rheinschifffahrt. Geht die Integration von der Politik oder von der Wirtschaft aus? Wie kooperieren beide miteinander? Welche Staaten, Organisationen und Verbände spielen wichtige Rollen im Prozess der Standardisierung der Rheinschifffahrt? Diesen Fragen wurde in historischer Perspektive bisher nur wenig nachgegangen.

Die Thematik wird in vier großen Kapiteln dargestellt. Das erste befasst sich mit Organisationen und Akteuren der Schifffahrt. Die beiden nächsten sind, mit vielfältigen Beispielen, der Standardisierung gewidmet. Im letzten Kapitel vergleicht Tölle die beiden Epochen. Konkret sieht man hier, wie sich Akteure, Strukturen und Prozesse auf Dauer beeinflussen und manche Faktoren die Integration befördern bzw. Hindernisse bilden.

Die Studie mündet in wichtigen Schlussfolgerungen: Die Rolle der Zentralkommission für Rheinschifffahrt sei maßgebend gewesen. Bis zum Zweiten Weltkrieg habe sie die Rheinschifffahrt bestimmt. Sie ist die intergouvernementale Organisation, die die Verhandlungen organisiert und führt. Die Konferenzdiplomatie, die sie mit sich bringt, verhilft weitgehend zur Standardisierung juristischer sowie administrativer Regeln. Auch was Raumplanung angeht, ist sie Pionierfigur für Kanalisierung des Flusses, für Uferverwaltung und Brückenbau. Sie hilft bei der Sicherung der Schifffahrt. Diese zwischenstaatliche Kooperation erklärt vor allem, dass die Rheinschifffahrtsintegration meist durch politische Verhandlungen erfolgte, also auch von der Macht abhing. Zwei Momente sind da zu erwähnen: 1871 dominierte Deutschland die Standardisierung, nach dem Versailler Vertrag Frankreich.

Mitte des 20. Jh.s änderte sich die Lage. Zu der erwähnten Zentralkommission traten allmählich andere Akteure hinzu: Privatgruppen, von Schifffahrtsgesellschaften angeführt, sowie Kommerz- und Industriekammer wollten mitreden. Was technische Standardisierung und soziale Regelungen für die Angestellten der Schifffahrt betrifft, versuchten die Privatakteure Einfluss durch Regierungen, aber auch durch direkten Kontakt zur Zentralkommission zu erhalten und günstige Normen zu bekommen. So wurden Wirtschaftskonferenzen der Rheinschifffahrt ins Leben gerufen, die von der Zentralkommission, die die Konkurrenzfähigkeit und die Prosperität der Rheinschifffahrt zu erhalten versuchte, Unterstützung erhielten. Damit änderte sich das Bild der Kooperation. Administrative, juristische, wirtschaftliche und technische Argumente wurden während der Verhandlungen stärker als politische. In dieser Phase kam es häufiger zu Konflikten zwischen den Akteuren, den Staaten und der Zentralkommission. Beispiele dafür sind die Verhandlungen über Tarife, Regeln, Standards und die Sicherung des Flusses. Dadurch wurde die Standardisierung in ein komplexes System unterschiedlicher Organisationen eingegliedert.

Man muss die Originalität dieser Pionierarbeit anerkennen. Sie zeigt, wie sich Akteure über die Jahrzehnte am Rhein einigten, um einen lebendigen, konkurrenzfähigen Markt aufzubauen, der durch Standardisierung zu Prosperität der Uferstaaten führte. Vielleicht ein kleines Bedauern: Mit dem europäischen Integrationsprozess, besonders mit der Montanunion, gründete man Organisationen, deren Ziel Integration war, wozu man Standardisierung braucht. Es stellt sich daher

folgende, von Tölle nicht beantwortete Frage: Wie ändert sich das System, wenn die europäischen Strukturen mit der Zentralkommission in Konflikt geraten? Trotzdem ist dies eine wichtige Arbeit, die Wege für historische Integrationsgeschichte öffnet.

SYLVAIN SCHIRMANN

Strasbourg



This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018